



viergas

Konzerngeschäftsbericht

Vier Gas Transport GmbH

für das Rumpfgeschäftsjahr

vom 12. April bis 31. Dezember 2012

Inhaltsverzeichnis

Konzernlagebericht

Konzernanhang

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Konzernlagebericht der Vier Gas Transport GmbH für das Rumpfgeschäftsjahr vom 12. April bis 31. Dezember 2012

EINLEITUNG	2
GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	2
PRIMÄRENERGIEVERBRAUCH IN DEUTSCHLAND	3
ENERGIEPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN IN EUROPA	3
ENERGIEPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN IN DEUTSCHLAND	4
NETZENTWICKLUNGSPLÄNE	7
GESCHÄFTSVERLAUF 2012	8
TECHNIK UND UMWELTSCHUTZ	9
MITARBEITER	10
INVESTITIONEN	11
FINANZIERUNG	11
VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE	12
RISIKOBERICHT	13
WESENTLICHE RECHTSSTREITIGKEITEN	16
EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG	17
PROGNOSEBERICHT	17

Einleitung

Die Vier Gas Transport GmbH, Essen, wurde am 10. Januar 2012 gegründet und am 12. April 2012 in das Handelsregister eingetragen.

Das erste Rumpfgeschäftsjahr umfasst dementsprechend den Zeitraum vom 12. April bis 31. Dezember 2012. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, das Halten und Verwalten sowie der Verkauf von Beteiligungen an Unternehmen oder von deren Vermögensgegenständen und jede damit verbundene Handlung oder Maßnahme und die Erbringung von Dienstleistungen jeder Art gegenüber seinen Tochtergesellschaften, insbesondere, ohne darauf beschränkt zu sein, die Erbringung von Finanzdienstleistungen.

Die Vier Gas Services GmbH & Co. KG, Essen, ist Alleingesellschafterin der Vier Gas Transport.

Zum Vier Gas Transport-Konzern gehören die Vier Gas Transport GmbH als Mutterunternehmen sowie das Tochterunternehmen Open Grid Europe GmbH, Essen, mit ihren Beteiligungen.

Vier Gas Transport hat zum 23. Juli 2012 100 Prozent der Anteile an der Open Grid Europe von der E.ON Ruhrgas AG, Essen, erworben.

Die Geschäftszahlen der Open Grid Europe sind ab dem 1. August 2012 (Erstkonsolidierung zum 31. Juli 2012) enthalten.

Die Vier Gas Transport erfüllt im Wesentlichen eine Holdingfunktion für die Open Grid Europe. Der Lagebericht bezieht sich daher weitestgehend auf die Geschäftstätigkeit der Open Grid Europe mit ihrem Geschäftsfeld der Erdgas-transportlogistik.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Laut dem Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat sich die Konjunktur in Deutschland im Laufe des Jahres 2012 zusehend verlangsamt. Aufgrund der zwischenzeitlichen Zuspitzung der Krise im Euro-Raum und der Rezessionen in großen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gingen die Exporte in den Euro-Raum zurück. Dies konnte, trotz der sich immer weiter eintrübenden Weltwirtschaft und dank der Abwertung des Euro, durch den Außenhandel mit Ländern außerhalb des Euro-Raums mehr als ausgeglichen werden. Im Ergebnis trug der Außenhandel maßgeblich zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts bei. Für das Jahr 2012 erwartete der Sachverständigenrat eine Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 0,8 Prozent.

Primärenergieverbrauch in Deutschland

Der Energieverbrauch in Deutschland lag 2012 laut der Prognose der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen leicht über dem Niveau des Vorjahres. Aufgrund der kühleren Witterung im Februar und April stieg der Erdgasverbrauch zur Wärmeversorgung. Der Einsatz von Erdgas zur Stromerzeugung in Kraftwerken lag hingegen deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Insgesamt stieg der Erdgasverbrauch 2012 um etwa 1 Prozent. Erdgas hatte damit einen stabilen Anteil von 21 Prozent (Vorjahr 20,9 Prozent) am gesamten inländischen Energieverbrauch.

Energiepolitische Entwicklungen in Europa

Das dritte EU-Energiebinnenmarktpaket mit Richtlinien und Verordnungen sieht u.a. ein neues System zur Einführung verbindlicher EU-weiter Netzkodizes vor. Die Entwicklung verbindlicher Netzkodizes erfolgt in mehreren Schritten. Zunächst bittet die Kommission die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER), innerhalb einer Frist von sechs Monaten eine unverbindliche Rahmenleitlinie für die Entwicklung des Netzkodizes auszuarbeiten. Stellt die Kommission fest, dass die Rahmenleitlinie zum effizienten Funktionieren des Gasmarktes beiträgt, fordert sie den Verband der europäischen Gasfernleitungsnetzbetreiber (ENTSOG) auf, innerhalb eines Jahres einen Netzkodex vorzulegen, der der Rahmenleitlinie entspricht. Der Netzkodex wird dann ACER zur Abgabe einer begründeten Stellungnahme vorgelegt. Sobald sich ACER davon überzeugt hat, dass der Netzkodex den Rahmenleitlinien entspricht und den Zielen des dritten Pakets gerecht wird, legt sie den Netzkodex der EU-Kommission vor und kann ihr dessen Annahme im Komitologieverfahren empfehlen.

Zur Zeit werden Netzkodizes zu „Capacity Allocation Mechanisms“ (CAM), „Gas Balancing in Transmission Systems“ und „Interoperability“ erarbeitet.

Am 24. August 2012 hat die Europäische Kommission Regeln zur Vermeidung von Engpässen in den europäischen Gasfernleitungen angenommen. Engpässe in Gasleitungen behindern den reibungslos funktionierenden, offenen und integrierten Erdgasmarkt. Die neuen Regeln sollen dafür sorgen, dass Unternehmen reservierte Kapazität effizienter nutzen. Falls sie zugewiesene Kapazitäten nicht weitgehend nutzen, laufen sie gemäß dem Grundsatz des Verfalls bei Nichtnutzung („use it or lose it“) Gefahr, dass ihnen diese wieder entzogen und anderweitig am Markt angeboten werden.

Im Dezember des Geschäftsjahres haben neunzehn führende europäische Fernleitungsnetzbetreiber (FNBs), darunter Open Grid Europe, angekündigt,

2013 die gemeinsame europäische Kapazitätsplattform Prisma zu gründen. Die Plattform ermöglicht den Netzkunden erstmals, Kapazitätsprodukte unterschiedlicher deutscher und europäischer Netzbetreiber durch einen einheitlichen Versteigerungsprozess zu erwerben.

Energiepolitische Entwicklungen in Deutschland

Die Bundesregierung hatte im August 2012 einen Gesetzentwurf für ein drittes Gesetz zur Neuregelung energierechtlicher Vorschriften (Energiewirtschaftsgesetz) vorgelegt, der sich maßgeblich mit den Rahmenbedingungen für den Ausbau der Offshore-Stromnetzanbindung beschäftigte. Zeitgleich hatte die Bundesregierung eine Formulierungshilfe für die Koalitionsfraktionen im Bundestag vorbereitet, die als Antrag mit dem Gesetzentwurf zusammengeführt wurde. Inhaltlich setzt sich diese Formulierungshilfe mit der Gasmangellage im Februar des Geschäftsjahres und den damit in Verbindung stehenden Schwierigkeiten in der Stromerzeugung auseinander. Neu aufgenommen wurden, aufbauend auf den Erfahrungen des letzten Winters, Regelungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Kraftwerksbereich. Sie beinhalten u.a. Vorgaben für eine engere Kooperation von Übertragungsnetzbetreibern und Fernleitungsnetzbetreibern, verbindliche Pflichten zur Anzeige der Stilllegung von Kraftwerken mit ausreichender Frist, die Möglichkeit für Netzbetreiber und Bundesnetzagentur, die Stilllegung systemrelevanter Kraftwerke gegen Kostenerstattung vorübergehend zu verhindern sowie auch die Absicherung des Gasbezugs systemrelevanter Gaskraftwerke. Außerdem soll im Rahmen einer Verordnung nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens das im letzten sowie in diesem Winter praktizierte Verfahren der Vorhaltung von Reservekraftwerken für den Winter rechtlich geregelt werden.

Paragraph 13c der Novelle regelt, dass die Betreiber von Übertragungsnetzen eine Liste mit systemrelevanten Kraftwerken aufzustellen haben. Soweit die Ausweisung einer Anlage genehmigt worden ist, sind Betreiber der Erzeugungsanlagen verpflichtet, soweit technisch und rechtlich möglich sowie wirtschaftlich zumutbar, eine Absicherung der Leistung im erforderlichen Umfang durch Inanspruchnahme der vorhandenen Möglichkeiten für einen Brennstoffwechsel vorzunehmen. Soweit ein Brennstoffwechsel nicht möglich ist, ist darzulegen, mit welchen anderen Optimierungs- oder Ausbaumaßnahmen der Kapazitätsbedarf befriedigt werden kann.

In Paragraph 16 wurde ein Anweisungsrecht des Übertragungsnetzbetreibers gegenüber dem Fernleitungsnetzbetreiber zur Sicherstellung des Gasbezugs von systemrelevanten Gaskraftwerken aufgenommen.

Die zweite und dritte Lesung der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes im Bundestag erfolgte am 29. November 2012. Der Bundesrat hat dem Gesetzesentwurf in seiner Sitzung am 14. Dezember 2012 zugestimmt.

Regulierung

In Deutschland hat die Bundesnetzagentur (BNetzA) die Aufgabe, durch Liberalisierung und Deregulierung für die weitere Entwicklung auf dem Elektrizitäts-, Gas-, Telekommunikations-, Post- und seit dem 1. Januar 2006 auch auf dem Eisenbahninfrastrukturmarkt zu sorgen. Zur Durchsetzung der Regulierungsziele ist sie mit wirksamen Verfahren und Instrumenten ausgestattet worden, die auch Informations- und Untersuchungsrechte sowie abgestufte Sanktionsmöglichkeiten einschließen.

Im Jahr 2012 hat Open Grid Europe das Kostenprüfungsverfahren der BNetzA gemäß § 6 Abs. 1 ARegV zur Bestimmung des Ausgangsniveaus als Grundlage für die Festlegung der Erlösobergrenze der 2. Regulierungsperiode abgeschlossen. Dieses auf Basis des Kalenderjahres 2010 ermittelte Kostenniveau legt die BNetzA bei der Durchführung des Effizienzvergleichs gem. § 12 ARegV zugrunde. Das Effizienzvergleichsverfahren befindet sich aktuell in der Anhörungsphase, eine finale Beschlussfassung durch die BNetzA wird aus heutiger Sicht innerhalb des zweiten Quartals 2013 erwartet.

Die Beschlusskammer 9 der BNetzA hat am 11. April 2012 ein Festlegungsverfahren eingeleitet mit dem Ziel, die Kosten für Lastflusszusagen (LFZ) als volatile Kostenanteile nach § 11 Abs. 5 ARegV (KOLA) festzulegen. Außerdem sollen mit der Festlegung Anreize für eine effiziente Beschaffung von LFZ gesetzt werden. Open Grid Europe hat zusammen mit den anderen deutschen Fernleitungsnetzbetreibern eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet, in der die Auffassung der BNetzA geteilt wird, dass sowohl die angebotenen Mengen als auch die Einkaufspreise für LFZ starken Schwankungen unterworfen sein können und daher die Klassifizierung dieser Kosten als volatile Kostenpositionen nachvollziehbar sei. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass aufgrund der besonderen Bedeutung von Lastflusszusagen für die Bereitstellung von Kapazitäten in ausreichendem Maß sichergestellt sein muss, dass durch die geplante Festlegung weder das Angebot von LFZ noch die Möglichkeit zur planungssicheren Verwendung bei den Fernleitungsnetzbetreibern eingeschränkt wird. Die im Festlegungsverfahren darüber hinaus angedachte Harmonisierung von LFZ und Regelenergieprodukten wurde kritisch hinterfragt und es wurde angemerkt, dass für eine solche Weiterentwicklung weitere Auswertungen und Überlegun-

gen erforderlich seien. Dementsprechend hat die BNetzA zum 1. Januar 2013 eine vorläufige Festlegung erlassen, um wesentliche Elemente eines zukünftigen Konzeptes weiter diskutieren zu können. Die vorläufige Festlegung enthält die Klassifizierung von LFZ-Kosten als volatile Kosten und eine Verringerung der Losgröße für LFZ für die kommenden Ausschreibungen von bei Open Grid Europe derzeit 30 auf 10 MW.

Mit Beschluss vom 31. Oktober 2012 hat die BNetzA den Startpreis bei Kapazitätsauktionen von 0 Euro für day ahead-Kapazitäten zurückgenommen. Das regulierte Tagesentgelt kann ab dem 1. Januar 2013 als Mindestpreis eingeführt werden. Die BNetzA will hiermit nach eigener Begründung den Erlössituationen der Fernleitungsnetzbetreiber Rechnung tragen. Es seien in nicht unwesentlichem Umfang Kapazitäten auktioniert worden, die nicht aus den Renomierungsbeschränkungen resultierten, womit Handlungsbedarf bestanden hätte.

Die deutschen Marktgebietsverantwortlichen GASPOOL Balancing Services und NetConnect Germany haben im Geschäftsjahr in enger Abstimmung mit den Fernleitungsnetzbetreibern sowie der Bundesnetzagentur ein gemeinsames Zielmodell erarbeitet, durch das die Verfahren zur Beschaffung externer Regelenergie bundesweit vereinheitlicht werden. Entscheidend für die Entwicklung des Modells ist dabei die Förderung der Liquidität an Großhandelsmärkten unter der Prämisse der Sicherstellung der Netzstabilität und der Versorgungssicherheit in Deutschland. Das Modell sieht vor, die Beschaffung von Regelenergie über die Börse im eigenen Marktgebiet auf den ersten Rang in der Merit-Order zu stellen, womit der Anteil der Beschaffung von externer Regelenergie über den Großhandelsmarkt maximiert werden soll. Die Beschaffung von Regelenergie in angrenzenden Marktgebieten wurde in der Merit-Order hingegen auf den zweiten Rang herabgestuft.

Die Anreizregulierungsverordnung schreibt vor, dass die BNetzA Investitionsbudgets für Neubau-, Erweiterungs- und Umstrukturierungsinvestitionen insbesondere in Erdgasfernleitungsnetzen und Stromübertragungsnetzen zu genehmigen hat. Die Entscheidungspraxis der BNetzA hatte in der Vergangenheit zu Gerichtsverfahren durch Klagen der Netzbetreiber geführt. In mehreren Gesprächsrunden konnten strittige Einzelfragen zwischen der Behörde und den Netzbetreibern im Februar des Geschäftsjahres in einer Vergleichsvereinbarung gelöst werden. Durch die im Vergleich festgeschriebenen Grundsätze konnten die Gerichtsverfahren beigelegt und laufende sowie zukünftige Anträge rechtsicher abgearbeitet werden. Mit der Einigung verfolgten die Fernleitungsnetzbetreiber das gemeinsame Ziel, wichtige Rahmenbedingungen für den Netzausbau in Abstimmung mit der deutschen Regulierungsbehörde rechtsverbindlich für die Zukunft festzulegen. Ferner hat der Verordnungsgeber in 2012 im Zuge einer ARegV-Novelle des § 23 ARegV den seit langem von den Netzbetreibern

kritisierten Zeitverzug bei der Erlösvereinnahmung der investitionsbudgetfähigen Investitionsmaßnahmen beseitigt. Demzufolge sind die Netzbetreiber nunmehr in der Lage, die Vereinnahmung der entsprechenden Kapital- und Betriebskosten der dem Grunde nach genehmigten Investitionsmaßnahmen unmittelbar über die Erlösobergrenze zu vereinnahmen („t-0“).

Netzentwicklungspläne

Dem Netzausbau kommt vor dem Hintergrund der von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende eine besondere Bedeutung zu. Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene verpflichten Vorschriften die Netzbetreiber zur Erstellung von Plänen, in denen der künftige Netzausbaubedarf prognostiziert wird.

Das Energiewirtschaftsgesetz sieht vor, dass die Betreiber von Erdgasfernleitungsnetzen gemeinsam jährlich einen zehnjährigen Netzentwicklungsplan vorzulegen haben, erstmals zum 1. April 2012. Die Erarbeitung des Netzentwicklungsplans geschieht unter enger Einbeziehung aller wichtigen Marktteilnehmer in einem öffentlichen Konsultationsverfahren. Alle Marktteilnehmer werden durch die Möglichkeit, ihre Stellungnahmen abzugeben, in den Entstehungsprozess des Netzentwicklungsplans Gas einbezogen. Den zeitlichen Vorgaben entsprechend haben die deutschen Fernleitungsnetzbetreiber den Entwurf des Netzentwicklungsplans 2013 bis 2022 für das nationale Gas-Fernleitungsnetz (NEP Gas) veröffentlicht und an die Bundesnetzagentur übermittelt. Im Entwurf des Netzentwicklungsplans werden die Gasflüsse im deutschen Gasnetz für die nächsten zehn Jahre modelliert, um den Ausbau bzw. potenzielle Investitionen in die deutschen Fernleitungsnetze zu ermitteln. Grundlage dieser Modellierung ist der Szenariorahmen, welcher durch die Prognos AG im Auftrag der Fernleitungsnetzbetreiber erarbeitet, daraufhin in einem öffentlichen Konsultationsverfahren mit Marktteilnehmern überarbeitet und anschließend angepasst wurde. Anfang Februar 2012 hat die BNetzA den Szenariorahmen in dieser Form bestätigt.

Am 11. Dezember 2012 hat die BNetzA ein Änderungsverlangen zu dem von den Fernleitungsnetzbetreibern Anfang April 2012 vorgelegten Netzentwicklungsplan Gas 2012 veröffentlicht. Die BNetzA entschied, keine Änderungen zu verlangen, die eine umfangreiche Neumodellierung erfordert hätten. Dies begrüßten die Fernleitungsnetzbetreiber. Allerdings müssen die Fernleitungsnetzbetreiber bis zum März 2013 die geforderten Änderungen einarbeiten und den finalen NEP Gas 2012 vorlegen. Parallel dazu soll der NEP 2013 bereits zum 1. April 2013 durch die Fernleitungsnetzbetreiber erstellt und konsultiert sein.

Die Überschneidung dieser beiden Prozesse verdeutlicht, dass eine zeitliche Streckung der jährlichen Erstellung dringend geboten ist. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, eine Synchronisierung beispielsweise zum europäischen Gas-Netzentwicklungsplan mit einem zweijährigen Rhythmus herbeizuführen.

Kritisch sehen die Fernleitungsnetzbetreiber das Verlangen der BNetzA, die von den Fernleitungsnetzbetreibern geltend gemachten Voraussetzungen für die Realisierung der Investitionsmaßnahmen in Höhe von 2,2 Mrd. EUR zu entfernen. Insgesamt sind die Investitionsbedingungen unzureichend. Die Fernleitungsnetzbetreiber können die mit den Ausbaumaßnahmen verbundenen Investitionen nur tätigen, wenn sichergestellt ist, dass diese keine negativen Auswirkungen auf die künftige Effizienzbewertung der Unternehmen haben. Diese Thematik wird im Änderungsverlangen der BNetzA offen gelassen und bedarf einer konsensualen Lösung. Gemeinsames Ziel aller Beteiligten sollte es sein, alle Investitionen einem gesamtwirtschaftlichen Optimum unterzuordnen und somit die Versorgungssicherheit langfristig zu gewährleisten und den Industriestandort Deutschland zu stärken.

Im August 2012 haben die Fernleitungsnetzbetreiber den Szenariorahmen für den NEP Gas 2013 veröffentlicht und zur Konsultation gestellt. Alle eingereichten Stellungnahmen wurden nach dem Ablauf der Einreichungsfrist der BNetzA gem. § 15a EnWG zur Bewertung des Szenariorahmens übermittelt. Die BNetzA hat am 18. Oktober 2012 den Szenariorahmen mit Änderungen und Auflagen bestätigt. Im Vergleich zum Szenariorahmen des Vorjahres wurde nicht mehr nur die Entwicklung des zukünftigen Gasbedarfs in drei Szenarien prognostiziert, sondern der Schwerpunkt vor allem auf die unterschiedlichen Varianten zur Gasnetzmodellierung gelegt. Die Modellierungsvarianten dienen dem Zweck darzustellen, welche konkreten (Ausbau-) Maßnahmen und Kosten in den jeweiligen „Rechenvarianten“ zu erwarten sind.

ENTSOE hat im Geschäftsjahr verschiedene regionale Netzentwicklungspläne veröffentlicht, deren Fokus die länderübergreifenden Verbindungen bilden. Deutschland war Bestandteil des im Januar 2012 vorgestellten Gas Regional Investment Plan Central-Eastern Europe 2012-2021 und des im Juni 2012 publizierten Gas Regional Investment Plan South-North Corridor 2012-2021.

Geschäftsverlauf 2012

Mit Datum vom 23. Juli 2012 hat Vier Gas Transport sämtliche Anteile der Open Grid Europe von der E.ON Ruhrgas AG, Essen, erworben. Dem Closing der Transaktion waren die Zustimmung des Bundeskartellamtes und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie im Rahmen des Außenwirtschaftsgesetzes vorausgegangen. Der Kaufpreis beläuft sich auf 3.215 Mio EUR und

wurde aus einer Mischung von Eigen- und Fremdkapital aufgebracht. Im Rahmen der Kaufpreisallokation wurden die identifizierbaren Vermögenswerte und übernommenen Schulden gemäß IFRS 3.18 zu ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Hierbei wurden Eventualschulden in Höhe 73,2 Mio EUR aufgedeckt. Der Goodwill beläuft sich auf 830,4 Mio EUR.

Open Grid Europe hat bei der Bundesnetzagentur die Zertifizierung als unabhängiger Netzbetreiber beantragt. Die Entscheidung der Bundesnetzagentur wird für das erste Halbjahr 2013 erwartet.

Im Zuge des Verkaufs der Open Grid Europe durch die E.ON AG wurde die Tochtergesellschaft E.ON Gas Grid im August des Geschäftsjahres in Open Grid Regional umbenannt. Open Grid Regional ist die Netzgesellschaft, die das Gasversorgungsnetz der Ferngas Nordbayern betreibt. Das Netz umfasst mehr als 2.100 km Hoch- und Mitteldruck-Leitungen mit insgesamt 395 Ausspeisepunkten und ist mit dem Gesamtnetz der Open Grid Europe verbunden.

Grundsätzlich verlief das Geschäft des Konzerns im Berichtsjahr stabil ohne besondere Einflussfaktoren.

Technik und Umweltschutz

Aus dem Bereich Technik und Umweltschutz leiten sich die wesentlichen nicht-finanziellen Leistungsfaktoren des Konzerns ab. Dies betrifft insbesondere die Zuverlässigkeit der technischen Anlagen einschließlich der Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen im Zusammenhang mit Umweltschutz und Arbeitssicherheit.

Der technische Betrieb des Ferngasnetzes verlief im Geschäftsjahr ohne maßgebliche Unterbrechungen. Technisch bedingte Einschränkungen von Kapazitäten durch Wartungs-, Instandhaltungs- und Einbindungsmaßnahmen wurden rechtzeitig kommuniziert und im Internet ständig aktualisiert.

Open Grid Europe hat 2012 diverse Maßnahmen und Investitionen zur Modernisierung und zum Ausbau der technischen Infrastruktur vorgenommen:

- Die Mittel-Europäische-Gasleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (MEGAL), ein Gemeinschaftsunternehmen der Open Grid Europe GmbH und der GRTgaz Deutschland GmbH, baute eine 72 km lange Erdgasleitung von Schwandorf (Oberpfalz) nach Windberg (Niederbayern). Die neue Erdgasleitung verläuft überwiegend parallel zur bereits bestehenden MEGAL-Leitung Oberkappel-Schwandorf und dient der Versorgung regionaler Abnehmer in Bayern. Außerdem stärkt die Leitung das europäische Erdgastransportnetz,

da die neue Nord-Süd Verbindung zusätzliche Transportkapazitäten von und nach Österreich schafft. Die Inbetriebnahme erfolgte im Oktober 2012.

- Die MEGAL hat im Geschäftsjahr die Verdichterstation Wildenranna neu gebaut. Der Neubau war nötig geworden, um den Anforderungen der technischen Anleitung (TA-Luft) gerecht zu werden.
- Open Grid Europe verlegte eine 67 km lange Erdgasleitung von Sannerz (Hessen) nach Rimpar (Bayern). Die Leitung „Sannerz-Rimpar“ verläuft als so genannter „Loop“ weitgehend parallel zu der bestehenden Leitung „Rimpar-Schlüchtern“ und dient der Versorgung regionaler Abnehmer (Stadtwerke, Industriebetriebe) in Bayern und Hessen. Zudem werden zusätzliche Kapazitäten geschaffen, die Netzengpässe zwischen Nord- und Süddeutschland abbauen und weitere Transportkapazitäten in Richtung Österreich, Italien und Frankreich schaffen. Die Inbetriebnahme erfolgte im Dezember 2012.
- Auf der Verdichterstation Werne wurde im Geschäftsjahr eine Verdichtereinheit erneuert. Die Investition war notwendig geworden, da die alte Einheit ihre Lebensdauergrenze erreicht hatte.
- Des Weiteren erfolgte die Fortführung der Maßnahmen zur Umsetzung der Auflagen der 13. Bundesimmisionsschutzverordnung bei den Beteiligungen Open Grid Europe, Trans Europa Naturgas Pipeline Gesellschaft mbH & Co.KG, Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH und MEGAL.

Im März 2012 konnten die Zertifizierungsverfahren nach DIN EN ISO 9001 (Qualitätsmanagement), DVGW G 1000 (Technisches Sicherheitsmanagement), OHSAS 18001 (Arbeitsschutzmanagement) und DIN EN 14001 (Umweltmanagement) erfolgreich, d.h. ohne Abweichungen, abgeschlossen werden und die bestehenden Zertifizierungen bestätigt werden.

Open Grid Europe arbeitet kontinuierlich daran, Werkstoffe und Verfahren zu verbessern, die im Gastransport, der Gasdetektion, der Leitungsüberwachung oder im Leitungsbau eingesetzt werden. Nach wie vor liegt einer der Schwerpunkte auf diesem Gebiet bei den mit der Energiewende verbundenen Herausforderungen.

Mitarbeiter

Ende 2012 waren im Konzern 1.488 Mitarbeiter beschäftigt (exklusive Geschäftsführung und Auszubildende). Der Personalaufwand im Rumpfgeschäftsjahr belief sich auf 66,5 Mio. Euro.

Der Konzern bildet an sieben Standorten in Nordrhein-Westfalen (Essen), Niedersachsen (Krummhörn), Bayern (Waidhaus, Bierwang, Wildenranna), Hessen (Gernsheim) und Rheinland-Pfalz (Mittelbrunn) den technischen und kaufmännischen Fachkräftenachwuchs aus.

Im Zuge weiterer Anstrengungen zur Effizienzsteigerung hat der Konzern bei der Open Grid Europe im abgelaufenen Geschäftsjahr die bestehenden Programme zur Vorruhestandsregelung weiter ausgeweitet und um neue Maßnahmen ergänzt. Dies führte zu Restrukturierungsaufwand durch die Bildung entsprechender Rückstellungen.

Investitionen

Neben dem Erwerb der Open Grid Europe investierte der Konzern im Geschäftsjahr insgesamt 118,6 Mio. Euro. Auf Investitionen in das Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögensgegenstände entfielen 118,3 Mio. Euro. Die Investitionen entfallen im Wesentlichen auf Leitungsbauprojekte (insb. Sanzerz-Rimpar und Schwandorf-Windberg) sowie Neu- und Umbauten von Verdichterstationen (insb. Wildenranna und Werne).

Finanzierung

Die Open Grid Europe GmbH ist seit dem 23. Juli 2012 100 prozentige Tochtergesellschaft der Vier Gas Transport.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr bestand kein Ergebnisabführungsvertrag mit der Mutter- und der Tochtergesellschaft. Vier Gas Transport war somit 2012 steuerlich selbständig. Mit Wirkung zum 1. Januar 2013 hat die Gesellschaft einen Ergebnisabführungsvertrag mit Open Grid Europe abgeschlossen und damit eine ertragsteuerliche Organschaft mit Open Grid Europe gebildet.

Der Erwerb der Open Grid Europe durch Vier Gas Transport wurde durch Aufnahme zweier Kredite über nominal jeweils 1,1 Mrd. Euro auch über Fremdkapital finanziert. Die Muttergesellschaft hat zudem mit dem Bankenkonsortium weitere Kreditlinien i.H. von rund 550 Mio. Euro vereinbart, die bei Bedarf von der Open Grid Europe zur Finanzierung von Investitionen und/oder zur Deckung etwaiger zusätzlicher unterjähriger Liquiditätsbedarfe genutzt werden können. Zum Zwecke der Besicherung der Darlehen und Möglichkeit der Nutzung der bereitgestellten Kreditlinien traten die Open Grid Europe und bestimmte Tochtergesellschaften zum 19. Oktober 2012 den Kreditvereinbarungen der Vier Gas Transport bei. Die zur Verfügung gestellten Kreditlinien wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen.

Im Februar 2013 erhielt die Vier Gas Transport durch die Ratingagentur Standard & Poor's erstmals ein Rating. Das Ergebnis ist ein A- Rating mit stabilem Ausblick.

In Vorbereitung auf die für Mitte 2013 geplante Begebung von Anleihen werden momentan die im Rahmen des Erwerbs der Open Grid Europe aufgenommenen Kredite umgeschuldet. Die hierzu laufenden Gespräche und Verhandlungen mit Banken stehen kurz vor einem erfolgreichen Abschluss. Die für die Begebung der Anleihen notwendigen Prozesse sind bereits angelaufen.

Zur Deckung ihrer Verpflichtungen aus Pensionsansprüchen nutzt die Open Grid Europe auch nach dem Eigentümerwechsel ein Contractual Trust Agreement (CTA). In diesem Zusammenhang hat die Open Grid Europe im Zuge des Eigentümerwechsels entsprechende Mittel in einen Treuhandfonds separiert. Der Fonds wird treuhänderisch durch den Helaba Pension Trust e. V. (Helaba), Frankfurt am Main verwaltet.

Die Investitionen in den Projektgesellschaften TENP und MEGAL sind überwiegend fremdfinanziert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich vor anteiliger Einbeziehung in den Konzern zum 31. Dezember 2012 auf insgesamt 593 Mio. Euro. Für das Geschäftsjahr 2013 sind umfangreiche Refinanzierungen geplant. Aufgrund von aktuellen Gesprächen und konkreten Verhandlungen mit Banken ist davon auszugehen, dass die Refinanzierung gesichert ist.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Aufgrund der Gründung der Vier Gas Transport zum 12. April 2012 beziehen sich die folgenden Angaben auf das Rumpfgeschäftsjahr vom 12. April bis 31. Dezember 2012. Vorjahreszahlen und -vergleiche sind dementsprechend nicht verfügbar. Die Geschäftszahlen der Open Grid Europe sind ab dem 1. August 2012 enthalten.

Vier Gas Transport verzeichnete im Rumpfgeschäftsjahr 2012 einen Umsatz in Höhe von 445,7 Mio. Euro. Die Umsatzerlöse entfallen mit 381,2 Mio. Euro auf Transportumsätze und Umsätze aus transportnahen Dienstleistungen sowie mit 64,5 Mio. Euro auf sonstige Dienstleistungen.

Der Materialaufwand des Konzerns belief sich 185,2 Mio. Euro. Neben dem Personalaufwand in Höhe von 66,5 Mio. Euro und dem sonstigen betrieblichen Aufwand in Höhe von 66,7 Mio. Euro wird das Konzernergebnis der Vier Gas Transport noch wesentlich von den Abschreibungen (53,3 Mio. Euro) und dem,

im Zusammenhang mit der beschriebenen Fremdfinanzierung stehenden, negativen Zinsergebnis in Höhe von 35,0 Mio. Euro bestimmt.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns belief sich auf 54,8 Mio. Euro. Dies ergibt eine Umsatzrentabilität von 12,3 %.

Der Jahresüberschuss belief sich auf 32,6 Mio. Euro.

Die Bilanzsumme des Vier Gas Transport-Konzerns betrug zum Stichtag 31. Dezember 2012 insgesamt 4.345,5 Mio. Euro. Daraus ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 25,1 %. Das Fremdkapital gliedert sich im Wesentlichen in Rückstellungen (6,3 %), Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten (82,1 %) und passive latente Steuern (11,6 %). Darin enthaltene Finanzverbindlichkeiten belaufen sich auf rd. 2.481,0 Mio. Euro und betreffen im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die Aktiva gliedert sich in Anlagevermögen (87,0 %), Umlaufvermögen (12,4 %) und aktive latente Steuern (0,6 %).

Die liquiden Mittel beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf 326,1 Mio. Euro.

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit erwirtschaftete der Konzern im Geschäftsjahr 2012 einen Cashflow in Höhe von 89,6 Mio. Euro. Für Investitionen fielen 2012 Auszahlungen in Höhe von 2.949,3 Mio. Euro an. Aus der Finanzierungstätigkeit ergab sich ein positiver Cashflow in Höhe von 3.185,7 Mio. Euro. Im Rumpfgeschäftsjahr konnten die laufenden Investitionen aus den laufenden Überschüssen finanziert werden.

Zusammenfassend kann für das Geschäftsjahr anhand der oben genannten Kennzahlen eine positive und gesicherte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ohne besondere Einflussfaktoren festgestellt werden.

Risikobericht

Die Chancen- und Risikolage des Konzerns wird durch ihre wesentlichen Unternehmen bestimmt.

Die Chancen- und Risikolage der Open Grid Europe und ihrer Beteiligungen wird quartalsweise in Form eines standardisierten Prozesses erhoben und dokumentiert. Geschäftsleitung und Aufsichtsrat werden im Rahmen dieses Prozesses regelmäßig informiert. Ziel ist es, wesentliche Chancen und Risiken frühzeitig zu erkennen und – sofern möglich und notwendig – Sicherungsmaßnahmen einzuleiten.

Die Chancen- und Risikolage der Open Grid Europe zum 31. Dezember 2012 wird wesentlich durch das regulatorische Umfeld geprägt. Als reguliertes Unter-

nehmen sind Ertragslage und -aussichten der Open Grid Europe unmittelbar von Entscheidungen der Regulierungsbehörden abhängig. Wesentliche Parameter des regulierten Umsatzes sind die Kostenanerkennung und der Effizienzwert. Entscheidungen der Behörden wirken entsprechend auf Umsatz und Ertragslage.

Trotz möglicher Unsicherheiten bezüglich der Entwicklung der regulatorischen Rahmenbedingungen in Deutschland und Europa, stellt das regulierte Gas-transportgeschäft eine relativ stabile und sichere Ertragsquelle des Konzerns dar.

Darüber hinaus bedient sich Open Grid Europe zum Betrieb und zur Steuerung des Leitungsnetzes komplexer Informationstechnologie (IT). Es besteht daher grundsätzlich ein Risiko aus dem Ausfall von Teilen der IT-Systeme mit der Folge vorübergehender Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit.

Die Mehrheit der Umsätze aus der Vermarktung von Transportkapazität erwirtschaftet Open Grid Europe mit einer geringen Anzahl von großen Kunden.

Geändertes Buchungsverhalten von Transportkunden weg von einer umfangreichen langfristigen Kapazitätsbuchung hin zu kurzfristigen Buchungen via Auktion führen nur temporär zu Umsatzrückgängen. Entstehende Mindererlöse im Vergleich zur genehmigten Erlösobergrenze werden im sog. Regulierungskonto erfasst, verzinst und entsprechend über eine Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze der nachfolgenden Regulierungsperiode ausgeglichen. Ein nachhaltiges Risiko aus Nachfrageschwankungen besteht daher nicht.

Durch das am 01. April 2011 an die NetConnect Germany GmbH & Co. KG übertragene gaswirtschaftliche Umlagekonto im Zusammenhang mit dem Bilanzkreismanagement sind im Konzern zukünftig aus Nachverrechnungen keine Ergebniseffekte mehr zu erwarten.

Aus dem Beitritt der Open Grid Europe und bestimmter Tochterunternehmen zu den Kreditvereinbarungen der Vier Gas Transport ergeben sich aufgrund der stabilen Geschäftslage und positiven Geschäftsaussichten der Open Grid Europe aus heutiger Sicht keine wesentlichen Risiken. Das Zinsänderungsrisiko der bestehenden Kreditvereinbarungen ist weitgehend durch Zinssicherungsgeschäfte gedeckt.

Finanzrisikofaktoren

Durch seine Geschäftstätigkeit ist der Konzern verschiedenen finanziellen Risiken ausgesetzt: (a) dem Marktrisiko (beinhaltet das Fremdwährungsrisiko, das zinsbedingte Risiko aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, das zinsbedingte Cashflow-Risiko und das Marktpreisrisiko), (b) dem Kreditrisiko und (c) dem Liquiditätsrisiko. Das übergreifende Risikomanagement des Konzerns ist

auf die Unvorhersehbarkeit der Entwicklungen an den Finanzmärkten fokussiert und zielt darauf ab, die potenziell negativen Auswirkungen auf die Finanzlage des Konzerns zu minimieren. Der Konzern nutzt derivative Finanzinstrumente, um sich gegen bestimmte Risiken abzusichern.

Das Risikomanagement erfolgt dezentral sowohl durch die Finanzabteilung des Dienstleisters Open Grid Europe als auch durch das Beteiligungscontrolling des Gesellschafters. Dabei werden finanzielle Risiken in enger Zusammenarbeit mit den operativen Einheiten des Konzerns identifiziert, bewertet und gesichert. Aufgrund des sehr begrenzten Volumens an Transaktionen in Fremdwährungen sowie der nur sporadisch auftretenden Aufnahme und Sicherung von Darlehen erfolgt der jeweilige Umgang mit dem Fremdwährungsrisiko, dem Zins- und Kreditrisiko sowie dem Einsatz derivativer und nicht derivativer Finanzinstrumente jeweils im entsprechenden Einzelfall in Abstimmung mit den relevanten Gremien des betroffenen Unternehmens.

(a) Marktrisiko

(i) Fremdwährungsrisiko

Fremdwährungsrisiken können sich im Wesentlichen aus Beschaffungsvorgängen mit Geschäftspartnern außerhalb des EURO-Raumes ergeben. Bei Vorliegen solcher nicht EURO-basierten Beschaffungsvorgänge werden teilweise Devisentermingeschäfte eingesetzt, um das Fremdwährungsrisiko abzusichern. Der Konzern ist aktuell aufgrund des sehr begrenzten Volumens an Transaktionen in Fremdwährung nur einem unbedeutenden Fremdwährungsrisiko ausgesetzt.

(ii) Zinsrisiko

Das Zinsrisiko des Konzerns ergibt sich aus langfristigen verzinslichen Verbindlichkeiten. Die Verbindlichkeiten mit variabler Verzinsung setzen den Konzern zinsbedingten Cashflow-Risiken aus, die zum Teil durch Bankguthaben mit variabler Verzinsung kompensiert werden. Aus den festverzinslichen Verbindlichkeiten resultiert ein zinsbedingtes Risiko aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts.

Der Konzern analysiert regelmäßig seine Zinssatzexposition. Auf Basis dieser Analysen werden die Auswirkungen von Zinsänderungen auf den Gewinn bzw. Verlust ermittelt. Bestehende Zinssicherungsgeschäfte werden dabei berücksichtigt.

Aufgrund der langfristigen Ausrichtung des Geschäftsmodells wird grundsätzlich ein hoher Anteil an Zinsfestschreibungen vor allem im Planungszeitraum angestrebt. Hierbei werden insbesondere Zinsswaps eingesetzt.

(b) Kreditrisiko

Das Kreditrisiko wird auf Konzernebene gesteuert. Kreditrisiken ergeben sich aus Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten, derivativen Finanzinstrumenten und Einlagen bei Banken und Finanzinstituten sowie durch Kreditansprüchen von Kunden, die offene Forderungen und vorgenommene Transaktionen beinhalten. Für eine Zusammenarbeit werden nur Banken und Finanzinstitute mit einem unabhängigen Investmentgrade-Rating (derzeit mindestens „A-“) akzeptiert. Der Konzern erwirtschaftet den überwiegenden Teil seiner Umsätze mit einer kleinen Zahl großer Kunden.

Wesentliche Kunden werden im Rahmen einer regelmäßigen Bonitätsprüfung intern überprüft. Hierzu werden Bonitätseinschätzungen anerkannter Auskunfteien herangezogen.

Sofern der Konzern seiner Sorgfaltspflicht im Rahmen der allgemeinen Bonitätsprüfung von Kunden nachkommt, werden Zahlungsausfälle einzelner Kunden im Rahmen der regulierten Entgeltbildung ausgeglichen, das Kreditrisiko durch Großkunden ist daher nur ein temporäres Phänomen.

In der Vergangenheit sind keine wesentlichen Zahlungsausfälle aufgetreten. Das Management erwartet auch zukünftig keine Ausfälle aufgrund von Nichterfüllung durch diese Geschäftspartner.

(c) Liquiditätsrisiko

Die Cashflow-Prognosen werden auf der Ebene der operativen Gesellschaften erstellt und im Konzern zusammengefasst. Das Management überwacht die rollierende Voraussplanung der Liquiditätsreserve des Konzerns, um sicherzustellen, dass ausreichende Liquidität verfügbar ist, um das operative Geschäft zu betreiben sowie genug Spielraum bei den ungenutzten Kreditlinien jederzeit vorhanden ist, damit der Konzern weder die Kreditlinien überschreitet noch die Kreditvereinbarungen verletzt. Solche Prognosen berücksichtigen die Gruppenfinanzierungspläne, das Einhalten von Kreditvereinbarungen, das Einhalten von internen Zielbilanzkennziffern sowie, soweit zutreffend, externe gesetzliche oder behördliche Bestimmungen.

Bestandsgefährdende Risiken sind für den Konzern derzeit nicht bekannt.

Wesentliche Umweltrisiken sind darüber hinaus ebenfalls nicht bekannt.

Wesentliche Rechtsstreitigkeiten

Gegen Open Grid Europe und Thyssengas wurde seit 2010 wegen angeblich in Anspruch genommener Flexibilitäts- und Commodityprodukte in 2008/2009 ein

Bereicherungsanspruch von einem Kunden geltend gemacht. Nachdem Vergleichsgespräche gescheitert sind, wurde im Dezember 2011 ein zivilrechtliches Mahnverfahren u.a. gegen Open Grid Europe beantragt. Gegen den Mahnbescheid hat Open Grid Europe fristgemäß Widerspruch eingelegt, das Verfahren wird jetzt vor dem Landgericht Dortmund geführt. Der Kunde hat gegen Thyssengas Klage erhoben und Open Grid Europe den Rechtsstreit verkündet. Thyssengas hat Klageabweisung beantragt und Open Grid Europe ebenfalls den Streit verkündet. Open Grid Europe wird aller Voraussicht nach dem Rechtsstreit auf Seiten der Thyssengas beitreten.

Im Rahmen der Kaufpreisallokation wurde dieser Rechtsstreit als Eventualschuld gemäß IFRS 3.22 identifiziert und erstmalig bewertet. Der bilanzielle Ausweis erfolgt unter den sonstigen Rückstellungen. Die Fortschreibung zum 31. Dezember 2012 wurde gemäß IFRS 3.56 mit dem im Rahmen der Kaufpreisallokation ermittelten Wert vorgenommen.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, bestehen in dem Abschluss des Rating-Prozesses sowie die Aufnahme der Tätigkeiten im Zusammenhang mit Begebung einer Anleihe. Wir verweisen hier auf die Ausführungen im Abschnitt „Finanzierung“.

Prognosebericht

Im Laufe des Jahres 2013 ist gemäß der Prognose des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage damit zu rechnen, dass die deutsche Wirtschaft wieder etwas Fahrt aufnehmen wird. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts wird im Jahresdurchschnitt 2013 wiederum auf 0,8 Prozent prognostiziert. Die Arbeitslosenquote wird bei 6,9 Prozent erwartet.

Die zukünftige Ertragslage des Vier Gas Transport-Konzerns wird im Wesentlichen durch die Geschäftsentwicklung der Open Grid Europe bestimmt.

Zum 1. Januar 2013 hat Open Grid Europe die Transportentgelte angepasst. Mit der turnusmäßigen Entgeltanpassung reagiert das Unternehmen auch auf das geänderte Buchungsverhalten der Transportkunden. Die Bundesnetzagentur hatte die deutschen Fernleitungsnetzbetreiber verpflichtet, Transportkapazitäten in Auktionsverfahren zu vermarkten (Festlegung in Sachen Kapazitätsregelung und Auktionsverfahren im Gassektor KARLA Gas). Dies erfolgt seit dem vierten Quartal 2011 über die Plattform TRAC-X primary (seit 1. Januar 2013 „Prisma“) und hat das Buchungsverhalten der Transportkunden erheblich ver-

ändert. Auktionsverfahren machen kurzfristige Buchungen wirtschaftlich besonders attraktiv, da der Kapazitäts- und Marktbedarf flexibel aufeinander abgestimmt und Kapazitätsbuchungen auf diese Weise reduziert werden können. Diese sogenannten profilierten Buchungen lösen daher die in der Vergangenheit dominierenden langfristigen Kapazitätsbuchungen zunehmend ab. Trotz einer leicht reduzierten Erlösobergrenze macht dieses veränderte Buchungsverhalten eine Anhebung der spezifischen Transportentgelte der Open Grid Europe um durchschnittlich 30 Prozent zum 1. Januar 2013 notwendig.

Als reguliertes Unternehmen ermittelt Open Grid Europe die Entgelte auf Basis der durch die Bundesnetzagentur festgelegten Erlösobergrenze einschließlich der Biogaswälzungskosten und legt für die auszuweisenden Entgelte die erwarteten Buchungen zugrunde. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Konzerns sind im Wesentlichen an die Geschäftstätigkeit der Open Grid Europe gekoppelt, die der Regulierung unterliegt und somit maßgeblich von den Entscheidungen der Bundesnetzagentur bestimmt.

Insgesamt sieht die Geschäftsleitung für die kommenden beiden Jahre und darüber hinaus eine stabile und gesicherte Ertragslage des Konzerns.

**Konzernabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr
vom 12. April bis 31. Dezember 2012**

Konzernbilanz

Mio. €	Anhang	31.12.2012
Aktiva		
Langfristige Vermögenswerte		
Immaterielle Vermögenswerte	4.3	118,2
Goodwill	4.2	830,4
Sachanlagen	4.4	2.710,5
Finanzanlagen	4.5	123,6
<i>At equity bewertete Unternehmen</i>		72,1
<i>Sonstige Finanzanlagen</i>		51,5
Aktive latente Steuern	4.11	25,5
Langfristige Forderungen	4.6	34,5
Gesamt		3.842,7

Kurzfristige Vermögenswerte		
Vorräte	4.7	48,2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (inklusive geleistete Anzahlungen)	4.8	47,8
Forderungen aus Ertragsteuern	4.8	12,0
Sonstige Forderungen	4.8	68,7
Liquide Mittel	4.9	326,1
Gesamt		502,8
Gesamt Aktiva		4.345,5

Mio. €		31.12.2012
Passiva		
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital*	4.10	.
Kapitalrücklage	4.10	1.075,6
Gewinnrücklage	4.10	33,1
Kumuliertes Other Comprehensive Income	4.10	-17,0
Gesamt		1.091,7

Langfristige Schulden		
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.12	55,9
Sonstige Rückstellungen	4.13	96,3
Finanzverbindlichkeiten	4.14	2.341,0
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	4.14	29,0
Passive latente Steuern	4.11	375,9
Gesamt		2.898,1

Kurzfristige Schulden		
Sonstige Rückstellungen	4.13	51,5
Finanzverbindlichkeiten	4.14	140,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.14	46,8
Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern	4.14	45,6
Sonstige Verbindlichkeiten	4.14	71,8
Gesamt		355,7
Gesamt Passiva		4.345,5

*Die Eröffnungsbilanz zum 12. April 2012 weist liquide Mittel in Höhe von 12,5 T€ sowie ein gezeichnetes Kapital in Höhe von 25 T€ abzüglich der noch nicht eingeforderten Einlage in Höhe von 12,5 T€ aus.

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (€, % usw.) auftreten.

Konzern - Gewinn und Verlustrechnung

Mio. €	Anhang	12.04. - 31.12.2012
Umsatzerlöse	5.1	445,7
Bestandveränderungen		-1,3
Andere aktivierte Eigenleistungen	5.2	9,2
Materialaufwand	5.4	-185,2
Personalaufwand	5.5	-66,5
Abschreibungen	5.7	-53,3
Sonstige betriebliche Erträge	5.3	5,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.6	-66,7
Ergebnis vor Finanzergebnis und Steuern		87,0
Beteiligungsergebnis	5.8	-1,1
Ergebnis aus at equity bewerteten Unternehmen	5.8	3,9
Zinsergebnis	5.8	-35,0
Finanzergebnis		-32,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		54,8
Ertragsteuern	5.9	-3,6
Latente Steuern	5.9	-18,6
Steuern vom Einkommen und Ertrag		-22,2
Netto-Ergebnis aus fortgeführten Aktivitäten		32,6
Konzernjahresüberschuss		32,6
Anteil der Alleingesellschafterin des Mutterunternehmens am Konzernjahresüberschuss		32,6

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (€, % usw.) auftreten.

Konzern - Gesamtergebnisrechnung

Mio. €	Anhang	12.04. - 31.12.2012
Konzernjahresüberschuss		32,6
Cashflow Hedges		
<i>unrealisierte Veränderungen</i>	4.10	-24,6
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste nach IAS 19	4.10	0,6
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Veränderungen	4.10	7,4
Gesamtergebnis		16,0
Anteil der Alleingeschafterin des Mutterunternehmens am Konzerngesamtergebnis		16,0

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (€, % usw.) auftreten.

Konzern - Eigenkapitalveränderungsrechnung

Mio. €	Gezeichnetes Kapital*	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage	Veränderung kumuliertes Other Comprehensive Income	
				Cashflow Hedges	Summe
Stand: 12.04.2012	-	0,0	0,0	0,0	-
Kapitalerhöhung	-	1.075,6			1.075,6
Comprehensive Income			33,1	-17,0	16,1
Konzernjahresüberschuss/Konzernjahresfehlbetrag (-)			32,6		32,6
Other Comprehensive Income			0,4	-17,0	-16,6
Veränderung versicherungsmathematischer Gewinne/ Verluste leistungsorientierter Pensionszusagen und ähnlicher Verpflichtungen					
Veränderung kumuliertes Other Comprehensive Income			0,4	-17,0	0,4
Stand: 31.12.2012	-	1.075,6	33,1	-17,0	1.091,7

*Die Eröffnungsbilanz zum 12. April 2012 weist liquide Mittel in Höhe von 12,5 T€ sowie ein gezeichnetes Kapital in Höhe von 25 T€ abzüglich der noch nicht eingeforderten Einlage in Höhe von 12,5 T€ aus. Im Geschäftsjahr wurde die ausstehende Einlage eingezahlt.

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (€, % usw.) auftreten.

Weitere Erläuterungen enthält Abschnitt 4, 10 des Anhangs.

Konzern-Kapitalflussrechnung

Mio. €	12.04. - 31.12.2012
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit	89,6
Konzernjahresüberschuss / Konzernjahresfehlbetrag (-)	32,6
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	53,4
Veränderungen der Rückstellungen	33,8
Veränderungen latenter Steuern	18,5
Erhaltene Dividende	0,5
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	27,9
Veränderungen von Posten der betrieblichen Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Ertragsteuern	-77,2
<i>Vorräte</i>	-5,8
<i>Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</i>	-7,7
<i>Sonstige betriebliche Forderungen und Steueransprüche</i>	-20,1
<i>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</i>	-38,6
<i>Sonstige betriebliche Verbindlichkeiten und Steuern</i>	-5,0
Ergebnis aus dem Abgang von Vermögenswerten	0,1
<i>Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen</i>	0,1
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-2.949,3
Erwerb von Tochterunternehmen abzüglich erworbener Nettozahlungsmittel	-2.861,6
Erwerb von Joint Operations abzgl. anteiliger erworbener Nettozahlungsmittel	0,0
Einzahlungen aus dem Verkauf von Tochterunternehmen zzgl. abgehender Nettozahlungsmittel	0,0
Einzahlungen aus dem Verkauf von Joint Operations zzgl. abgehender anteiliger Nettozahlungsmittel	0,0
Einzahlungen aus dem Abgang von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagevermögen	9,8
Einzahlungen aus dem Verkauf von sonstigen Beteiligungen	0,0
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagevermögen	-92,6
Auszahlungen für Investitionen in sonstige Beteiligungen	-0,1
Einzahlungen aus dem Abgang von / Auszahlungen für sonstige Geldanlagen	-4,7
<i>Einzahlungen aus dem Abgang sonstiger Geldanlagen</i>	145,4
<i>Auszahlungen für sonstige Geldanlagen</i>	-150,1
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	3.185,7
Einzahlungen aus Kapitalveränderungen ¹⁾	1.075,6
Gezahlte Zinsen	-30,3
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzverbindlichkeiten	2.385,1
Auszahlungen für die Tilgung von Finanzverbindlichkeiten	-244,8
Gezahlte Dividenden	0
Auszahlungen für den Kauf weiterer Anteile bereits konsolidierter Unternehmen	0
Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen (ohne control-Verlust)	0
Veränderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	326,1
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente ²⁾	.
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	326,1

¹⁾ Hierbei handelt es sich um die Bareinzahlung in die Kapitalrücklage der VGT.

²⁾ Die Eröffnungsbilanz zum 12. April 2012 weist liquide Mittel in Höhe von 12,5 T€ sowie ein gezeichnetes Kapital in Höhe von 25 T€ abzüglich der noch nicht eingeforderten Einlage in Höhe von 12,5 T€ aus.

Ergänzende Informationen zum Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit

Mio. €	12.04. - 31.12.2012
Gezahlte Ertragsteuern (abzüglich Erstattung)	-5,4
Erhaltene Zinsen	0,4
Erhaltene Dividenden	0,5

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (€, % usw.) auftreten.

Weitere Erläuterungen enthält Abschnitt 6.1 des Anhangs.

Inhaltsverzeichnis

1	Grundlegende Informationen	3
2	Zusammenfassung wesentlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	4
2.1	Grundlagen der Abschlusserstellung	4
2.2	Angewandte Rechnungslegungsstandards	4
2.3	Konsolidierungsgrundsätze.....	7
2.4	Konsolidierungskreis	9
2.5	Unternehmenserwerb	11
2.6	Segmentberichterstattung.....	13
2.7	Währungsumrechnung.....	13
2.8	Sachanlagen	14
2.9	Goodwill	15
2.10	Immaterielle Vermögenswerte	17
2.11	Aufwendungen für Forschung und Entwicklung	19
2.12	Finanzinstrumente	19
2.13	Vorräte	22
2.14	Forderungen und sonstige Vermögenswerte.....	23
2.15	Liquide Mittel	23
2.16	Fremdkapitalkosten.....	23
2.17	Ertragsteuern	24
2.18	Leistungen an Arbeitnehmer.....	25
2.19	Rückstellungen	28
2.20	Ertragsrealisierung	29
2.21	Leasingverhältnisse	30
2.22	Kapitalflussrechnung.....	30
2.23	Schätzungen und Annahmen sowie Ermessen bei der Anwendung der Rechnungslegungsgrundsätze	31
3	Finanzrisikomanagement	31
3.1	Finanzrisikofaktoren.....	31
3.2	Kapitalmanagement	35
4	Erläuterungen zur Bilanz	35
4.1	Kategorisierung der Finanzinstrumente	35
4.2	Goodwill	40
4.3	Immaterielle Vermögenswerte	41
4.4	Sachanlagen	41
4.5	Finanzanlagen	42
4.6	Langfristige Forderungen.....	43
4.7	Vorräte	43
4.8	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige kurzfristige Forderungen	43

4.9 Liquide Mittel	45
4.10 Eigenkapital.....	45
4.11 Latente Steuern	46
4.12 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	47
4.13 Sonstige Rückstellungen	58
4.14 Verbindlichkeiten.....	61
5 Erläuterungen zur Gewinn und Verlustrechnung	62
5.1 Umsatzerlöse	62
5.2 Andere aktivierte Eigenleistungen	62
5.3 Sonstige betriebliche Erträge.....	62
5.4 Materialaufwand.....	63
5.5 Personalaufwand	63
5.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen	64
5.7 Abschreibungen	64
5.8 Finanzergebnis	64
5.9 Ertragsteuern	65
6 Sonstige Angaben	66
6.1 Angaben zur Kapitalflussrechnung	66
6.2 Haftungsverhältnisse	66
6.3 Sonstige finanzielle Verpflichtungen	67
6.4 Leasing.....	68
6.5 Segmentberichterstattung.....	69
6.6 Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen	70
6.7 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	71
6.8 Honorare der Abschlussprüfer	72
6.9 Befreiungswahlrechte nach §§ 264 Absatz 3 bzw. 264b HGB	72
6.10 Geschäftsführung.....	72
7 Aufstellung des Anteilsbesitzes zum 31. Dezember 2012	73

Anhang zum Konzernabschluss der Vier Gas Transport GmbH für das Rumpfgeschäftsjahr vom 12. April bis 31. Dezember 2012

1 Grundlegende Informationen

Die Vier Gas Transport GmbH, („VGT“ oder „die Gesellschaft“) hat ihren eingetragenen Firmensitz in der Kallenbergstraße 5, 45128 Essen. Alleingesellschafterin ist die Vier Gas Services GmbH & Co. KG, Essen („VGS“). Die VGS ist damit das oberste inländische Mutterunternehmen im Konzern und verpflichtet, einen Konzernabschluss aufzustellen. VGT stellt als im Inland ansässiges Mutterunternehmen einen Konzernabschluss freiwillig im Sinne des § 315a HGB auf.

Die Gesellschaft wurde am 10. Januar 2012 als Vorratsgesellschaft gegründet und am 12. April 2012 in das Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter HRB 93508 unter dem Namen Blitz F12 - acht GmbH eingetragen. Mit Handelsregistereintrag vom 03. Mai 2012 erfolgte die Umfirmierung in Vier Gas Transport GmbH (VGT), Essen. Mit Änderung des Gesellschaftsvertrags am 22. November 2012 wurde der Sitz der Gesellschaft von Frankfurt am Main nach Essen verlegt. Seit dem 14. Dezember 2012 wird die Gesellschaft unter der Nummer HRB 24299 beim Amtsgericht Essen geführt.

Die Eröffnungsbilanz wurde zum 12. April 2012 aufgestellt.

Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb, das Halten und Verwalten sowie der Verkauf von Beteiligungen an Unternehmen oder von deren Vermögensgegenständen und jede damit verbundene Handlung oder Maßnahme und die Erbringung von Dienstleistungen jeder Art gegenüber seinen Tochtergesellschaften, insbesondere, ohne darauf beschränkt zu sein, die Erbringung von Finanzdienstleistungen.

Im Laufe des Geschäftsjahres hat der Konzern die Open Grid Europe GmbH (OGE), Essen, inklusive derer Beteiligungen (OGE-Gruppe) mit Wirkung zum 23. Juli 2012 erworben. Die Open Grid Europe übt Tätigkeiten eines Fernleitungsnetzbetreibers Gas aus.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 23. April 2013 von der Geschäftsführung zur Veröffentlichung genehmigt.

2 Zusammenfassung wesentlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses angewendet wurden, sind im Folgenden dargestellt.

2.1 Grundlagen der Abschlusserstellung

Dieser Konzernabschluss wird nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, und den Auslegungen des International Financial Reporting Standards Interpretations Committee (IFRS IC) sowie den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt.

Die Aufstellung des Konzernabschlusses für den VGT-Konzern erfolgt grundsätzlich auf Basis der historischen Kosten, eingeschränkt durch die zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewerteten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte (Available-for-Sale) sowie die erfolgswirksam zum Fair Value angesetzten finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten (inklusive derivativer Finanzinstrumente).

Die Aufstellung von in Einklang mit den IFRS stehenden Konzernabschlüssen erfordert Schätzungen. Des Weiteren macht die Anwendung der unternehmensweiten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Wertungen des Managements erforderlich.

Die Konzernbilanz wird im Einklang mit IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ nach der Fristigkeitenmethode aufgestellt. Dabei werden Vermögenswerte, die innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag realisiert werden, sowie Verbindlichkeiten, die innerhalb eines Jahres nach dem Bilanzstichtag fällig werden, grundsätzlich als kurzfristig ausgewiesen.

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem Gesamtkostenverfahren.

Alle Angaben erfolgen - sofern nicht anders angegeben - in Millionen Euro (Mio. €).

2.2 Angewandte Rechnungslegungsstandards

Es wurden sämtliche zum 31. Dezember 2012 verpflichtend anzuwendenden Bilanzierungsstandards und Interpretationen berücksichtigt. Darüber hinaus gibt es einige

neue Standards sowie Änderungen an Standards und Interpretationen, die für Geschäftsjahre, die nach dem 01. Januar 2013 beginnen, anzuwenden sind.

Diese neuen, geänderten bzw. überarbeiteten Rechnungslegungsvorschriften werden grundsätzlich ab dem Zeitpunkt angewendet, ab dem die Anwendung jeweils verpflichtend vorgeschrieben ist, mit Ausnahme der Standards IAS 19 (Leistungen an Arbeitnehmer), IFRS 10 (Konzernabschlüsse), IFRS 11 (Joint Arrangements), IFRS 12 (Angaben zu Beteiligungen), IAS 27 (separate Einzelabschlüsse) und IAS 28 (Anteile an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures) sowie der Übergangleitlinien zu IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12, die bereits vorzeitig im vorliegenden Abschluss angewendet wurden.

Folgende neue, geänderte bzw. überarbeitet veröffentlichte, aber noch nicht verpflichtend anzuwendende Standards und Interpretationen wurden noch nicht angewendet.

Standard / Interpretation		Veröffentlicht durch das IASB	Übernahme durch EU erfolgte	Anwendungspflicht	Voraussichtliche Auswirkungen
IFRS 1	Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards - Ausgeprägte Hochinflation und Beseitigung der festen Zeitpunkte für Erstanwender	20.12.2010	Ja	01.01.2013	Es werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzern erwartet
IFRS 1	Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards: Darlehen der öffentlichen Hand	13.03.2012	Ja	01.01.2013	Es werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzern erwartet
IFRS 7	Finanzinstrumente Angaben: Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Schulden	16.12.2011	Ja	01.01.2013	Mögliche Auswirkungen auf den Konzern werden untersucht
IFRS 9	Finanzinstrumente: Klassifizierung und Bewertung	16.12.2011	Nein	01.01.2015 (IASB)	Mögliche Auswirkungen auf den Konzern werden untersucht

IFRS 9 und IFRS 7	Änderung des IFRS 9 und IFRS 7: Verpflichtender Anwendungszeitpunkt und Angaben zum Übergang	16.12.2011	Nein	01.01.2015 (IASB)	Mögliche Auswirkungen auf den Konzern werden untersucht
IFRS 10, IFRS 12, IAS 27	Ergänzungen zu IFRS 10, IFRS 12, IAS 27 - Investment Gesellschaften	31.10.2012	Nein	01.01.2014 (IASB)	Es werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzern erwartet
IFRS 13	Bemessung des beizulegenden Zeitwerts	12.05.2011	Ja	01.01.2013	Es werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzern erwartet
IAS 1	Darstellung des Abschlusses: Darstellung einzelner Posten des sonstigen Ergebnisses	16.06.2011	Ja	01.07.2012	Mögliche Auswirkungen auf den Konzern werden untersucht
IAS 12	Latente Steuern: Realisierung zugrunde liegender Vermögenswerte	20.12.2010	Ja	01.01.2013	Mögliche Auswirkungen auf den Konzern werden untersucht
IAS 32	Finanzinstrumente Darstellung: Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Schulden	16.12.2012	Ja	01.01.2014	Mögliche Auswirkungen auf den Konzern werden untersucht
diverse	Verbesserung der International Financial Reporting Standards 2011 (Mai 2012)	17.05.2012	Ja	01.01.2013	Es werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzern erwartet
IFRIC 20	Abraumkosten in der Produktionsphase eines Tagebaubergwerks	19.10.2011	Ja	01.01.2013	Es werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzern erwartet

2.3 Konsolidierungsgrundsätze

(a) Tochterunternehmen

Tochterunternehmen sind alle Unternehmen, bei denen der Konzern den variablen Rückflüssen aus seinem Engagement in dem Unternehmen ausgesetzt ist bzw. Anrechte auf diese besitzt und die Fähigkeit hat, diese Rendite mittels seiner Verfügungsgewalt über das Unternehmen zu beeinflussen (Beherrschung im Sinne des IFRS 10).

Tochterunternehmen werden grundsätzlich von dem Zeitpunkt an in den Konzernabschluss der VGT einbezogen (Vollkonsolidierung), zu dem die Beherrschung auf VGT übergegangen ist. Sie werden zu dem Zeitpunkt endkonsolidiert, zu dem die Beherrschung endet.

Die Bilanzierung erworbener Tochterunternehmen erfolgt nach der Erwerbsmethode. Die Anschaffungskosten des Erwerbs entsprechen dem zum Transaktionszeitpunkt beizulegenden Zeitwert der hingeegebenen Vermögenswerte, der ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente und der entstandenen bzw. übernommenen Schulden. Außerdem beinhalten sie die beizulegenden Zeitwerte jeglicher angesetzter Vermögenswerte oder Schulden, die aus einer bedingten Gegenleistungsvereinbarung resultieren. Im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses identifizierbare Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden werden bei der Erstkonsolidierung mit ihren zum Erwerbszeitpunkt beizulegenden Zeitwerten bewertet. Für jeden Unternehmenserwerb entscheidet der Konzern auf individueller Basis, ob die nicht beherrschenden Anteile am erworbenen Unternehmen zum beizulegenden Zeitwert oder anhand des proportionalen Anteils am Nettovermögen des erworbenen Unternehmens erfasst werden.

Erwerbsbezogene Kosten werden aufwandswirksam erfasst, wenn sie anfallen.

Als Goodwill wird der Wert angesetzt, der sich aus dem Überschuss der Anschaffungskosten des Erwerbs, dem Betrag der nicht beherrschten Anteile am erworbenen Unternehmen sowie dem beizulegenden Zeitwert jeglicher vorher gehaltener Eigenkapitalanteile zum Erwerbsdatum über den Anteil des Konzerns an dem zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Nettovermögen ergibt.

Sind die Anschaffungskosten geringer als das zum beizulegenden Zeitwert bewertete Nettovermögen des erworbenen Tochterunternehmens, wird der Unterschiedsbe-

trag nach nochmaliger Prüfung der Bewertung direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ erfasst.

Sämtliche wesentliche Transaktionen, Salden und nicht realisierte Gewinne aus Transaktionen zwischen Unternehmen, die in den Konzernabschluss der VGT einbezogen werden, werden eliminiert.

Die in die Konsolidierung einbezogenen Abschlüsse der inländischen Tochterunternehmen werden gemäß IFRS 10 nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Dementsprechend wurden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden von Tochtergesellschaften in erforderlichem Maße angepasst.

(b) Joint Arrangements

Joint Arrangements werden entsprechend der Vorgaben des IFRS 11 bilanziert. Die Einbeziehung der Gesellschaften, die gemäß IFRS 11 als Joint Operations klassifiziert wurden, erfolgt grundsätzlich vereinfachend quotale entsprechend der Beteiligungsquote aufgrund der unwesentlichen Unterschiede zur Einbeziehung auf Basis der Nutzungsquote. Hiervon ausgenommen sind Erweiterungsinvestitionen, an denen nur ein Gesellschafter beteiligt ist. Diese werden von dem entsprechenden Gesellschafter vollständig in dessen Konzernabschluss einbezogen. Sämtliche wesentliche Transaktionen und Salden zwischen diesen Unternehmen und anderen verbundenen Unternehmen, die in den Konzernabschluss der VGT einbezogen werden, werden quotale eliminiert. Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von konzerneigenen Vermögenswerten an Joint Ventures werden in Höhe des den anderen Anteilbesitzern zustehenden Anteils erfasst. Verluste aus solchen Transaktionen werden jedoch sofort vollständig realisiert, wenn der Verlust als sicherer Hinweis darauf aufzufassen ist, dass der Nettoveräußerungswert von zu veräußernden Vermögenswerten reduziert ist oder eine Wertminderung vorliegt.

Anteile des Konzerns an Gewinnen und Verlusten der Joint Ventures, die beim Erwerb von Vermögenswerten durch den Konzern entstehen, werden vom Konzern so lange nicht angesetzt, bis sie an ein nicht zum Konzern gehörendes Unternehmen weiterveräußert worden sind. Sofern der Verlust als sicherer Hinweis darauf aufzufassen ist, dass der Nettoveräußerungswert von zu erwerbenden Vermögenswerten reduziert ist oder eine Wertminderung vorliegt, wird der Anteil des Konzerns an solchen Verlusten sofort realisiert.

(c) Assoziierte Unternehmen

Assoziierte Unternehmen sind Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss ausübt, über die er aber keine ausschließliche Kontrolle besitzt.

Anteile an assoziierten Unternehmen werden nach der Equity-Methode bilanziert. Im Rahmen der Anwendung der Equity-Methode werden die Anschaffungskosten der Beteiligung mit dem auf VGT entfallenden Anteil der Reinvermögensänderung fortentwickelt. Anteilige Verluste, die den Wert des Beteiligungsanteils des Konzerns an einem assoziierten Unternehmen, gegebenenfalls unter Berücksichtigung zuzurechnender langfristiger Ausleihungen, übersteigen, werden nicht erfasst. Ein bilanzierter Goodwill wird im Buchwert des assoziierten Unternehmens ausgewiesen.

Unrealisierte Zwischenergebnisse aus Transaktionen mit assoziierten Unternehmen, die at equity bewertet sind, werden im Rahmen der Konsolidierung anteilig eliminiert, soweit die zugrunde liegenden Sachverhalte wesentlich sind.

Im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung (Impairment-Test) wird der Buchwert eines at equity bewerteten Unternehmens mit dessen erzielbarem Betrag verglichen. Falls der Buchwert den erzielbaren Betrag übersteigt, ist eine Wertminderung (Impairment) in Höhe des Differenzbetrags vorzunehmen. Sofern die Gründe für eine zuvor erfasste Wertminderung entfallen sind, erfolgt eine entsprechende erfolgswirksame Zuschreibung.

Der Abschluss der nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligung wird grundsätzlich nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

2.4 Konsolidierungskreis

Zum Bilanzstichtag werden vier inländische Tochtergesellschaften vollkonsolidiert, die im Rahmen des Erwerbs der OGE-Gruppe übernommen wurden. Zum Erwerb der OGE-Gruppe wird auf die Ausführungen im Abschnitt 2.5 verwiesen. Die Beherrschung beruht bei den vollkonsolidierten Tochtergesellschaften auf der Mehrheit der Stimmrechte, die die VGT direkt oder indirekt hält. Nicht konsolidiert werden Tochterunternehmen, sofern sie für den Konzernabschluss der VGT von untergeordneter Bedeutung sind. Diese Tochterunternehmen werden gemäß IAS 39 bilanziert. Insgesamt sind dies zum Bilanzstichtag drei inländische Gesellschaften.

Zum Bilanzstichtag werden drei inländische Joint Operations in den Konzernabschluss einbezogen. Trotz der rechtlich separaten Einheit dieser Unternehmen, ergibt die Würdigung übriger Faktoren und Begleitumstände, dass Rechte und Pflichten an deren Vermögenswerten und Schulden bestehen, da die Leistungen dieser Unternehmen ausschließlich an ihre Gesellschafter erbracht werden. Die OGE ist mit den jeweils anderen Joint Operators vertraglich neben den Gesellschaftsverträgen auch über Konsortialverträge verbunden. Diese Verträge bilden auch die Basis für die Klassifizierung der Joint Arrangements als Joint Operations. Des Weiteren überlassen die Joint Operations im Rahmen von Gebrauchs- und Nutzungsüberlassungsverträgen ihr Leitungsnetz an die OGE sowie die anderen Joint Operators. Diese Leitungsnetze sind essentielle Voraussetzung für die Geschäftstätigkeit als Fernleitungsnetzbetreiber Gas im momentan gegebenen Umfang.

Die Joint Operations agieren in einem regulierten Umfeld. Hieraus ergibt sich ein allgemeines Geschäftsrisiko für diese Gesellschaften, da die Entwicklung des regulatorischen Rahmens in Deutschland und Europa mit Unsicherheit behaftet ist. Da die Joint Operations allerdings keine eigenen Erlösbergrenzen im Rahmen der Anreizregulierung beantragen, sondern ihr Leitungsnetz einzelvertraglich an die Gesellschafter verpachten, ist das Risiko begrenzt.

Fünf inländische Gemeinschaftsunternehmen werden gemäß IAS 39 im Konzernabschluss bilanziert, da sie für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns der VGT nur von untergeordneter Bedeutung sind. Der Ausweis erfolgt in den Finanzanlagen.

Zum Bilanzstichtag wurden sechs assoziierte Unternehmen identifiziert. Davon werden fünf aufgrund ihrer unterordneten Bedeutung für den Konzernabschluss ebenfalls nach IAS 39 bilanziert. Einziges at equity bilanziertes assoziiertes Unternehmen ist die GasLINE GmbH & Co. KG (GasLINE), Straelen, deren Geschäftstätigkeit die Errichtung, der Erwerb, die Anmietung, Unterhaltung und Nutzungsüberlassung insbesondere von Lichtwellenleitern, Lichtwellenleiterkabeln und Kabelkanalrohren zu Telekommunikationszwecken darstellt. Zwischen der OGE und der GasLINE bestehen Dienstleistungsbeziehungen.

Zur detaillierteren Darstellung der in den Konzernabschluss einbezogenen sowie nicht konsolidierten Unternehmen wird auf die Aufstellung des Anteilsbesitzes im Abschnitt 7 verwiesen.

Hinsichtlich der Übertragung von Vermögenswerten zwischen den Gesellschaften innerhalb des Konzerns bestehen sowohl regulatorische als auch vertragliche Restriktionen.

2.5 Unternehmenserwerb

Mit Wirkung zum 23. Juli 2012 (Erwerbszeitpunkt) hat VGT sämtliche Geschäftsanteile der OGE zu einem Kaufpreis in Höhe von 3.215,1 Mio. € in bar erworben, um eine Geschäftstätigkeit im regulierten Gastransportgeschäft zu entwickeln. OGE übt die Aufgaben eines Fernleitungsnetzbetreibers Gas und aller damit zusammenhängenden Aktivitäten und Dienstleistungen aus und erbringt sonstige Dienstleistungen gegenüber verbundenen und dritten Unternehmen auf Grundlage der technischen und sonstigen Einrichtungen sowie des Personals des Unternehmens.

Unter Berücksichtigung von Wesentlichkeitsüberlegungen wurde die Erstkonsolidierung zum 31. Juli 2012 (Erstkonsolidierungszeitpunkt) vorgenommen.

Die Konsolidierung der erworbenen Gesellschaft erfolgte gemäß IFRS 3. Hierbei wurden die identifizierten und ansatzfähigen Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden zum Erstkonsolidierungszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Im Rahmen des Erwerbsvorgangs wurden Eventualschulden in Höhe von 73,2 Mio. € identifiziert (siehe hierzu Abschnitt 4.13).

Der beizulegende Zeitwert der erworbenen Forderungen beläuft sich zum Erwerbszeitpunkt auf 275,2 Mio. €. Davon entfallen 170,2 Mio. € auf Finanzforderungen, 41,1 Mio. € auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, 28,3 Mio. € auf Forderungen PoC sowie 18,8 Mio. € auf sonstige betriebliche Forderungen und Vermögenswerte. Der Restbetrag in Höhe von 16,8 Mio. € entfällt auf eine Forderung, die im Zusammenhang mit der Übernahme einer Steuerverpflichtung steht (siehe unten). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind mit 2,0 Mio. € wertberichtigt, so dass sich der Bruttobetrag der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen auf 43,1 Mio. € beläuft. Bei allen übrigen Forderungsposten entspricht der beizulegende Zeitwert dem Bruttobetrag.

Der aus der Kaufpreisallokation resultierende Goodwill stellt den künftigen wirtschaftlichen Nutzen anderer bei dem Unternehmenszusammenschluss erworbener Vermögenswerte dar, die nicht einzeln identifiziert und getrennt erfasst werden können und beläuft sich auf 830,4 Mio. €.

Die folgende Übersicht stellt zusammenfassend den für den Unternehmenserwerb gezahlten Kaufpreis sowie die Werte der identifizierten Vermögenswerte und Schulden dar, die am Erstkonsolidierungszeitpunkt übernommen wurden.

Mio. €	Zeitwerte zum Übernahmzeitpunkt
Immaterielle Vermögenswerte	122,7
Sachanlagevermögen	2.651,0
Finanzanlagen	126,2
Vorräte	42,3
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	275,2
Aktive latente Steuern	12,6
Liquide Mittel	353,5
Rückstellungen für Pensionen und sonstige Personalverpflichtungen	213,4
Sonstige Rückstellungen	126,6
Finanzverbindlichkeiten	326,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	180,1
Passive latente Steuern	351,9
Nettowert der Vermögenswerte	2.384,7
Gesamte geleistete Gegenleistung	3.215,1
Goodwill	830,4

Beim Erwerb der OGE wurden Steuerverpflichtungen nach dem Ausscheiden aus dem Contractual Trust Arrangement (CTA) mit der MEON Pensions GmbH & Co. KG, Grünwald („MEON KG“), in Höhe von 16,8 Mio. € übernommen. In gleicher Höhe wurde ein Indemnification Asset bilanziert, da auf Basis des Kaufvertrags im Falle des Eintritts dieser Steuerverpflichtung eine Kompensation in gleicher Höhe über die Anpassung des Kaufpreises zwischen VGT und der E.ON AG, Düsseldorf, erfolgt. Dieser Vermögenswert wurde im Rahmen der Goodwillermittlung berücksichtigt. Da sich keine Veränderung der korrespondierenden Schuld zum 31. Dezember 2012

ergeben hat, ist auch der Wertansatz des Indemnification Asset zum 31. Dezember 2012 unverändert.

Die OGE-Gruppe trug seit der Erstkonsolidierung 445,8 Mio. € zum Umsatz und 59,5 Mio. € zum Konzernjahresüberschuss bei.

Die Ermittlung des Beitrags zum Umsatz und Ergebnis im hypothetischen Fall der Einbeziehung ab dem 01. Januar 2012 ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich und unterbleibt somit.

2.6 Segmentberichterstattung

Über das Geschäftssegment wird in einer Art und Weise berichtet, die mit der internen Berichterstattung an den Hauptentscheidungsträger übereinstimmt. Der Hauptentscheidungsträger ist für die Entscheidungen über die Allokation von Ressourcen und für die Überprüfung der Ertragskraft zuständig. Als Hauptentscheidungsträger wurde die Geschäftsführung der OGE ausgemacht.

2.7 Währungsumrechnung

Die im Abschluss eines jeden Konzernunternehmens enthaltenen Posten sind in Euro bewertet, da diese Währung die funktionale Währung in allen Konzernunternehmen darstellt. Der Konzernabschluss ist ebenfalls in Euro aufgestellt, der die funktionale Währung und die Berichtswährung der VGT darstellt.

Fremdwährungstransaktionen werden mit den Wechselkursen zum Transaktionszeitpunkt oder Bewertungszeitpunkt bei Neubewertungen in die funktionale Währung umgerechnet. Gewinne und Verluste, die aus der Erfüllung solcher Transaktionen sowie aus der Umrechnung zum Stichtagskurs von in Fremdwährung geführten monetären Vermögenswerten und Schulden resultieren, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, es sei denn, sie sind im Eigenkapital als qualifizierte Cash-flow Hedges und qualifizierte Net Investment Hedges zu erfassen.

Fremdwährungsgewinne und -verluste, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen bzw. sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

2.8 Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und werden entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Komponenten grundsätzlich linear abgeschrieben, sofern nicht in Ausnahmefällen ein anderer Abschreibungsverlauf dem Nutzungsverlauf besser gerecht wird. Die Nutzungsdauern der wesentlichen Komponenten werden nachfolgend dargestellt:

- Gebäude 25-50 Jahre
- Technische Anlagen und Maschinen 10-40 Jahre
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung 5-14 Jahre

Im Rahmen der PPA wurden Vermögenswerte und Schulden zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) angesetzt. Die Fair Values des Anlagevermögens wurden aus dem Barwert der geschätzten künftigen Cashflows unter Berücksichtigung der regulatorischen Rahmenbedingungen abgeleitet. Hierbei wurden auch Schätzungen von zukünftigen Nutzenpotentialen und Nutzungsdauern vorgenommen.

Nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten werden nur dann als Teil der Anschaffungs- und Herstellungskosten des Vermögenswerts oder – sofern einschlägig – als separater Vermögenswert erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem Konzern daraus zukünftig wirtschaftlicher Nutzen zufließen wird und die Kosten des Vermögenswerts zuverlässig ermittelt werden können. Aufwendungen für Reparaturen und Wartungen, die keine wesentliche Ersatzinvestition darstellen (day-to-day servicing), werden in dem Geschäftsjahr aufwandswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, in dem sie angefallen sind.

Sachanlagen werden auf Wertminderungen überprüft, wenn Ereignisse oder veränderte Umstände vermuten lassen, dass eine Wertminderung eingetreten sein könnte. In einem solchen Fall erfolgt die Werthaltigkeitsprüfung nach IAS 36 entsprechend den für immaterielle Vermögenswerte erläuterten Grundsätzen. Sofern eine Wertminderung vorzunehmen ist, wird die Restnutzungsdauer gegebenenfalls entsprechend angepasst. Sind die Gründe für eine zuvor erfasste Wertminderung entfallen, werden diese Vermögenswerte erfolgswirksam zugeschrieben, wobei diese Wertaufholung nicht den Buchwert übersteigen darf, der sich ergeben hätte, wenn in den früheren Perioden keine Wertminderung erfasst worden wäre.

Private Investitionszulagen oder -zuschüsse mindern nicht die Anschaffungs- oder Herstellungskosten der entsprechenden Vermögenswerte, sondern werden grundsätzlich passivisch abgegrenzt.

2.9 Goodwill

Goodwill entsteht beim Erwerb von Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen und stellt den Überschuss der übertragenen Gegenleistung des Unternehmenserwerbs über den beizulegenden Zeitwert der Anteile des Konzerns an den erworbenen identifizierbaren Vermögenswerten, den übernommenen Schulden, den Eventualschulden und allen nicht beherrschenden Anteilen des erworbenen Unternehmens zum Erwerbszeitpunkt dar.

Nach IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“ unterliegt der Goodwill keiner planmäßigen Abschreibung, sondern wird mindestens jährlich einer auf den Regelungen des IAS 36 „Wertminderung von Vermögenswerten“ basierenden Werthaltigkeitsprüfung auf der Betrachtungsebene zahlungsmittelgenerierender Einheiten (Cash Generating Units) unterzogen. Bei Eintritt besonderer Ereignisse, die dazu führen können, dass der Buchwert einer Cash Generating Unit nicht mehr durch den erzielbaren Betrag gedeckt ist, ist auch unterjährig ein Impairment-Test durchzuführen.

Der VGT-Konzern stellt eine einzige Cash Generating Unit dar und ist dementsprechend ein Ein-Segment-Konzern. Eine Allokation des Goodwill war folglich nicht vorzunehmen.

Die Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill erfolgt, indem der erzielbare Betrag der Cash Generating Unit mit ihrem Buchwert einschließlich Goodwill verglichen wird. Der erzielbare Betrag ist der höhere der beiden Werte aus Fair Value abzüglich Veräußerungskosten der Cash Generating Unit und deren Nutzungswert. Die Bewertung im Rahmen der „Fair Value-abzüglich-Veräußerungskosten-Betrachtung“ erfolgt anhand von Discounted-Cashflow-Berechnungen und wird, sofern verfügbar, mittels geeigneter Multiplikatoren plausibilisiert. Zudem werden – sofern vorhanden – Markttransaktionen oder Bewertungen Dritter für ähnliche Vermögenswerte berücksichtigt. Bei Bedarf wird zudem eine Berechnung des Nutzungswerts durchgeführt. In Abgrenzung zur Ermittlung des Fair Values erfolgt die Berechnung des Nutzungswerts aus der Sichtweise des Managements. In Einklang mit IAS 36 wird außerdem sicher-

gestellt, dass insbesondere Restrukturierungsaufwendungen sowie Erst- und Erweiterungsinvestitionen (sofern diese noch nicht begonnen wurden) nicht in die Bewertung einbezogen werden.

Falls der Buchwert den erzielbaren Betrag übersteigt, so ist auf den Goodwill eine Wertminderung in Höhe des Differenzbetrags zu erfassen.

Übersteigt der identifizierte Abwertungsbedarf den Goodwill, sind die übrigen Vermögenswerte der Einheit im Verhältnis ihrer Buchwerte abzuschreiben. Eine Abstockung einzelner Vermögenswerte darf lediglich dann vorgenommen werden, wenn hierdurch der jeweilige Buchwert den höheren der folgenden Werte nicht unterschreiten würde:

- den Fair Value abzüglich Veräußerungskosten,
- den Nutzungswert oder
- den Wert null.

Der Betrag des Wertminderungsaufwands, der in diesem Fall dem Vermögenswert darüber hinaus zugeordnet worden wäre, ist anteilig auf die anderen Vermögenswerte der Einheit zu verteilen.

Im Posten Abschreibungen erfasste Wertminderungen, die auf den Goodwill vorgenommen werden, dürfen in späteren Perioden nicht rückgängig gemacht werden.

Die jährliche Werthaltigkeitsprüfung des Goodwills auf Ebene der Cash Generating Units erfolgt bei VGT jeweils im vierten Quartal eines Geschäftsjahres.

Für den Impairment-Test zum 31. Dezember 2012 wurde der erzielbare Betrag mittels des beizulegenden Zeitwertes abzüglich der Veräußerungskosten ermittelt („Fair Value-abzüglich-Veräußerungskosten-Betrachtung“).

Die zur Bewertung herangezogenen Cashflow-Prognosen basieren auf der Mittelfristplanung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Den Berechnungen für Zwecke der Werthaltigkeitstests liegen grundsätzlich die fünf Planjahre der Mittelfristplanung zugrunde. In begründeten Ausnahmefällen wird hiervon abweichend ein längerer Detailplanungszeitraum zugrunde gelegt. Dies ist insbesondere der Fall, wenn regulatorische Vorgaben oder Rahmenbedingungen dieses erfordern. Für die über die Detailplanungsperiode hinausgehenden Cashflow-Annahmen werden auf Basis von Vergangenheitsanalysen und Zukunftsprognosen spezifische Wachstumsraten

ermittelt. Die im Rahmen der Mittelfristplanung angenommene Inflationsrate betrug 2,0 Prozent, das nachhaltige Wachstum wurde mit 1,5 Prozent angenommen. Der zur Diskontierung verwendete durchschnittliche Kapitalkostensatz (WACC nach Steuern) wird auf Grundlage von Marktdaten ermittelt und betrug zum Bewertungsstichtag 4,0 Prozent.

Im Rahmen einer Sensitivitätsanalyse wurde in einer Modellrechnung stufenweise simuliert, inwiefern sich rechnerisch ein Abwertungsbedarf für die CGU ergäbe. Sollte der durchschnittliche Kapitalkostensatz um 0,5 Prozentpunkte auf 4,5 Prozent steigen, würde der erzielbare Betrag dem Buchwert entsprechen.

2.10 Immaterielle Vermögenswerte

Gemäß IAS 38 werden immaterielle Vermögenswerte über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben, es sei denn, ihre Nutzungsdauer wird als unbestimmbar klassifiziert. Bei der Klassifizierung werden unter anderem Faktoren wie typische Produktlebenszyklen und rechtliche oder ähnliche Beschränkungen berücksichtigt.

Erworbene immaterielle Vermögenswerte mit bestimmbarer Nutzungsdauer umfassen im Wesentlichen Software bzw. Softwarelizenzen sowie vertraglich bedingte Vermögenswerte. Die selbst erstellten immateriellen Vermögenswerte mit bestimmbarer Nutzungsdauer stehen vor allem im Zusammenhang mit Software und werden über maximal 5 Jahre abgeschrieben. Immaterielle Vermögenswerte mit bestimmbarer Nutzungsdauer werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und planmäßig linear über ihre jeweilige Nutzungsdauer abgeschrieben. Diese beträgt für Software und Softwarelizenzen grundsätzlich 3 Jahre. Vertraglich bedingte immaterielle Vermögenswerte werden im Einklang mit den in den Verträgen fixierten Regelungen planmäßig abgeschrieben. Die Nutzungsdauern und Abschreibungsmethoden unterliegen einer jährlichen Überprüfung. Immaterielle Vermögenswerte mit bestimmbarer Nutzungsdauer werden auf Wertminderungen überprüft, wenn Ereignisse oder veränderte Umstände vermuten lassen, dass eine Wertminderung eingetreten sein könnte.

Im Rahmen der PPA wurden Vermögenswerte und Schulden zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) angesetzt. Die Fair Values der identifizierten immateriellen Vermögenswerte wurden aus dem Barwert der geschätzten künftigen Cashflows ab-

geleitet. Hierbei wurden auch Schätzungen von zukünftigen Nutzenpotentialen und Nutzungsdauern vorgenommen.

Immaterielle Vermögenswerte mit einer unbestimmbaren Nutzungsdauer werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und jährlich – beziehungsweise im Falle von Ereignissen, die auf eine Wertminderung hindeuten können, auch unterjährig – auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Zudem erfolgt eine jährliche Überprüfung, ob die Einschätzung einer unbestimmbaren Nutzungsdauer aufrechtzuerhalten ist.

In Übereinstimmung mit IAS 36 wird der Buchwert eines immateriellen Vermögenswertes mit bestimmbarer wie unbestimmbarer Nutzungsdauer mit dessen erzielbarem Betrag, der dem höheren Betrag aus dem Nutzungswert des Vermögenswertes und dem Fair Value abzüglich Veräußerungskosten entspricht, verglichen. Überschreitet der Buchwert den korrespondierenden erzielbaren Betrag, so wird eine Wertminderung in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen Buchwert und erzielbarem Betrag im Posten Abschreibungen erfasst.

Sofern die Gründe für eine zuvor erfasste Wertminderung entfallen sind, werden immaterielle Vermögenswerte erfolgswirksam zugeschrieben. Der im Rahmen einer Wertaufholung zu erhöhende Buchwert eines immateriellen Vermögenswertes mit bestimmbarer Nutzungsdauer darf den Buchwert, der sich durch planmäßige Abschreibung ohne die Berücksichtigung von zuvor erfassten Wertminderungen in der Periode ergeben hätte, nicht übersteigen.

Nach IFRS werden Emissionsrechte, die im Rahmen von nationalen und internationalen Emissionsrechtssystemen zur Erfüllung der Abgabeverpflichtungen gehalten werden, als immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen. Da Emissionsrechte keiner planmäßigen Abnutzung im Rahmen des Produktionsprozesses unterliegen, erfolgt der Ausweis unter den immateriellen Vermögenswerten mit unbestimmbarer Nutzungsdauer. Die Emissionsrechte werden mit den Anschaffungskosten bei Ausgabe für die jeweilige Abrechnungsperiode als (Teil-)Erfüllung des Zuteilungsbescheids der zuständigen nationalen Behörde oder bei Erwerb aktiviert.

Getätigte Emissionen werden durch Bildung einer Rückstellung zum Buchwert der gehaltenen Emissionsrechte beziehungsweise bei Unterdeckung zum aktuellen Fair Value der Emissionsrechte berücksichtigt. Die Aufwendungen für die Bildung der Rückstellung werden im Materialaufwand ausgewiesen.

2.11 Aufwendungen für Forschung und Entwicklung

Aufwendungen für Forschung und Entwicklung müssen nach IAS 38.52 ff in eine Forschungs- und eine Entwicklungsphase aufgeteilt werden. Während Forschungsaufwendungen sofort erfolgswirksam erfasst werden, sind Entwicklungsaufwendungen bei Vorliegen der in IAS 38 genannten allgemeinen Ansatzkriterien für einen immateriellen Vermögenswert sowie weiterer spezieller Voraussetzungen zu aktivieren. Im Geschäftsjahr waren diese Kriterien bei selbsterstellter Software erfüllt, die entsprechend aktiviert wurde. Forschungsaufwendungen fielen nicht an.

2.12 Finanzinstrumente

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Unternehmen zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswertes und bei einem anderen Unternehmen zur Entstehung einer finanziellen Verbindlichkeit oder eines Eigenkapitalinstruments führt. Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden nur angesetzt, wenn der Konzern Vertragspartei des Finanzinstruments wird. Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die Rechte auf Zahlungen aus den finanziellen Vermögenswerten erloschen sind oder übertragen wurden und der Konzern im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, übertragen hat.

Originäre Finanzinstrumente

Originäre Finanzinstrumente werden bei Zugang zum Fair Value am Erfüllungstag bilanziert. Dabei sind bei allen Finanzinstrumenten, die in der Folge nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, die dem Erwerb direkt zurechenbaren Transaktionskosten zu berücksichtigen. Bei den in Folge zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten werden zugehörige Transaktionskosten erfolgswirksam erfasst. Nicht konsolidierte Beteiligungen werden ebenso wie die Wertpapiere in Übereinstimmung mit IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ bewertet. Finanzinstrumente werden entsprechend der Bewertungskategorien des IAS 39 klassifiziert. VGT kategorisiert finanzielle Vermögenswerte in erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte, die u.a. zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente umfassen, weiterveräußerbare Wertpapiere (Available-for-Sale) sowie Ausleihungen und Forderungen (Loans and Receivables). Die Klassifizierung hängt von dem jeweiligen Zweck ab, für den die finanziellen Ver-

mögenswerte erworben wurden. Das Management bestimmt die Kategorisierung der finanziellen Vermögenswerte beim erstmaligen Ansatz.

Die als weiterveräußerbar kategorisierten Wertpapiere werden fortlaufend zum Fair Value bilanziert. Daraus resultierende unrealisierte Gewinne und Verluste werden nach Abzug von latenten Steuern bis zur Realisierung als Eigenkapitalbestandteil (Other Comprehensive Income) ausgewiesen.

Realisierte Gewinne und Verluste werden auf Basis von einzelnen Transaktionen ermittelt. Liegen objektive Hinweise für eine Wertminderung vor, werden zuvor im Other Comprehensive Income ausgewiesene Verluste im Finanzergebnis erfasst. Bei der Einschätzung einer möglichen Wertminderung werden alle verfügbaren Informationen, wie Marktbedingungen, Dauer und Ausmaß des Wertrückgangs, berücksichtigt.

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte sind finanzielle Vermögenswerte, die zu Handelszwecken gehalten werden (Held-for-Trading). Ein finanzieller Vermögenswert wird dieser Kategorie zugeordnet, wenn er prinzipiell mit kurzfristiger Verkaufsabsicht erworben wurde.

Kurzfristige Ausleihungen und Forderungen (einschließlich der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen) sind originäre finanzielle Vermögenswerte mit fixen beziehungsweise bestimmbareren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Kurzfristige Ausleihungen und Forderungen werden unter den Forderungen und sonstigen Vermögenswerten ausgewiesen. Sie werden im Rahmen der Folgebewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Für erkennbare Einzelrisiken werden Wertberichtigungen vorgenommen.

Originäre finanzielle Verbindlichkeiten (einschließlich der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen) im Anwendungsbereich des IAS 39 werden zu fortgeführten Anschaffungskosten (Amortized Cost) unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet. Die Erstbewertung erfolgt zum Fair Value unter Einbeziehung von Transaktionskosten. In der Folgebewertung wird der Restbuchwert um die bis zur Fälligkeit verbleibenden Agio-Zuschreibungen und Disagio-Abschreibungen angepasst. Das Agio beziehungsweise Disagio wird über die Laufzeit im Finanzergebnis erfasst.

Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte

Derivative Finanzinstrumente und trennungspflichtige eingebettete derivative Finanzinstrumente werden sowohl bei erstmaliger Bilanzierung als auch in Folgeperioden zum Fair Value bewertet. Sie sind gemäß IAS 39 zwingend als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente zu kategorisieren, soweit sie nicht Bestandteil einer Sicherungsbeziehung (Hedge Accounting) sind. Gewinne und Verluste aus Fair Value-Schwankungen werden sofort ergebniswirksam erfasst.

Im Wesentlichen werden Termingeschäfte im Devisenbereich sowie Zinsswaps im Zinsbereich eingesetzt.

Die Anforderungen gemäß IAS 39 an das Hedge Accounting umfassen insbesondere die Dokumentation der Sicherungsbeziehung zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft, die Sicherungsstrategie sowie die regelmäßige retrospektive und prospektive Effektivitätsmessung. Die retrospektive Effektivitätsmessung erfolgt anhand der kumulierten Dollar-Offset-Methode und die prospektive Effektivitätsmethode wurde mittels der Critical-Term-Match-Methode durchgeführt. Das Hedge Accounting wird retrospektiv als effektiv angesehen, wenn sich die Fair Value-Veränderung des Sicherungsinstruments in einer Bandbreite von 80 bis 125 Prozent der gegenläufigen Fair Value-Veränderung des Grundgeschäfts bewegt.

Im Rahmen von Fair Value Hedge Accounting wird neben der Fair Value-Veränderung des Derivats auch die gegenläufige Fair Value-Veränderung des Grundgeschäfts, soweit sie auf das gesicherte Risiko entfällt, erfolgswirksam erfasst. Wird ein derivatives Finanzinstrument nach IAS 39 als Sicherungsgeschäft in einem Cashflow Hedge eingesetzt, wird der effektive Teil der Fair Value-Veränderung des Sicherungsinstruments im Eigenkapital als Bestandteil des Other Comprehensive Income ausgewiesen. Eine Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wird in der Periode vorgenommen, in der die Cashflows des Grundgeschäfts erfolgswirksam werden. Entfällt das gesicherte Grundgeschäft, wird das Sicherungsergebnis sofort erfolgswirksam reklassifiziert. Der ineffektive Anteil der Fair Value-Veränderung eines Sicherungsgeschäfts, für das ein Cashflow Hedge gebildet wurde, wird sofort im erforderlichen Umfang erfolgswirksam erfasst.

Fair Value-Änderungen, die erfolgswirksam erfasst werden müssen, werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen ausgewiesen. Ergebnisse aus Zinsderivaten werden je Vertrag saldiert im Zinsergebnis ausgewiesen.

IFRS 7 „Finanzinstrumente: Anhangangaben“ fordert umfangreiche qualitative und quantitative Angaben über das Ausmaß von Risiken aus Finanzinstrumenten.

Weitere Informationen zu den Finanzinstrumenten sind in den Abschnitten 3 und 4.1 zu finden.

2.13 Vorräte

Bei den Vorräten werden die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe grundsätzlich zu durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips (d.h. zum niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert) bewertet. Der Nettoveräußerungswert ist der geschätzte, im normalen Geschäftsverlauf erzielbare Verkaufserlös abzüglich der notwendigen variablen Vertriebskosten. Für Bestandsrisiken infolge Lagerdauer und geminderter Verwendbarkeit werden ausreichende Abwertungen vorgenommen.

Die unfertigen Leistungen werden zu Herstellungskosten angesetzt. Bestandteile der Herstellungskosten sind neben dem Fertigungsmaterial und den Fertigungslöhnen anteilige Material- und Fertigungsgemeinkosten unter Annahme einer Normalauslastung. Aufwendungen der allgemeinen Verwaltung werden nicht aktiviert. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten enthalten keine Fremdkapitalkosten.

Die Gasvorräte im Leitungsnetz werden zu Anschaffungskosten bewertet. Die Bewertung erfolgt unter Anwendung der Durchschnittsmethode.

Fertigungsaufträge

Ein Fertigungsauftrag ist nach IAS 11 definiert als ein Vertrag über die kundenspezifische Fertigung eines Vermögenswerts. Auftragskosten werden entsprechend dem Leistungsfortschritt am Abschlussstichtag erfasst.

Der Konzern wendet für stichtagsübergreifende Projekte die Percentage-of-Completion-Methode (POC) an, um die in einem bestimmten Geschäftsjahr zu erfassenden Auftragserlöse zu ermitteln. Der Fertigstellungsgrad entspricht dem Prozentsatz der bis zum Bilanzstichtag angefallenen Auftragskosten im Vergleich zu den erwarteten Gesamtkosten eines Auftrags (Cost-to-Cost-Methode). Im laufenden Geschäftsjahr angefallene Kosten im Zusammenhang mit zukünftigen Aktivitäten bei einem Auftrag werden bei der Ermittlung des Fertigstellungsgrads nicht in die Auftragskosten mit einbezogen.

Neben der POC-Methode wird im Konzern die Zero-Profit-Methode ohne anteilige Gewinnrealisierung für diejenigen Projekte angewendet, deren Ergebnis nicht verlässlich ermittelt werden kann.

In der Bilanz wird der Nettobetrag jeweils für den Fertigungsauftrag als Vermögenswert oder Schuld ausgewiesen. Ein Fertigungsauftrag wird als Vermögenswert ausgewiesen, wenn die angefallenen Kosten plus ausgewiesene Gewinne (abzüglich der ausgewiesenen Verluste) die Teilabrechnungen übersteigen. Im umgekehrten Fall wird eine Schuld angesetzt.

2.14 Forderungen und sonstige Vermögenswerte

Forderungen und sonstige Vermögenswerte werden anfänglich zum Fair Value angesetzt, der im Regelfall dem Nominalbetrag entspricht. In der Folge werden sie zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode bewertet. Für erkennbare Einzelrisiken werden Wertberichtigungen vorgenommen, die im ausgewiesenen Netto-Buchwert enthalten sind. Ist der Ausfall eines bestimmten Anteils des gesamten Forderungsbestands wahrscheinlich, werden Wertberichtigungen in dem Umfang vorgenommen, der dem erwarteten Nutzensausfall entspricht.

2.15 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel enthalten Schecks, Kassen- und Bankguthaben mit einer ursprünglichen Laufzeit von weniger als drei Monaten. Die liquiden Mittel mit einer originären Laufzeit von weniger als drei Monaten werden den Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten zugeordnet, soweit sie keiner Verfügungsbeschränkung unterliegen.

2.16 Fremdkapitalkosten

Fremdkapitalkosten, die im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Herstellung sogenannter qualifizierter Vermögenswerte vom Zeitpunkt der Anschaffung beziehungsweise ab Beginn der Herstellung bis zur Inbetriebnahme entstehen, werden aktiviert und anschließend mit dem betreffenden Vermögenswert abgeschrieben. Bei einer spezifischen Fremdfinanzierung werden die jeweiligen Fremdkapitalkosten, die in der Periode für diese Finanzierung entstanden sind, berücksichtigt. Bei nicht spezifischer Finanzierung wurde ein konzernerheitlicher Fremdfinanzierungszinssatz von

2,1 Prozent für 2012 zugrunde gelegt. Andere Fremdkapitalkosten werden aufwandswirksam gebucht.

2.17 Ertragsteuern

Nach IAS 12 „Ertragsteuern“ sind latente Steuern für temporäre Differenzen zwischen den Buchwerten der Vermögenswerte und Schulden in der Bilanz und ihren Steuerwerten zu bilden (Verbindlichkeits-Methode). Aktive und passive latente Steuern werden für temporäre Differenzen gebildet, die zu steuerpflichtigen oder abzugsfähigen Beträgen bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens künftiger Perioden führen, es sei denn, die abweichenden Wertansätze resultieren aus dem erstmaligen Ansatz eines Vermögenswertes oder einer Schuld zu einem Geschäftsvorfall, der kein Unternehmenszusammenschluss ist und zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles weder das Ergebnis vor Steuern noch das zu versteuernde Einkommen beeinflusst hat (sogenannte Initial Differences). IAS 12 verlangt außerdem die Bildung aktiver latenter Steuern auf noch nicht genutzte Verlustvorträge und Steuergutschriften. Aktive latente Steuern werden in dem Maße bilanziert, wie es wahrscheinlich ist, dass ein zu versteuerndes Ergebnis verfügbar sein wird, gegen das die temporären Differenzen und noch nicht genutzten Verlustvorträge verwendet werden können. Die Unternehmenseinheiten werden individuell daraufhin beurteilt, ob es wahrscheinlich ist, dass in künftigen Jahren ein positives steuerliches Ergebnis entsteht. Eine etwa bestehende Verlusthistorie wird bei dieser Analyse einbezogen. Für den Teil der aktiven latenten Steuern, für den diese Annahmen nicht zutreffen, wird der Wert der latenten Steuern vermindert.

Passive latente Steuern, die durch temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen entstehen, werden angesetzt, es sei denn, dass der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenzen im Konzern bestimmt werden kann und es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Differenzen in absehbarer Zeit aufgrund dieses Einflusses nicht umkehren werden.

Zur Ermittlung der latenten Steuern sind die Steuersätze anzuwenden, die zu dem Zeitpunkt gelten, in dem sich die vorübergehenden Differenzen wahrscheinlich wieder aus gleichen werden. Die Auswirkungen von Steuersatz- oder Steuergesetzänderungen auf die aktiven und passiven latenten Steuern werden im Regelfall er-

gebniswirksam berücksichtigt. Eine Änderung über das Eigenkapital erfolgt bei latenten Steuern, die vormals erfolgsneutral gebildet wurden. Die Änderung erfolgt grundsätzlich in der Periode, in der das materielle Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen ist.

Die latenten Steuern für inländische Unternehmen sind mit einem Gesamtsteuersatz in Höhe von 31,0 Prozent ermittelt. Dabei werden neben der Körperschaftsteuer in Höhe von 15,0 Prozent der Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 Prozent auf die Körperschaftsteuer und der durchschnittliche Gewerbesteuersatz in Höhe von 15,0 Prozent im Konzern berücksichtigt.

2.18 Leistungen an Arbeitnehmer

(a) Pensionsverpflichtungen

Bei leistungsorientierten Versorgungsplänen werden die Rückstellungen gemäß IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ mittels der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) ermittelt, wobei zum Bilanzstichtag des Geschäftsjahres eine versicherungsmathematische Bewertung durchgeführt wird. Hierbei werden nicht nur die am Stichtag bekannten Rentenverpflichtungen und erworbenen Anwartschaften, sondern auch wirtschaftliche Trendannahmen berücksichtigt, die nach realistischen Erwartungen gewählt werden.

Im Konzern existieren unterschiedliche Pensionspläne. Die Pläne werden in der Regel durch Zahlungen an Versicherungsgesellschaften oder Treuhandfonds finanziert, deren Höhe auf fortlaufend eingeholten versicherungsmathematischen Berechnungen basiert.

Der Konzern hat sowohl leistungsorientierte als auch beitragsorientierte Pensionspläne. Ein beitragsorientierter Plan ist ein Pensionsplan, unter dem der Konzern fixe Beiträge an eine nicht zum Konzern gehörende Gesellschaft (Fonds) entrichtet. Der Konzern hat keine rechtliche oder faktische Verpflichtung, zusätzliche Beiträge zu leisten, wenn der Fonds nicht genügend Vermögenswerte hält, um die Pensionsansprüche aller Beschäftigten aus den laufenden und vorherigen Geschäftsjahren zu begleichen. Ein beitragsorientierter Plan ist ein Plan, der kein leistungsorientierter Plan ist.

Typischerweise schreiben leistungsorientierte Pläne einen Betrag an Pensionsleistungen fest, den die Beschäftigten bei Renteneintritt erhalten werden und der in der

Regel von einem oder mehreren Faktoren (wie Alter, Dienstzeit und Gehalt) abhängig ist.

Zur Insolvenzsicherung und Finanzierung der Ansprüche der Mitarbeiter aus Altersversorgungszusagen und vergleichbaren Verpflichtungen hat der Konzern als Treugeber mit dem Helaba Pension Trust e. V. (Helaba), Frankfurt am Main (Treuhänder), ein doppelseitiges CTA Treuhandverhältnis unter dem 14./21. Dezember 2012 begründet und hat im Geschäftsjahr 2012 als Treugeber Vermögen sicherheitshalber auf den Treuhänder übertragen.

Der Treuhänder hält und verwaltet das Treuhandvermögen für den Treugeber treuhänderisch und in vom Treuhandvermögen anderer Treugeber und dem Eigenvermögen des Treuhänders selbst getrennten Abrechnungsverbänden.

Das Treuhandvermögen erfüllt die Voraussetzungen, um als Planvermögen klassifiziert zu werden.

Die in der Bilanz angesetzte Rückstellung für leistungsorientierte Pläne entspricht dem Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung (defined benefit obligation, DBO) am Bilanzstichtag, abzüglich des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens. Die DBO wird jährlich von einem unabhängigen versicherungsmathematischen Sachverständigen unter Anwendung der Anwartschaftsbarwertmethode (projected unit credit method) berechnet. Der Barwert der DBO wird berechnet, indem die erwarteten zukünftigen Mittelabflüsse mit dem Zinssatz von Industriefinanzen höchster Bonität abgezinst werden. Die Industriefinanzen lauten auf die Währung der Auszahlungsbeträge und weisen den Pensionsverpflichtungen entsprechende Laufzeiten auf.

Der Konzern wendet im Berichtsjahr bereits den IAS 19 (rev. 2011) an. Hiernach ist der erwartete Planertrag des Planvermögens auf Basis des bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen verwendeten Rechnungszinssatzes zu ermitteln.

Die Neubewertungskomponente im Sinne des IAS 19 wird im Folgenden als „versicherungsmathematische Gewinne und Verluste“ bezeichnet.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, die auf erfahrungsbedingten Anpassungen und Änderungen versicherungsmathematischer Annahmen basieren, werden in der Periode ihres Entstehens im sonstigen Ergebnis im Konzerneigenkapital erfasst und anschließend unter den Gewinnrücklagen ausgewiesen.

Der Dienstzeitaufwand, der die im Geschäftsjahr gemäß Leistungsplan hinzuerworbenen Ansprüche der aktiven Arbeitnehmer repräsentiert, wird im Personalaufwand ausgewiesen; der Zinsaufwand sowie die erwarteten Planvermögenserträge werden im Finanzergebnis erfasst.

Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand wird sofort erfolgswirksam erfasst.

Bei beitragsorientierten Plänen leistet der Konzern aufgrund einer gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtung oder freiwillig Beiträge an öffentliche oder private Pensionsversicherungspläne. Der Konzern hat über die Zahlung der Beiträge hinaus keine weiteren Zahlungsverpflichtungen. Die Beiträge werden bei Fälligkeit im Personalaufwand erfasst.

(b) Sonstige Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Der Konzern gewährt einigen seiner Pensionäre nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses Gasdeputate. Bei der Bewertung der Gasdeputate wird eine Bilanzierungsmethode verwendet, die derjenigen für leistungsorientierte Pensionspläne entspricht.

(c) Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden gezahlt, wenn Arbeitnehmer vor dem regulären Renteneintritt von einem Konzernunternehmen entlassen werden oder wenn Arbeitnehmer gegen eine Abfindungsleistung freiwillig aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden. Der Konzern erfasst Abfindungsleistungen, wenn er nachweislich verpflichtet ist, das Arbeitsverhältnis von gegenwärtigen Mitarbeitern entsprechend einem detaillierten formalen Plan, der nicht rückgängig gemacht werden kann, zu beenden, oder wenn er nachweislich Abfindungen bei freiwilliger Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch Beschäftigte zu leisten hat. Leistungen, die nach mehr als zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag fällig werden, werden auf ihren Barwert abgezinst.

(d) andere langfristig fällige Leistungen

Die Rückstellung für Jubiläumszuwendungen, Gasdeputatsverpflichtungen und Altersteilzeitverpflichtungen wurde nach finanzmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung eines angemessenen Rechnungszinssatzes, einer angemessenen

Gehaltsdynamik und – falls auf die jeweilige Verpflichtung anwendbar – einer angemessenen Rentendynamik und Fluktuationswahrscheinlichkeit ermittelt. Die Bewertung erfolgt auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Die Bewertung der Rückstellungen für Langzeitkonten erfolgt unter Anwendung des für die Pensionsverpflichtungen maßgeblichen Rechnungszinses.

Das aus der Insolvenzabsicherung der Mitarbeiteransprüche für die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen und Langzeitarbeitszeitkonten resultierende Planvermögen wird mit den jeweiligen Rückstellungen saldiert.

(e) kurzfristig fällige Leistungen

Für leistungs- und konzernerfolgsabhängige Tantiemezahlungen an Mitarbeiter wird eine auf einer Schätzung basierende Rückstellung gebildet.

Im Konzernabschluss wird zudem eine Rückstellung in den Fällen passiviert, in denen eine vertragliche Verpflichtung besteht oder sich aufgrund der Geschäftspraxis der Vergangenheit eine faktische Verpflichtung ergibt. Hierzu zählen im Wesentlichen Urlaubs- und Kurzzeitkontenrückstellungen. Die Bewertung der Rückstellungen erfolgt in Höhe der Tagessätze bzw. des durchschnittlichen Stundensatzes einschließlich der anfallenden Sozialabgaben.

2.19 Rückstellungen

Nach IAS 37 „Rückstellungen, Eventualschulden, Eventualforderungen“ werden Rückstellungen gebildet, wenn rechtliche oder faktische Verpflichtungen gegenüber außenstehenden Dritten vorliegen, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Erfüllung wahrscheinlich zu einem zukünftigen Ressourcenabfluss führen wird. Hierbei muss die Höhe der Verpflichtung zuverlässig geschätzt werden können. Die Bewertung der Rückstellungen erfolgt gemäß IAS 37 mit der bestmöglichen Schätzung des Verpflichtungsumfanges unter Berücksichtigung von Eintrittswahrscheinlichkeit und Zeitpunkt der Inanspruchnahme. Der Ansatz der Rückstellung erfolgt zum voraussichtlichen Erfüllungsbetrag. Langfristige Verpflichtungen werden – sofern der aus der Diskontierung resultierende Zinseffekt (Unterschiedsbetrag zwischen Barwert und Rückzahlungsbetrag) wesentlich ist – mit dem Barwert ihres voraussichtlichen Erfüllungsbetrages angesetzt, wobei auch zukünftige Kostensteigerungen, die am Bilanzstichtag absehbar und wahrscheinlich sind, in die Bewertung einbezogen wer-

den. Langfristige Verpflichtungen werden mit dem zum jeweiligen Bilanzstichtag gültigen Marktzinssatz diskontiert. Die Aufzinsungsbeträge sowie die Zinsänderungseffekte werden grundsätzlich innerhalb des Finanzergebnisses ausgewiesen. Eine mit der Rückstellung zusammenhängende Erstattung wird, sofern ihre Vereinnahmung so gut wie sicher ist, als separater Vermögenswert aktiviert. Ein saldierter Ausweis innerhalb der Rückstellungen ist nicht zulässig. Geleistete Anzahlungen werden von den Rückstellungen abgesetzt.

Schätzungsänderungen ergeben sich insbesondere bei Abweichungen von der ursprünglich geschätzten Kostenentwicklung, bei Änderungen bezüglich des Zahlungszeitpunkts oder des Verpflichtungsumfangs sowie regelmäßig aus der Anpassung des Diskontierungszinssatzes an das aktuelle Marktzinsniveau.

Sofern erforderlich werden Rückstellungen für Restrukturierung mit dem Barwert der zukünftigen Mittelabflüsse angesetzt. Die Rückstellungsbildung erfolgt zu dem Zeitpunkt, zu dem ein detaillierter Restrukturierungsplan, der vom Management beschlossen und öffentlich angekündigt wurde beziehungsweise den Mitarbeitern oder deren Vertretern kommuniziert wurde, vorliegt. Für die Bemessung der Rückstellungshöhe werden nur die den Restrukturierungsmaßnahmen direkt zuordenbaren Aufwendungen herangezogen. Nicht berücksichtigt werden Aufwendungen, die mit dem zukünftigen operativen Geschäft in Verbindung stehen.

Im Rahmen der Purchase Price Allocation (PPA) wurden Eventualverbindlichkeiten für die Entfernung stillgelegter Leitungen sowie die Verfüllung der Rohrgräben identifiziert. Die Verpflichtungen sind zum Erwerbsstichtag (31. Juli 2012) zum Fair Value bewertet worden und entsprechend IFRS 3.56 fortentwickelt worden.

2.20 Ertragsrealisierung

Die Realisierung der Umsatzerlöse erfolgt grundsätzlich zum Zeitpunkt der Lieferung oder mit Erfüllung der Leistung an den Kunden beziehungsweise Erwerber. Die Lieferung gilt als abgeschlossen, wenn entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen die mit dem Eigentum verbundenen Risiken auf den Käufer übergegangen sind, das Entgelt vertraglich festgelegt ist und die Erfüllung der Forderung wahrscheinlich ist. Die Umsatzerlöse für Güter beziehungsweise Dienstleistungen bemessen sich nach dem Fair Value der erhaltenen oder zu erhaltenden Gegenleistung.

Umsatzerlöse werden ohne Umsatzsteuer, Retouren, Rabatte und Preisnachlässe und nach Eliminierung konzerninterner Verkäufe ausgewiesen.

Zinserträge werden zeitanteilig unter Anwendung der Effektivzinsmethode erfasst. Dividendenerträge werden zu dem Zeitpunkt erfasst, in dem das Recht auf den Empfang der Zahlung entsteht.

2.21 Leasingverhältnisse

Leasingverhältnisse, bei denen ein wesentlicher Anteil der Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum am Leasingobjekt verbunden sind, beim Leasinggeber verbleibt, werden als Operating-Leasingverhältnisse klassifiziert. Im Zusammenhang mit einem Operating-Leasingverhältnis geleistete Zahlungen (netto nach Berücksichtigung von Anreizzahlungen, die vom Leasinggeber geleistet wurden) werden linear über die Dauer des Leasingverhältnisses in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Kein Konzernunternehmen ist Leasingnehmer im Rahmen eines Finanzierungsleasings gemäß IAS 17 in Verbindung mit IFRIC 4.

2.22 Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung ist gemäß IAS 7 „Kapitalflussrechnungen“ in Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit gegliedert. Gezahlte und erstattete Ertragsteuern sowie erhaltene Dividenden und erhaltene Zinsen sind Bestandteil des Cashflows aus der operativen Geschäftstätigkeit. Gezahlte Dividenden und gezahlte Zinsen werden im Bereich der Finanzierungstätigkeit ausgewiesen. Bei Erwerben beziehungsweise Veräußerungen von Anteilen an Unternehmen werden gezahlte (beziehungsweise erhaltene) Kaufpreise abzüglich erworbener (beziehungsweise abgegebener) Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente im Bereich der Investitionstätigkeit gezeigt, soweit hiermit eine Kontrollerlangung beziehungsweise ein Kontrollverlust einhergeht. Bei Erwerben beziehungsweise Veräußerungen ohne Kontrollerlangung beziehungsweise Kontrollverlust erfolgt ein Ausweis der korrespondierenden Zahlungsströme im Bereich der Finanzierungstätigkeit.

2.23 Schätzungen und Annahmen sowie Ermessen bei der Anwendung der Rechnungslegungsgrundsätze

Die Aufstellung des Konzernabschlusses erfordert Schätzungen und Annahmen, die die Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen im Konzern, den Ausweis und die Bewertung beeinflussen können. Die Schätzungen basieren auf Erfahrungen der Vergangenheit und weiteren Erkenntnissen über zu bilanzierende Geschäftsvorfälle. Die tatsächlichen Beträge können von diesen Schätzungen abweichen.

Die Schätzungen und die zugrunde liegenden Annahmen werden fortlaufend überprüft. Anpassungen hinsichtlich der für die Rechnungslegung relevanten Schätzungen werden in der Periode der Änderung berücksichtigt, sofern die Änderungen ausschließlich diese Periode beeinflussen. Sofern die Änderungen sowohl die aktuelle Berichtsperiode als auch zukünftige Perioden betreffen, werden diese in der laufenden Periode und in späteren Perioden berücksichtigt.

Schätzungen sind insbesondere erforderlich bei der Bewertung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten, namentlich in Zusammenhang mit Kaufpreisallokationen, dem Ansatz und der Bewertung aktiver latenter Steuern, der Bilanzierung von Pensions- und sonstigen Rückstellungen, bei der Durchführung von Werthaltigkeitsprüfungen in Übereinstimmung mit IAS 36 sowie der Fair Value-Ermittlung bestimmter Finanzinstrumente.

Die Grundlagen für die Einschätzungen bei den relevanten Themen werden in den jeweiligen Abschnitten erläutert.

3 Finanzrisikomanagement

3.1 Finanzrisikofaktoren

Durch seine Geschäftstätigkeit ist der Konzern verschiedenen finanziellen Risiken ausgesetzt: (a) dem Marktrisiko (beinhaltet das Fremdwährungsrisiko, das zinsbedingte Risiko aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, das zinsbedingte Cashflow-Risiko und das Marktpreisrisiko), (b) dem Kreditrisiko und (c) dem Liquiditätsrisiko. Das übergreifende Risikomanagement des Konzerns ist auf die Unvorhersehbarkeit der Entwicklungen an den Finanzmärkten fokussiert und zielt darauf ab, die potenziell negativen Auswirkungen auf die Finanzlage des Konzerns zu minimieren. Der

Konzern nutzt derivative Finanzinstrumente, um sich gegen bestimmte Risiken abzusichern.

Das Risikomanagement erfolgt durch die zentrale Konzernfinanzabteilung entsprechend den von der Geschäftsführung verabschiedeten Leitlinien. Die Konzernfinanzabteilung identifiziert, bewertet und sichert finanzielle Risiken in enger Zusammenarbeit mit den operativen Einheiten des Konzerns. Aufgrund des sehr begrenzten Volumens an Transaktionen in Fremdwährung sowie der nur sporadisch auftretenden Aufnahme und Sicherung von Darlehen erfolgt der jeweilige Umgang mit dem Fremdwährungsrisiko, dem Zins- und Kreditrisiko sowie dem Einsatz derivativer und nicht derivativer Finanzinstrumente jeweils im entsprechenden Einzelfall in Abstimmung mit den relevanten Gremien des betroffenen Unternehmens.

(a) Marktrisiko

(i) Fremdwährungsrisiko

Fremdwährungsrisiken können sich im Wesentlichen aus Beschaffungsvorgängen mit Geschäftspartnern außerhalb des EURO-Raumes ergeben. Bei Vorliegen solcher nicht EURO-basierten Beschaffungsvorgänge wesentlichen Umfangs werden Devisentermingeschäfte eingesetzt um das Fremdwährungsrisiko abzusichern. Der Konzern ist aktuell aufgrund des sehr begrenzten Volumens an Transaktionen in Fremdwährung nur einem unbedeutenden Fremdwährungsrisiko ausgesetzt.

(ii) Zinsrisiko

Das Zinsrisiko des Konzerns entsteht durch langfristige verzinsliche Verbindlichkeiten. Die Verbindlichkeiten mit variabler Verzinsung setzen den Konzern zinsbedingten Cashflow-Risiken aus, die zum Teil durch Bankguthaben mit variabler Verzinsung aufgehoben werden. Aus den festverzinslichen Verbindlichkeiten entsteht ein zinsbedingtes Risiko aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts.

Der Konzern analysiert regelmäßig seine Zinssatzexposition. Auf Basis dieser Analysen werden die Auswirkungen von Zinsänderungen auf den Gewinn bzw. Verlust ermittelt. Bestehende Zinssicherungsgeschäfte werden dabei berücksichtigt.

Aufgrund der langfristigen Ausrichtung des Geschäftsmodells wird grundsätzlich ein hoher Anteil an Zinsfestschreibungen vor allem im Planungszeitraum angestrebt. Hierbei werden auch Zinsswaps eingesetzt.

(b) Kreditrisiko

Das Kreditrisiko wird auf Konzernebene gesteuert. Kreditrisiken ergeben sich aus Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten, derivativen Finanzinstrumenten und Einlagen bei Banken und Finanzinstituten sowie durch Kreditinanspruchnahmen von Groß- und Einzelhandelskunden, die offene Forderungen und vorgenommene Transaktionen beinhalten. Für eine Zusammenarbeit werden nur Banken und Finanzinstitute mit einem unabhängigen Rating von mindestens „A-“ akzeptiert (bei Verfügbarkeit wird auf das „secured long-term rating“ abgestellt).

Der Konzern erwirtschaftet den überwiegenden Teil seiner Umsätze mit einer kleinen Zahl großer Kunden.

Kunden werden im branchenüblichen Rahmen Bonitätsprüfungen unterzogen. Hierzu werden Bonitätseinschätzungen anerkannter Auskunftseien herangezogen.

Die überwiegende Mehrheit der Umsätze wird im regulierten Gastransportgeschäft erwirtschaftet. Die regulierten Entgelte werden im Wesentlichen auf Basis der Kapital- und Betriebskosten des Unternehmens festgelegt. Sofern der Konzern seiner Sorgfaltspflicht im Rahmen der allgemeinen Bonitätsprüfung von Kunden nachkommt, werden Zahlungsausfälle einzelner Kunden im Rahmen der regulierten Entgeltbildung ausgeglichen, das Kreditrisiko durch Großkunden ist daher in jedem Fall nur ein temporäres Phänomen.

In der Vergangenheit sind keine wesentlichen Zahlungsausfälle aufgetreten. Das Management erwartet auch zukünftig keine Ausfälle aufgrund von Nichterfüllung durch diese Geschäftspartner.

Kreditrisiken resultieren aus der Nicht- oder Teilerfüllung der Gegenleistung für erbrachte Vorleistungen, der Nicht- oder Teilerfüllung bestehender Forderungen durch die Geschäftspartner und aus Wiedereindeckungsrisiken bei schwebenden Geschäften. Die Überwachung und Steuerung der Kreditrisiken erfolgt durch konzernweit einheitliche Vorgaben zum Kreditrisikomanagement, welche die Identifikation, Bewertung und Steuerung umfassen. Das maximale Ausfallrisiko entspricht dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte.

Die Finanzforderungen sind weder wertgemindert noch überfällig. Sie belaufen sich im Geschäftsjahr auf insgesamt 19,3 Mio. €. Die sonstigen Forderungen sind ebenfalls weder wertgemindert noch überfällig und betragen 68,4 Mio. €. Die Altersstruk-

turanalyse der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen können dem Abschnitt 4.8 entnommen werden.

(c) Liquiditätsrisiko

Die Cashflow-Prognosen werden auf der Ebene der operativen Gesellschaften erstellt und im Konzern zusammengefasst. Das Management überwacht die rollierende Vorausplanung der Liquiditätsreserve des Konzerns, um sicherzustellen, dass ausreichende Liquidität verfügbar ist, um den Betriebsbedarf zu decken sowie genug Spielraum bei den ungenutzten Kreditlinien jederzeit vorhanden ist, damit der Konzern weder die Kreditlinien überschreitet noch die Kreditvereinbarungen verletzt. Solche Prognosen berücksichtigen die Gruppenfinanzierungspläne, das Einhalten von Kreditvereinbarungen, das Einhalten von internen Zielbilanzkennziffern sowie, soweit zutreffend, externe gesetzliche oder behördliche Bestimmungen wie beispielsweise Währungsbeschränkungen.

Die Finanzmittelausstattung des Konzerns umfasst Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente sowie Mittelzuflüsse aus der operativen Geschäftstätigkeit, die aufgrund der Ertragsstärke der OGE jederzeit eine auskömmliche Liquiditätsposition gewährleisten. Eine Minimierung des Liquiditätsrisikos wird weiterhin durch eine regelmäßige Liquiditätsplanung erreicht, wobei die Konzernfinanzabteilung die kurzfristige; die Konzernplanungsabteilung die mittel- bis langfristige Perspektive abdeckt.

In der nachfolgenden Tabelle sind die vertraglich vereinbarten (undiskontierten) Mittelabflüsse der Verbindlichkeiten im Anwendungsbereich des IFRS 7 dargestellt:

Mio. €	Mittelabflüsse 2013	Mittelabflüsse 2014-2017	Mittelabflüsse ab 2018
Originäre Finanzinstrumente	-158,3	-2.530,1	0,0
Derivative Finanzinstrumente	-11,5	-31,5	0,0
Finanzgarantien	0,0	0,0	0,0

Sofern finanzielle Verbindlichkeiten mit einem variablen Zinssatz ausgestattet sind, wurden zur Ermittlung der zukünftigen Zinszahlungen die am Bilanzstichtag fixierten Zinssätze auch für die folgenden Perioden verwendet.

Bei brutto erfüllten Derivaten (in der Regel Währungsderivate) stehen den Auszahlungen korrespondierende Mittel- beziehungsweise Wareneinzufüsse gegenüber. Die Derivate sind mit den damit in Verbindung stehenden Grundgeschäften zu sehen.

Die Zahlungsmittelabflüsse aus den Derivaten (inkl. Zinsderivaten) entsprechen der Höhe der angegebenen Beträge nur bei vorzeitiger Beendigung.

3.2 Kapitalmanagement

Die Kapitalstruktur des Konzerns wird regelmäßig gemessen und überwacht. Dies geschieht vorrangig mit dem Ziel der Steuerung der Finanzierungskonditionen des Konzerns über die Sicherung eines Investment-Grade Ratings. In Anlehnung an die entsprechenden Kennzahlen der führenden Ratingagenturen berechnet der Konzern den Nettoverschuldungsgrad nach IFRS als Verhältnis der Nettoverschuldung zum Anlagevermögen. Die Nettoverschuldung setzt sich zusammen aus den gesamten Finanzschulden, abzüglich der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente und verzinslichen Finanzforderungen. Das Anlagevermögen ergibt sich aus den zum Stichtag bilanzierten Werten. Zum Stichtag 31. Dezember 2012 ergibt sich für den Konzern ein Nettoverschuldungsgrad von 79 Prozent.

Mio. €	31.12.2012
Finanzverbindlichkeiten	-2.481,0
Finanzforderungen	19,3
Liquide Mittel	326,1
Nettoverschuldung VGT-Konzern	2.135,6
Sachanlagen	2.710,5
Nettoverschuldungsgrad	79 %

4. Erläuterungen zur Bilanz

4.1 Kategorisierung der Finanzinstrumente

Der bilanzierte Wert der kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte und kurzfristigen finanziellen Schulden (= Buchwert) stellt nach Ansicht des Konzerns unter Heranziehung verfügbarer Informationen am Bilanzstichtag die bestmögliche Annäherung des jeweiligen beizulegenden Zeitwerts dieser Finanzinstrumente dar.

Die Kreditqualität von finanziellen Vermögenswerten, die weder überfällig noch wertberichtigt sind, bestimmt sich durch die Bezugnahme auf verfügbare Bonitätsratings oder historische Erfahrungen über Ausfallquoten der Geschäftspartner. Es wurden keine Konditionen eines finanziellen Vermögenswerts, der ansonsten überfällig oder wertgemindert wäre, im Geschäftsjahr neu ausgehandelt. Kein aus Konzernsicht als

wesentlich einzustufender finanzieller Vermögenswert ist überfällig oder wertgemindert.

Auf der Basis der vorliegenden Bonitätsratings und historischen Erfahrungen gibt es bei sämtlichen Vermögenswerten, die zum Bilanzstichtag weder überfällig noch wertberichtigt sind, keine Anhaltspunkte dafür, dass diese Vermögenswerte nicht werthaltig sein könnten.

Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte

Hedge Accounting gemäß IAS 39 wird insbesondere angewendet bei Zinsderivaten hinsichtlich der Sicherung langfristiger Verbindlichkeiten sowie bei Währungsderivaten.

Fair Value Hedges dienen der Absicherung gegen das Risiko von Marktwertschwankungen. Die Ergebnisse aus den Sicherungsinstrumenten sind in der Regel in dem Posten der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen, in dem auch das gesicherte Grundgeschäft abgebildet wird.

Cashflow Hedges dienen der Absicherung gegen Risiken aus variablen Zahlungsströmen, welche aus Darlehen, langfristigen Verbindlichkeiten sowie zukünftigen Zahlungsverpflichtungen in Fremdwährung resultieren. Zur Begrenzung des Zinsänderungs- und des Währungsrisikos werden insbesondere Zinsswaps und Fremdwährungsswaps eingesetzt.

Zum 31. Dezember 2012 sind die bestehenden Grundgeschäfte in Cashflow Hedges mit Laufzeiten bis zu 2 Jahren im Fremdwährungsbereich und mit Laufzeiten bis zu 5 Jahren im Bereich der Zinssicherungen einbezogen. Die im Rahmen des Cashflow Hedge-Accounting gesicherten Zahlungsströme aus den Grundgeschäften fallen im Zeitraum 2013 bis 2017 an und berühren zeitgleich die Gewinn- und Verlustrechnung.

Die effektiven Bestandteile aus der Cashflow Hedge Bilanzierung werden erfolgsneutral im Other Comprehensive Income bilanziert. Wird das Grundgeschäft realisiert, wird der im Other Comprehensive Income zugeführte Betrag erfolgswirksam aufgelöst. Die Ergebnisse aus ineffektiven Teilen von Cashflow Hedges werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen beziehungsweise Aufwendungen erfasst. Bei

Zinssicherungen erfolgt der Ausweis im sonstigen Zinsergebnis. Die Fair Values der innerhalb von Cashflow Hedges verwendeten Derivate betragen -26,5 Mio. €.

Ineffektivitäten sind im Geschäftsjahr nicht aufgetreten. Im Jahr 2012 wurde ein Aufwand vor Berücksichtigung latenter Steuern in Höhe von 24,6 Mio. € dem Other Comprehensive Income zugeführt. Im gleichen Zeitraum wurde ein Aufwand in Höhe von 4,4 Mio. € in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Bewertung derivativer Finanzinstrumente

Der Fair Value derivativer Finanzinstrumente ist abhängig von der Entwicklung der zugrunde liegenden Marktfaktoren. Die jeweiligen Fair Values werden in regelmäßigen Abständen ermittelt und überwacht. Der für alle derivativen Finanzinstrumente ermittelte Fair Value ist der Preis, zu dem eine Partei die Rechte und/oder Pflichten einer anderen Partei übernehmen würde. Die Fair Values der derivativen Finanzinstrumente werden mit marktüblichen Bewertungsmethoden unter Berücksichtigung der am Bewertungsstichtag vorliegenden Marktdaten ermittelt.

Die der Bewertung der eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zugrunde liegenden Bewertungsmethoden und Annahmen stellen sich wie folgt dar:

- Fremdwährungsgeschäfte werden einzeln mit ihrem Terminkurs beziehungsweise -preis am Bilanzstichtag bewertet. Die Terminkurse beziehungsweise -preise basieren, soweit möglich, auf Marktnotierungen, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Terminauf- und -abschlägen.
- Die Fair Values von Instrumenten zur Sicherung von Zinsrisiken werden durch Diskontierung der zukünftigen Cashflows ermittelt. Die Diskontierung erfolgt anhand der marktüblichen Zinsen über die Restlaufzeit der Instrumente. Für Zinsswaps werden zum Bilanzstichtag für jede einzelne Transaktion die Barwerte ermittelt. Die Zinserträge werden zum Zahlungszeitpunkt beziehungsweise bei der Abgrenzung zum Stichtag erfolgswirksam erfasst.
- Gemäß IFRS 7.27A und IFRS 7.27B fallen die Derivate unter Level 2 der Fair Value Hierarchie.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Nominalwerte und Fair Values der per 31. Dezember 2012 bestehenden Derivate. Die Derivate werden alle als Siche-

rungsinstrumente im Rahmen des Cashflow Hedge Accounting gemäß IAS 39 einbezogen:

Mio. €	31.12.2012	
	Nominalwert	Fair Value
Fremdwährungsgeschäfte	8,4	-0,1
Zwischensumme	8,4	-0,1
Zinsswaps	1.823,8	-26,4
<i>Festzinszahler</i>	1.823,8	-26,4
<i>Festzinsempfänger</i>	-	-
Zinsfutures	-	-
Zinsoptions	-	-
Gesamtsumme	1.832,2	-26,5

Im Rahmen der Sensitivitätsanalysen im Sinne des IFRS 7 für die betreffenden Risikovariablen wird untersucht, welche Auswirkungen die Veränderung der jeweiligen Werte zum Bilanzstichtag auf die sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen und das Other Comprehensive Income für Sicherungsgeschäfte vor Berücksichtigung latenter Steuern hätte. Beim Fremdwährungsrisiko wird eine Verschiebung sämtlicher Wechselkurse zwischen der lokalen Hauswährung und der gesicherten Währung am Bilanzstichtag um jeweils +/- 10 Prozent angenommen. Die Zinsanalyse unterstellt eine Verschiebung der Zinsstrukturkurve am Bilanzstichtag um jeweils +/- 100 Basispunkte (Bp).

Die Sensitivitätsanalysen der Zinsswaps und des Fremdwährungsgeschäfte stellen sich zum 31. Dezember 2012 wie folgt dar:

Mio. €	EK Sensitivität		GuV Sensitivität	
	Zinskurve -1%/ Währungskurve 10%	Zinskurve +1%/ Währungskurve +10%	Zinskurve -1%/ Währungskurve -10%	Zinskurve +1%/ Währungskurve +10%
Zinsswaps	-59,8	58,7	0,00	0,00
FX-Swaps	0,9	-0,8	0,00	0,00

Zusätzliche Angaben zu Finanzinstrumenten

Die Buchwerte der Finanzinstrumente, die Aufteilung nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39, die Fair Values und deren Bewertungsquellen nach Klassen sind in folgender Tabelle dargestellt:

Mio. €	Buchwerte	Summe Buchwerte im Anwendungsbe- reich des IFRS 7	Bewertungs- Kategorien gemäß IAS 39 ¹	Fair Value
Beteiligungen	120,7	120,7	AfS	120,7
Finanzforderungen und sonstige finanzielle Ver- mögenswerte	19,3	19,3		19,3
Sonstige Finanzforderungen und finanzielle Vermögen- swerte	19,3	19,3	LaR	19,3
Forderungen aus Liefe- rungen und Leistungen und sonstigen betriebli- che Vermögenswerte	117,8	117,8		117,8
Forderungen aus Lieferun- gen und Leistungen sowie Ausleihungen	49,4	49,4	LaR	49,4
Derivate mit Hedging- Beziehungen	-	-	-	-
Sonstige betriebliche Ver- mögenswerte	68,4	68,4	LaR	68,4
Zahlungsmittel und Zah- lungsmitteläquivalente	326,1	326,1	AfS	326,1
Summe Vermögenswerte	583,9	583,9		583,9
Finanzverbindlichkeiten	2.481,1	2.481,1		2.481,1
Verbindlichkeiten ggü. Kre- ditinstituten	2.461,5	2.461,5	AmC	2.461,5
Sonstige Finanzverbindlich- keiten	19,6	19,6	AmC	19,6
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistun- gen und sonstige betrieb- liche Verbindlichkeiten	108,8	108,8		108,8
Verbindlichkeiten aus Liefe- rungen und Leistungen	47,1	47,1	AmC	47,1
Derivate mit Hedging- Beziehungen	26,5	26,5	n/a	26,5
Sonstige betriebliche Ver- bindlichkeiten	35,2	35,2	AmC	35,2
Summe Verbindlichkeiten	2.589,9	2.589,9		2.589,9

¹AfS: Available-for-Sale; LaR: Loans and Receivables; AmC: Financial Liabilities measured at amortized costs; n/a: die Derivate mit Hedging-Beziehung können keiner Kategorie nach IAS 39 zugeordnet werden

Für die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente sowie für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gelten aufgrund der kurzen Restlaufzeit die Buchwerte als realistische Schätzung ihrer Fair Values.

Der Fair Value von Anteilen an nicht börsennotierten Gesellschaften sowie nicht aktiv gehandelten Schuldtiteln wie Darlehen, Ausleihungen und Finanzverbindlichkeiten wird durch Diskontierung zukünftiger Cashflows ermittelt. Die gegebenenfalls notwendige Diskontierung erfolgt anhand der marktüblichen Zinsen über die Restlaufzeit der Finanzinstrumente. Für die Beteiligungen mit einem Buchwert in Höhe von 48,5 Mio. € (ohne die at-equity Beteiligung) wurde auf eine Bewertung zum Fair Va-

lue aufgrund nicht verlässlich ermittelbarer Cashflows verzichtet. Es konnten keine Fair Values auf Basis vergleichbarer Transaktionen abgeleitet werden.

Der Fair Value von Geldaufnahmen im Rahmen kurzfristiger Kreditfazilitäten sowie der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen wird wegen der kurzen Laufzeiten in Höhe des Buchwertes angesetzt.

Das Nettoergebnis der Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39 stellt sich wie folgt dar:

Mio. €	2012
Loans and Receivables	-1,2
Available-for-Sale	0
Financial Liabilities measured at amortized costs	-32,1
Summe	-33,3

Das Nettoergebnis der Bewertungskategorie Loans and Receivables umfasst neben Zinserträgen aus Finanzforderungen im Wesentlichen Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Das Nettoergebnis der Kategorie Financial Liabilities measured at amortized costs ergibt sich im Wesentlichen aus den Zinsen der Finanzverbindlichkeiten, korrigiert um die aktivierten Fremdkapitalkosten.

Weitere Erläuterungen zu den Risikofaktoren können dem Abschnitt 3.1 „Finanzrisikofaktoren“ entnommen werden.

Im Rahmen der Darlehensaufnahme für den Erwerb der OGE wurden Sicherheiten in Form von Gesellschaftsverpfändungen etc. geleistet. Nähere Angaben können den Haftungsverhältnissen unter Abschnitt 6.2 entnommen werden.

4.2 Goodwill

Aus dem Erwerb der OGE resultiert ein Goodwill, der gemäß IFRS 3 keiner planmäßigen Abschreibung unterliegt. Dementsprechend wurde gemäß IAS 36.80 ff im Geschäftsjahr ein Impairmenttest auf Basis der Cash Generating Unit, die im vorliegenden Fall den Konzern darstellt, durchgeführt, der keine Anhaltspunkte für eine Wertminderung ergeben hat.

Der steuerlich abzugsfähige Goodwill beläuft sich zum 31. Dezember 2012 auf 23,7 Mio. € (24,3 Mio. € zum 31. Juli 2012). Die Abschreibung erfolgt hierbei zum 01. Januar 2012 über 15 Jahre (25,3 Mio. €).

Die Entwicklung des Goodwill kann dem Anlagenspiegel entnommen werden.

4.3 Immaterielle Vermögenswerte

Bezüglich der Entwicklung und der Zusammensetzung der immateriellen Vermögenswerte verweisen wir auf den Konzernanlagenspiegel.

Im Geschäftsjahr 2012 betragen die planmäßigen Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte 10,4 Mio. €. Außerplanmäßige Wertminderungen sowie Zuschreibungen wurden nicht vorgenommen. Im Rahmen des Erwerbs der OGE wurden vorteilhafte Verträge in Höhe von 89,8 Mio. € identifiziert und mit dem Barwert der geschätzten Margen angesetzt. Der Buchwert dieser immateriellen Vermögenswerte beläuft sich zum 31. Dezember 2012 auf 82,9 Mio. €. Die Vermögenswerte haben in Höhe von 82,2 Mio. € eine Restnutzungsdauer bis zum 31. Dezember 2017 und in Höhe von 0,7 Mio. € eine Restnutzungsdauer bis zum 31. Dezember 2018.

Im Geschäftsjahr ergaben sich Zugänge bei den selbsterstellten immateriellen Vermögenswerten in Höhe von 1,2 Mio. €.

4.4 Sachanlagen

Bezüglich der Entwicklung und der Zusammensetzung der Sachanlagen verweisen wir auf den Konzernanlagenspiegel.

Im Geschäftsjahr wurden Fremdkapitalkosten gemäß IAS 23 in Höhe von 0,4 Mio. € aktiviert.

Die planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen belaufen sich 43,0 Mio. €. Außerplanmäßige Wertminderungen sowie Zuschreibungen wurden nicht vorgenommen.

4.5 Finanzanlagen

Mio. €	31.12.2012
At equity bewertete Unternehmen	72,1
Beteiligungen	48,5
Ausleihungen	3,0
Gesamt	123,6

Die Anteilsbesitzliste ist unter Abschnitt 7 aufgeführt.

Die Beteiligungen entfallen im Wesentlichen auf die Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG, Haan (Rhld.) (29,8 Mio. €) und der DEUDAN-Deutsch/Dänische Erdgastransportgesellschaft mbH & Co. KG, Kiel (12,4 Mio. €), bei denen es sich grundsätzlich um Joint Operations gemäß IFRS 11 handelt, die aber auf Grund von Wesentlichkeitsüberlegungen at cost einbezogen werden.

Nachfolgend sind für die Joint Operations sowie das at equity Unternehmen Informationen gemäß IFRS 12.B12 ff dargestellt:

Mio. €	MEGAL Mittel-Europäische-Gasleitungsgesellschaft mbH & Co. KG	Trans Europa Naturgas Pipeline Gesellschaft mbH & Co. KG	Netra GmbH Norddeutsche Erdgas Transversale & Co. KG	GasLINE GmbH & Co. KG
Erhaltene Dividenden			15,6	
Kurzfristige Vermögenswerte	49,2	26,4	69,6	154,1
<i>davon liquide Mittel</i>	40,7	6,1	1,8	121,7
Langfristige Vermögenswerte	522,4	377,8	309,5	441,9
Kurzfristige Schulden	71,7	207,2	7,8	107,9
<i>davon kurzfristige Finanzverbindlichkeiten</i>	37,9	195,2	1,1	0,0
Langfristige Schulden	297,5	97,4	26,8	201,4
<i>...davon langfristige Finanzverbindlichkeiten</i>	274,5	88,0	0,0	0,0
Anteiliges Eigenkapital				71,8
Sonstiger Effekt				0,3
Buchwert at equity bewerteten Unternehmen				72,1
Umsatzerlöse	44,5	27,3	43,3	34,8
Abschreibungen	7,2	4,8	5,1	8,3
Zinserträge/-aufwendungen	-4,0	-2,5	0,0	1,2
Ertragsteueraufwand/-ertrag	3,3	1,9	4,0	-6,0
Kumuliertes OCI	0,2	-	-	-
GuV-Ergebnis	15,3	9,3	31,6	17,5
Gesamtergebnis	15,5	9,3	31,6	17,5

*nicht allokiert

Die Bilanz- und Ergebnisdaten sämtlicher anderer vom Konzern gehaltener Beteiligungen, die at cost bewertet werden, sind insgesamt nicht wesentlich.

4.6 Langfristige Forderungen

Die langfristigen Forderungen enthalten mit 25,6 Mio. € Forderungen aus der Anwendung der Percentage-of-Completion-Methode (POC-Methode) ohne anteilige Gewinnrealisierung (Zero-Profit-Methode) sowie langfristige aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 8,9 Mio. €. Beide Posten haben eine Restlaufzeit von 2 bis 5 Jahren.

4.7 Vorräte

Das Vorratsvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. €	31.12.2012
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	15,3
Unfertige Leistungen	17,0
Gasvorräte	15,9
Gesamt	48,2

Nach IAS 2.34 kam es im Geschäftsjahr zu Wertminderungen auf Lagermaterialien in Höhe von 0,2 Mio. €. Zu Wertaufholungen auf Vorräte kam es im Geschäftsjahr nicht.

4.8 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige kurzfristige Forderungen

Die Forderungen und sonstigen Vermögenswerte setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €	31.12.2012
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	46,5
Sonstige kurzfristige betriebliche Forderungen	62,7
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige kurzfristige betriebliche Forderungen	109,2
Finanzforderungen	19,3
Gesamt	128,5

Sämtliche in diesem Posten enthaltenen Forderungen haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr. Die sonstigen Forderungen beinhalten im Wesentlichen mit 16,8 Mio. € einen Ausgleichsanspruch im Falle des Eintritts des unter Abschnitt 2.5

beschriebenen Steuerrisikos auf Basis des Kaufvertrages, mit 12,0 Mio. € Forderungen gegen Steuergläubiger aus Ertragsteuern und Vorsteuererstattungsansprüchen, mit 11,7 Mio. € aktive Rechnungsabgrenzungsposten, mit 6,2 Mio. € Abgrenzungen für noch ausstehende Abrechnungen aus dem Umlagekonto, mit 4,7 Mio. € eine Forderung aus einer nachträglichen Kaufpreisanpassung im Zusammenhang mit dem Erwerb der OGE sowie mit 3,3 Mio. € eine Forderungen gegenüber einem ehemaligen Transportkunden.

Die Finanzforderungen entfallen mit im Wesentlichen mit 12,7 Mio. € auf kurzfristige Geldanlagen der NETRA GmbH & Co. KG, Schneiderkrug, bei ihren konzernfremden Gesellschaftern und mit 5,3 Mio. € auf eine kurzfristige Ausleihung an die VGS.

Die Altersstrukturanalyse für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stellt sich wie folgt dar:

Mio. €	31.12.2012
Nicht überfällig	16,4
0 bis 30 Tage überfällig	15,8
31 bis 60 Tage überfällig	5,7
61 Tage bis zu einem Jahr überfällig	9,6
Mehr als ein Jahr überfällig	2,7
Brutto-Forderungen ohne Wertberichtigung	50,3
Zweifelhafte Forderungen	4,6
Wertberichtigung	3,7
Nettowert der Forderungen	46,5

Die wertberichtigten Forderungen bestehen gegenüber einer Vielzahl von Kunden, bei denen ein vollständiger Forderungseingang nicht mehr wahrscheinlich ist. Die Überwachung der Forderungsbestände erfolgt in den einzelnen Konzernunternehmen.

Die Wertberichtigung auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entwickelten sich wie folgt:

Mio. €	
12. April 2012	0,0
Zugang durch Unternehmenserwerb	2,0
Verbrauch / Auflösung	-0,2
Nettozuführung	1,9
31. Dezember 2012	3,7

Alle vorgenommenen Wertminderungen wurden im Wege der Einzelwertberichtigung erfasst.

4.9 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel betreffen ausschließlich Guthaben bei Kreditinstituten, die überwiegend als Tages- und Wochengeld angelegt sind.

4.10 Eigenkapital

Gezeichnetes Kapital

Das Stammkapital der VGT ist voll eingezahlt und besteht aus 25.000 Geschäftsanteilen zu 1 €. Der Anteil wird zu 100 Prozent von der VGS gehalten.

Die Entwicklung des Eigenkapitals und das Gesamtergebnis werden in der Übersicht zur Eigenkapitalveränderungsrechnung und der Gesamtergebnisrechnung separat dargestellt.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage beläuft sich nach Bareinlagen der Gesellschafterin auf 1.075,6 Mio. €.

Gewinnrücklage

Die Gewinnrücklage beläuft sich auf 33,1 Mio. € und resultiert aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 32,6 Mio. € und den erfassten versicherungsmathematischen Gewinnen/Verlusten aus Pensionen in Höhe von 0,6 Mio. € sowie den darauf entfallenden latenten Steuern in Höhe von -0,2 Mio. €.

Other Comprehensive Income

Das kumulierte OCI beläuft sich auf -17,0 Mio. € und resultiert aus der Bewertung von Derivaten in Höhe von -24,6 Mio. € und den darauf entfallenden latenten Steuern in Höhe von von 7,6 Mio. €.

4.11 Latente Steuern

Es ergeben sich die in der folgenden Tabelle dargestellten aktiven und passiven latenten Steuern:

Mio. €	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern
Immaterielle Vermögenswerte	9,2	26,0
Geschäfts- oder Firmenwert	7,3	0,0
Sachanlagen	1,8	378,0
Finanzanlagen	0,3	30,8
Rückstellungen	46,9	1,6
Verbindlichkeiten	45,7	2,2
Verlustvortrag	14,1	0,0
Sonstige Vermögenswerte	2,0	39,1
Latente Steuern vor Saldierung	127,3	477,7
Saldierung	-101,8	-101,8
Latente Steuern nach Saldierung	25,5	375,9

Im Jahr 2012 wurden 34,7 Mio. € kurzfristige und 67,1 Mio. € langfristige aktive latente Steuern mit passiven latenten Steuern saldiert.

Auf temporäre Unterschiede im Zusammenhang mit Anteilen an Tochtergesellschaften wurden in Höhe von 64,8 Mio. € keine latenten Steuerschulden angesetzt, da es nicht wahrscheinlich ist, dass sich diese temporären Differenzen in absehbarer Zeit umkehren werden.

Der Konzern verfügt über einen körperschaftsteuerlichen Verlustvortrag in Höhe von 37,6 Mio. € sowie über gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 53,5 Mio. €. In diesem Zusammenhang wurden aktive latente Steuern in Höhe von 14,1 Mio. € angesetzt.

Die Fälligkeitsstruktur der latenten Steuern ergibt folgendes Bild:

Mio. €	31.12.2012	
	Kurzfristig	Langfristig
Aktive latente Steuern	13,4	12,1
Passive latente Steuern	2,3	373,6
Nettobetrag	11,1	-361,5

Von den ausgewiesenen latenten Steuern sind insgesamt 7,4 Mio. € im Eigenkapital erfasst worden. Diese latenten Steuern entfallen vollständig auf die im Gesamtergebnis des Konzerns erfassten Veränderungen der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste leistungsorientierter Pensionszusagen und ähnlicher Verpflichtungen sowie auf die Bewertung von Derivaten (Cashflow Hedges).

Mio. €	31.12.2012		
	Vor Steuern	Ertragsteuer	Nach Steuern
Veränderungen versicherungsmathematischer Verluste leistungsorientierter Pensionszusagen	0,6	- 0,2	0,4
Cashflow Hedges	-24,6	7,6	-17,0
Other Comprehensive Income	-24,0	7,4	-16,6

4.12 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

In Ergänzung zu den Leistungen der staatlichen Rentenversicherungsträger und der privaten Eigenvorsorge bestehen für die Mitarbeiter im Konzern betriebliche Versorgungszusagen. Diese betriebliche Altersversorgung basiert auf betrieblichen und auf einzelvertraglichen Regelungen.

Es bestehen sowohl beitrags- als auch leistungsorientierte Versorgungszusagen, welche jeweils Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenleistungen vorsehen.

Im VGT-Konzern gibt es zurzeit fünf unterschiedliche Versorgungsordnungen im Wege der Direktzusage und eine Versorgungsordnung über einen versicherungsförmigen Durchführungsweg.

Es handelt sich dabei um

- a) die „Leistungsordnung Bochumer Verband in Verbindung mit der „RG-AT-Ergänzungsordnung“; Zugang für AT-Mitarbeiter mit Diensteintritt bis 31. Dezember 2002

- b) die „Leistungsordnung“; Zugang für Tarif Mitarbeiter mit Diensteintritt vom 01. Januar 1992 bis 31. Dezember 2002
- c) die Versorgungsordnung; Zugang für tarifliche und außertarifliche Mitarbeiter mit Diensteintritt von 01. Januar 2003 bis 31. März 2008
- d) den Beitragsplan „E.ON IQ“; (Zugang für Tarif- und AT-Mitarbeiter mit Diensteintritt ab dem 01. April 2008; Differenzierung zwischen arbeitgeber- und arbeitnehmerfinanziertem Teil incl. einer unternehmensergebnisabhängigen Komponente)
- e) die Höherversorgung (Deferred Compensation); Gültig seit dem 18. Juli 2002; offen für Diensteintritte bis 31. Dezember 2007
- f) den Abschluss von Direktversicherungen; versicherungsförmiger Durchführungsweg: Umwandlungen gem. § 40b EStG und § 36. Zif. 3 EStG

Mit Ausnahme des versicherungsförmigen Versorgungsweges ist Grundlage der jeweiligen Versorgung jeweils eine entsprechende Betriebsvereinbarung in Verbindung mit dem Einzelarbeitsvertrag; bei Leitenden Angestellten bestehen einzelvertragliche Zusagen auf der Grundlage von Leistungsordnung Bochumer Verband beziehungsweise Versorgungsordnung.

Sämtliche Versorgungszusagen (Ausnahme Direktversicherungen) begründen direkte Rechtsansprüche der Mitarbeiter gegen das jeweilige Unternehmen, so dass hierfür Rückstellungen in der Bilanz auszuweisen sind.

Sofern und soweit Planvermögen, welches ausschließlich der Erfüllung von Versorgungszusagen dient, gebildet ist, erfolgt bilanziell eine Verrechnung mit dem Barwert der Verpflichtung.

Detaillierte Beschreibung der einzelnen Pläne

a) Leistungsordnung Bochumer Verband in Verbindung mit der „RG-AT-Ergänzungsordnung“

Hierbei handelt es sich um eine Dienstzeit- und endgehaltsbezogene Versorgungsform auf der Grundlage einer Direktzusage.

Nach der Ergänzungsordnung für Altersversorgungsleistungen für AT-Mitarbeiter der E.ON Ruhrgas AG, Essen (AT-Ergänzungsordnung) vom 15. Oktober 1987 in der Fassung vom 01. Januar 2003 haben AT-Mitarbeiter grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf Altersversorgungsleistungen nach den jeweils gültigen Richtlinien des Bochumer Verbandes.

Vom vollen Ruhegeld werden während der ersten 5 Dienstjahre 30 Prozent, in den nächsten 10 Dienstjahren für jedes Dienstjahr 5,0 Prozent und in den weiteren 10 Dienstjahren je 2,0 Prozent gewährt. Jedes Kalenderjahr, in dem der Angestellte angemeldet war, gilt als volles Dienstjahr.

Bei Eintritt des Versorgungsfalles vor Vollendung des 55. Lebensjahres wird dem bei Ausscheiden erreichten Prozentsatz die Hälfte des Unterschiedes zu dem bei Vollendung des 55. Lebensjahres erreichbaren Prozentsatzes hinzugerechnet.

Nimmt der Angestellte nach weniger als 25 Dienstjahren eine volle Rente wegen Alters aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder Leistungen der befreienden Lebensversicherung vor Vollendung des 65. Lebensjahres in Anspruch, wird das Ruhegeld für jeden Monat des vorzeitigen Bezuges um 0,4 Prozent gekürzt. Außerdem wird die Betriebsvereinbarung zur Neuregelung von Abschlägen vom 03. Juli 2008 berücksichtigt.

Die Anpassung der laufenden Leistungen wird vom Bochumer Verband (gemäß § 16 BetrAVG) bestimmt.

b) Leistungsordnung (LO)

Bei der Leistungsordnung für die Zusatzleistungen der E.ON Ruhrgas AG handelt es sich um eine Dienstzeit- und endgehaltsbezogene Versorgungsform auf der Grundlage einer Direktzusage für tariflich geführte Mitarbeiter mit Diensteintritt bis zum 31. Dezember 2002, die sich in Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenleistungen untergliedert.

Das betriebliche Ruhegeld beträgt unter Berücksichtigung der Dienstjahre maximal 20,0 Prozent des bei Eintritt des Leistungsfalles gültigen pensionsfähigen Einkommens (sogenannter Vollanspruch).

Nach Erfüllung der Wartezeit (7 Jahre) beträgt die Anwartschaft 40,0 Prozent des Vollanspruchs. Anschließend steigt die Anwartschaft für jedes der nächsten 10 Dienstjahre um jeweils 4,0 Prozent. Jedes weitere Dienstjahr führt zu einer Erhöhung der Anwartschaft um jeweils 2,0 Prozent bis maximal zum Vollanspruch von 100 Prozent, welcher nach 27 Jahren erreicht wird.

Bei der Ruhegeldberechnung zählt jedes angefangene Kalenderjahr als ein Dienstjahr. Wird das betriebliche Ruhegeld vor der Vollendung des 65. Lebensjahres in Anspruch genommen, so wird die erreichte Anwartschaft für jeden Monat der vorgezogenen Inanspruchnahme um 0,4 Prozent gekürzt. Bei Inanspruchnahme der Altersgrenze für Schwerbehinderte erfolgt für jeden Monat des Ausscheidens vor dem 63. Lebensjahr jedoch eine Kürzung von nur 0,25 Prozent.

Außerdem findet die Betriebsvereinbarung zur Neuregelung von Abschlägen vom 03. Juli 2008 Anwendung.

Die Leistungsempfänger erhalten jährlich im November ein Weihnachtsgeld in Höhe der für den Monat November zustehenden Leistung. Die Zahlung der Versorgungsleistungen erfolgt monatlich im Voraus.

Die Anpassung der laufenden Leistungen erfolgt gem. § 16 BetrAVG für sogenannte „Altzusagen“.

c) Versorgungsordnung (VO)

Die Versorgungsordnung der E.ON Ruhrgas AG vom 20. Dezember 2002 findet Anwendung auf tarifliche und außertarifliche Mitarbeiter mit Diensteintritt vom 01. Januar 2003 bis zum 31. März 2008; sie löst insoweit die Systeme LO Bochumer Verband und Leistungsordnung ab. Die Versorgung ist ebenfalls Dienstzeit- und endgehaltsbezogen definiert und untergliedert sich in Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenleistungen.

Die Versorgungsordnung sieht bei Eintritt des Pensionsfalles ein lebenslanges Ruhegeld in Form eines Festbetrages vor. Der Pensionsfall ist gegeben, wenn der Mitarbeiter nach Vollendung des 65. Lebensjahres ausscheidet oder vor Vollendung des 65. Lebensjahres eine Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung als Vollrente in Anspruch nimmt und aus der Gesellschaft ausscheidet.

Als versorgungsfähige Dienstzeit gelten Zeiten, die zwischen dem 20. und dem 62. Lebensjahr zurückgelegt werden. Für die Versorgungsfälle Invalidität oder Tod vor dem 62. Lebensjahr ist die bis zur Vollendung des 62. Lebensjahres fehlende Zeit als Zurechnungszeit zu berücksichtigen. Die versorgungsfähige Dienstzeit beträgt maximal 20 Jahre, wobei jedes angefangene Kalenderjahr als volles Dienstjahr gilt. Bei weniger als 20 Dienstjahren beträgt die Alters- oder Invalidenleistung pro Dienstjahr 5,0 Prozent des vollen Anspruchs.

Das jährliche Ruhegeld wird von der Gesellschaft als Festbetrag definiert und bei allgemeinen Gehaltsanpassungen gegebenenfalls angepasst. Teilzeitbeschäftigte erhalten einen entsprechend dem durchschnittlichen vertraglichen Beschäftigungsgrad reduzierten Festbetrag.

Das Witwen- beziehungsweise Witwergeld beträgt 60,0 Prozent des Ruhegeldes, das dem versorgungsberechtigten Ehegatten im Zeitpunkt seines Todes zustand oder zugestanden hätte. Das Ruhegeld wird monatlich im Voraus gezahlt, inklusive eines Weihnachtsgeldes im November in Höhe der in diesem Monat zustehenden Rentenleistung. Die laufenden Rentenleistungen werden ab Rentenbeginn jeweils zum 1. Juli um jährlich mindestens 1,0 Prozent erhöht.

d) Beitragsplan „E.ON IQ“

Bei diesem Versorgungssystem handelt es sich um einen beitragsorientiertes, arbeitgeber- und arbeitnehmerfinanziertes Versorgungssystem, welches eine Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung vorsieht. Anspruchsberechtigt sind alle Mitarbeiter, die nach dem 31. Dezember 2007 in ein (un)befristetes Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis mit einem Konzernunternehmen der E.ON AG eingetreten sind, welches bereits bisher arbeitgeberfinanzierte kollektivrechtliche Direktzusagen für betriebliche Altersversorgung erteilt hat. Der individuelle Vertragsabschluss darf allerdings nicht vor dem 31. März 2008 erfolgt sein. Der E.ON IQ löst für die berechtigten Mitarbeiter die Versorgungsordnung (VO) sowie die Versorgungsordnung Betriebliche Höherversorgung (DC) ab.

Der Beitragsplan gewährt Versorgungsleistungen bei Eintritt der Versorgungsfälle Alter, Invalidität oder Tod. Anspruch auf Altersleistung hat ein Mitarbeiter, wenn das Arbeitsverhältnis mit oder nach Vollendung der individuellen gesetzlichen Regelaltersgrenze, spätestens jedoch mit Vollendung des 67. Lebensjahres (feste Alters-

grenze) endet, sowie auf Antrag, wenn das Arbeitsverhältnis nach Vollendung des 62. Lebensjahres endet.

Die Höhe des jeweils einzustellenden Beitrages ergibt sich aus der Höhe der Vergütung des jeweiligen Mitarbeiters im Jahr der Einstellung des Beitrags. Darüber hinaus besteht die Verpflichtung zur jährlichen Einstellung eines unternehmensergebnisabhängigen, arbeitgeberseitig finanzierten Zusatzbausteins.

Die Beiträge verzinsen sich auf Basis von drei unterschiedlichen Zinssätzen (Referenzzinssatz, Verrentungszinssatz und Kurzfristzinssatz). Sie werden jedes Jahr neu ermittelt und spiegeln das Renditeniveau von Staatsanleihen in der Bundesrepublik Deutschland wider.

Für den Fall des arbeitnehmerseitigen Entgeltsverzichtes über einen Mindestbetrag besteht überdies die Verpflichtung für den Arbeitgeber, einen sogenannten Matching-Beitrag einzuzahlen. Im Hinblick auf diese Versorgungskomponente besteht für den Mitarbeiter die Möglichkeit, die Leistung im Versorgungsfall kapitalisiert als Einmalbetrag zu erhalten.

Für die Auszahlung besteht die Möglichkeit der Kapitalauszahlung/Ratenzahlung und der Verrentung.

Ab dem Rentenbezug werden die Rentenleistungen jährlich um 1,0 Prozent erhöht.

e) Deferred Compensation

Die in 2002 in Kraft getretene Betriebsvereinbarung „Leistungsordnung zur Höherversorgung für unbefristet eingestellte Mitarbeiter der E.ON Ruhrgas AG; Deferred Compensation: DC“ vom 19. Juli 2002 findet Anwendung auf tarifliche und außertarifliche Mitarbeiter mit einem Diensteintritt bis zum 31. Dezember 2007. Sie ermöglicht einen jährlichen Entgeltverzicht der Mitarbeiter. Die Auszahlung der Versorgungsleistungen erfolgt als Altersleistung frühestens ab dem 62. Lebensjahr in max. 10 Jahresraten. Zusätzlich besteht die Möglichkeit zur alternativen Auszahlung als Einmalbetrag. Die Leistung ist vererblich. Zusätzlich besteht eine Invaliditäts-Komponente.

Nach der DC wird als Altersleistung ein Kapitalbetrag aus der Verzinsung der jährlich neu festzulegenden Verzichtsbeiträge mit einem Rechnungszins von 6,0 Prozent bis zur Fälligkeit errechnet. Die Altersleistung wird am 31. Januar des auf die Vollendung des 65. Lebensjahres folgenden Jahres fällig. Bei vorzeitiger Inanspruchnahme der

Altersleistung (jedoch nicht vor dem vollendeten 60. Lebensjahr) erfolgt eine Neuberechnung. Auf Antrag des Berechtigten vor Eintritt des Versorgungsfalles kann anstelle des Kapitalbetrages wegen Alters die Zahlung einer wertgleichen, auf höchstens 10 Jahre befristeten, jährlich vorschüssig zahlbaren Rente erfolgen.

Bei voller oder teilweiser Erwerbsminderung erhält der Mitarbeiter für die Dauer der Erwerbsminderung bis höchstens zur Vollendung des 60. Lebensjahres eine monatliche Rente von 1,0 Prozent der aufgelaufenen Verzichtsbeiträge. Die Altersleistung wird hierdurch nicht berührt.

Bei Tod vor Inanspruchnahme der Altersleistung erfolgt eine Zahlung in Höhe von 150,0 Prozent der aufgelaufenen Verzichtsbeiträge, bei Tod während eines eventuell vereinbarten Ratenzahlungszeitraums würde der ausstehende Restbetrag in einer Summe ausgeschüttet. Empfangsberechtigt sind jeweils die Hinterbliebenen. Bei Inanspruchnahme der Altersversorgungsleistung vor dem Fälligkeitszeitpunkt erfolgt eine Kürzung des Kapitalbetrages um 0,5 Prozent seines Betrages für jeden Monat, um den der Monat der Inanspruchnahme vor dem Zeitpunkt der Fälligkeit liegt.

f) Direktversicherungen (Entgeltverzicht)

Hierbei handelt es sich um den versicherungsförmigen Versorgungsweg für eine Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung über die Entgeltumwandlung des Mitarbeiters und den Abschluss einer entsprechenden Direktversicherung zugunsten des Mitarbeiters durch den Arbeitgeber.

Einzelvertragliche Versorgungsansprüche

Es bestehen einzelvertragliche Zusagen an Geschäftsführer und leitende Angestellte. Diese beinhalten Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenleistungen auf der Grundlage der Versorgungsordnungen Bochumer Verband beziehungsweise Versorgungsordnung sowie der DC. Einzelfallweise bestehen arbeitgeberseitig finanzierte Direktlebensversicherungen.

Leistungsorientierte Pläne (Defined Benefit Plan)

Leistungsorientierte Zusagen begründen direkte Pensionsansprüche der Mitarbeiter an das Unternehmen, so dass hierfür Rückstellungen in der Bilanz auszuweisen sind. Im Falle der Bildung von Planvermögen, welches ausschließlich der Erfüllung von

Versorgungszusagen dient, erfolgt eine Verrechnung mit dem Barwert der Verpflichtung.

Verpflichtungsumfang der Leistungszusagen

Die direkten Versorgungsverpflichtungen, gemessen am Anwartschaftsbarwert, haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

Mio. €	2012
Anwartschaftsbarwert zum 12. April 2012	0,0
Bestandsänderung/Unternehmenserwerb	262,9
Laufender Dienstzeitaufwand (Service Cost)	5,8
Zinsaufwand (Interest Cost)	3,8
Settlement Gain	-2,5
Rückstellungsübertragungen	-7,4
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-2,5
Gezahlte Versorgungsleistungen	-0,3
Anwartschaftsbarwert zum 31. Dezember 2012	259,8

Die Rückstellungsübertragungen betreffen im Wesentlichen Übertragungen von Verpflichtungen zum handelsbilanziellen Buchwert im Rahmen einer Teilbetriebsausgliederung an die E.ON Gas Storage GmbH, Essen („EGS“). Das Settlement Gain entfällt vollständig auf diese Übertragung.

Die gewichtete durchschnittliche Duration der Verpflichtung beträgt zum Bilanzstichtag 24,2 Jahre. In den folgenden 10 Jahren werden folgende Auszahlungen für Versorgungsleistungen erwartet:

	Mio. €
2013	1,4
2014	2,3
2015	3,5
2016	4,5
2017	6,5
2018	6,9
2019	8,3
2020	9,7
2021	11,0
2022	12,6

Versicherungsmathematische Annahmen

Für die Bewertung zum 31. Dezember 2012 wurden folgende Parameter herangezogen:

	31.12.2012
Diskontierungszinssatz	3,50 %
Künftig erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung	2,50 %
Künftig erwarteter Rentenanstieg	2,00 % bzw. entsprechend zugesagter Garantieerhöhung
Erwartete Rendite auf das Planvermögen	3,50 %
Biometrie	Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck mit auf 80 % der Tafelwerte verminderter Invalidisierungswahrscheinlichkeiten
Pensionierungsalter	Vorgezogene Altersgrenze gemäß RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz vom 20. April 2007
Fluktuationswahrscheinlichkeit	Standardwerte

Sensitivitätsanalyse

Bei Variation der Annahmen um +/- 0,25 Prozentpunkte bzw. bei Variation der Sterbewahrscheinlichkeiten in den Richttafeln um +/- 10 Prozent ergeben sich folgende Auswirkungen:

	+ 0,25 %-Punkte bzw. -10 %	- 0,25 %-Punkte bzw. -10 %
Diskontierungssatz	-5,1 %	+5,4 %
Künftige Lohn- und Gehaltssteigerungsrate	+1,8 %	-1,8%
Künftige Rentendynamik	+3,0 %	-2,9 %
Sterbewahrscheinlichkeit	-2,2 %	+2,4 %

Die Ermittlung der Effekte erfolgte unter Anwendung der gleichen Methoden wie für die Bewertung der Verpflichtung zum Jahresende.

Beizulegender Zeitwert des Planvermögens

Die Entwicklung des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens stellt sich wie folgt dar:

Mio. €	2012
12. April 2012	0,0
Bestandänderung/Unternehmenserwerb	202,9
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	2,9
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-1,9
31. Dezember 2012	203,9

Die erwarteten Erträge aus dem Planvermögen für das Folgejahr belaufen sich auf 6,9 Mio. €. Die erwarteten Beiträge zum Planvermögen lassen sich zum Bilanzstichtag noch nicht verlässlich schätzen.

Das Planvermögen ist vom Treuhänder zum Bilanzstichtag in folgenden Assetklassen angelegt:

%	Zielallokation	31.12.2012
Anleihen	70,0	34,5
Aktienfonds	20,0	9,8
Immobilienfonds	10,0	0,0
Kasse und Geldmarktinstrumente	0,0	55,7

Darstellung der Pensionsrückstellungen

Die ausgewiesenen Pensionsrückstellungen für direkte Versorgungsverpflichtungen resultieren aus einer Gegenüberstellung von Anwartschaftsbarwert und beizulegendem Zeitwert des Planvermögens und ermitteln sich wie folgt:

Mio. €	2012
Anwartschaftsbarwert bei Versorgungsverpflichtungen	259,8
Zeitwert des Planvermögens	-203,9
Bilanzierter Betrag	55,9

Die bilanzielle Rückstellung entwickelte sich wie folgt:

Mio. €	2012
Rückstellung zum 12. April 2012	0,0
Bestandsänderung/Unternehmenserwerb	60,0
Laufender Dienstzeitaufwand (Service Cost)	5,8
Netto-Zinsaufwand/-ertrag	0,9
Settlement Gain	-2,5
Rückstellungsübertragungen	-7,4
Neubewertungseffekte	-0,6
Gezahlte Versorgungsleistungen	-0,3
Rückstellung zum 31.12.2012	55,9

Pensionsaufwand

Der Gesamtaufwand leistungsorientierter Versorgungszusagen setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. €	12.04. – 31.12.2012
Laufender Dienstaufwand (inkl. Settlement gain)	3,3
Zinsaufwand	3,8
Erträge aus Planvermögen	-2,9
Summe	4,2

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden vollständig und periodengerecht erfasst. Sie werden außerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung in der Aufstellung der im Konzerneigenkapital erfassten Erträge und Aufwendungen ausgewiesen. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste sind vollständig auf erfahrungsbedingte Anpassungen zurückzuführen.

Die im Konzerneigenkapital erfassten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus leistungsorientierten Versorgungsverpflichtungen und zugehörigem Planvermögen entwickelten sich wie folgt:

Mio. €	2012
Kumulierte im Eigenkapital erfasste Gewinne (+) / Verluste (-) zum 12. April	0,0
Im Eigenkapital erfasste Gewinne (+) / Verluste (-) des aktuellen Wirtschaftjahres	-0,6
Kumulierte im Eigenkapital erfasste Gewinne (+) / Verluste (-) zum 31. Dezember	-0,6

4.13 Sonstige Rückstellungen

Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgt der Ansatz der Rückstellungen in Höhe des Barwertes der erwarteten zukünftigen Zahlungsströme.

Die sonstigen Rückstellungen entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

	Zugänge Kons. Kreis	Zugänge	Abgänge	Aufzinsung RSt	Umbuchun- gen	Veränderung Planvermögen	Inanspruchnahme RSt	End- bestand
Sonstige Rückstellungen (SRst.)	126,6	37,6	-3,5	2,5	0,0	-2,5	-12,9	147,8
Rückstellungen Erzeugungsbereich	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,7
Rückstellungen für Emissionsrechte - kurzfristig	0,7							0,7
Rückstellungen Leitungsbereich	68,6	7,2	-0,1	0,0	0,0	0,0	-0,3	75,4
Rückstellungen für Rückzahlungen - kurzfristig	1,2		-0,1				-0,1	1,0
Rst. für sonstiges aus dem Leitungsbereich - kurzfristig	6,0	7,2						13,2
Rst. für sonstiges aus dem Leitungsbereich - langfristig	61,4						-0,2	61,2
Sonstige Rückstellungen Absatzbereich	0,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3
Rückstellungen für sonst. im Absatzbereich - kurzfristig		0,3						0,3
Sonstige Rückstellungen Personalbereich	40,0	27,6	-2,6	2,5	0,0	-2,5	-12,1	52,9
Rst. für Vorruhestandsverpflichtungen und Altersteilzeit - langfristig	8,6	17,1	-1,6	0,3		-2,5	-1,7	20,2
Rückst. für Tantiemen, Gratifikationen u.ä. - kurzfristig	16,2	7,1	-0,1				-6,6	16,6
Rückst. für Tantiemen, Gratifikationen u.ä. - langfristig	0,3		-0,1				-0,2	0,0
Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen - langfristig	5,7	0,3	-0,2	0,1			-0,1	5,8
Rückstellungen für Deputatsverpflichtungen - langfristig	5,9	0,3	-0,2	0,1				6,1
Rückst. für sonstige Personalaufwendungen - kurzfristig	3,3	2,8					-3,3	2,8
Rückst. für sonstige Personalaufwendungen - langfristig			-0,4	2,0			-0,2	1,4
Sonstige Rückstellungen sonstige Risiken	14,6	2,2	-0,7	0,0	0,0	0,0	-0,2	15,9
Rst f. Prozesskostenris. u. Schadenersatzverpflicht. - kurzfristig	14,6	2,2	-0,7				-0,2	15,9
Sonstige Rückstellungen übrige sonstige Rückstellungen	2,7	0,3	-0,1	0,0	0,0	0,0	-0,3	2,6
Rst. für externe Jahresabschlusskosten/Review - kurzfristig	0,1	0,1						0,2
Rückstellungen übrige - kurzfristig	0,8	0,2	-0,1		0,1		-0,3	0,7
Rückstellungen übrige - langfristig	1,8				-0,1			1,7
Gesamt kurzfristig	42,9	19,9	-1,0	0,0	0,1	0,0	-10,5	51,4
Gesamt langfristig	83,7	17,7	-2,5	2,5	-0,1	-2,5	-2,4	96,4

Die VGT erwartet, dass innerhalb der Jahresfrist der komplette Betrag der kurzfristigen Rückstellungen (51,4 Mio. €) in Anspruch genommen wird.

Im Rahmen des Erwerbsvorgangs wurden Eventualschulden identifiziert, bewertet und als Rückstellungen bilanziert. Hierbei handelt es sich zum einen um Rückstellungen für Verpflichtungen zum Rückbau des stillgelegten Leitungsnetzes (59,5 Mio. €) die unter den Rückstellungen Leitungsbereich ausgewiesen sind und bei denen nach heutiger Einschätzung mit einer Inanspruchnahme ab 2022 gerechnet wird, sowie mögliche Verpflichtungen aus Rechtsstreitigkeiten (12,8 Mio. €).

Unter den Personalverpflichtungen sind die folgenden Verpflichtungen zusammengefasst:

- Verpflichtungen für Tantiemезahlungen (16,6 Mio. €)
- Verpflichtungen für Restrukturierungsmaßnahmen (12,3 Mio. €)
- Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen (7,9 Mio. €)
- Verpflichtungen für Gasdeputatzahlungen (6,1 Mio.€)
- Verpflichtungen für Jubiläumѕzahlungen (5,8 Mio. €)
- Verpflichtungen für Langzeitarbeitskonten (1,4 Mio. €)
- sonstige kurzfristig fällige Verpflichtungen (2,8 Mio. €)

Die Restrukturierungsmaßnahmen betreffen im Wesentlichen ein erweitertes Vorruchstandsprogramm.

Das existierende Planvermögen für Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen (15,4 Mio. €) und Langzeitarbeitskonten (10,5 Mio. €) dient nur der Erfüllung der Versorgungszusagen und steht den Gläubigern auch im Insolvenzfall nicht zur Verfügung. Aus diesem Grunde werden der Barwert der Verpflichtungen (23,3 Mio. € für Altersteilzeitverpflichtungen und 11,9 Mio. € für Langzeitarbeitskonten) und der Wert des Planvermögens miteinander verrechnet.

Bei den Rückstellungen für Gasdeputatsverpflichtungen, Jubiläumѕzahlungen und Langzeitarbeitskonten geht VGT vereinfachend von der gleichen Duration wie bei den Pensionsrückstellungen aus. Hieraus ergeben sich folgende Inanspruchnahmezeiträume:

2013: 0,1 Mio. €

2014-2018: 1,2 Mio. €

ab 2018: 11,9 Mio. €

Bei den verbleibenden sonstigen Rückstellungen in Höhe von 39,0 Mio. € rechnet VGT mit einer Inanspruchnahme innerhalb der nächsten 2 bis 5 Jahre.

4.14 Verbindlichkeiten

Die Zusammensetzung der Verbindlichkeiten ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Mio. €	Kurzfristig	Langfristig
Finanzverbindlichkeiten	140,0	2.341,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (inklusive erhaltene Anzahlungen)	58,2	0,3
Investitionszuschüsse/Baukostenzuschüsse	0,0	0,3
Verbindlichkeiten ggü. quotall konsolidierten Unternehmen	14,0	0,0
Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern	45,6	0,0
Abgegrenzte Schulden	21,6	0,0
Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten	0,0	26,5
Übrige betriebliche Verbindlichkeiten	24,8	1,9
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige betriebliche Verbindlichkeiten	164,2	29,0
Gesamt	304,2	2.370

Die übrigen betrieblichen Verbindlichkeiten resultieren im Wesentlichen aus Übertragungen von arbeitnehmerbezogenen Verpflichtungen im Rahmen von Teilbetriebsausgliederungen an die EGS (8,0 Mio. €) und die VGS (1,3 € Mio. €). Darüber hinaus sind Verbindlichkeiten aus übrigen Steuern mit 7,0 Mio. €, Verpflichtungen gegenüber VGS in Höhe von 2,2 Mio. € für verauslagte Kosten, Verpflichtungen gegenüber den anderen Gesellschaftern der Joint Operations in Höhe von 2,1 Mio. € sowie passive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 1,1 Mio. € enthalten.

5 Erläuterungen zur Gewinn und Verlustrechnung

In der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sind aufgrund der Erstkonsolidierung die Geschäftszahlen der Open Grid Europe GmbH nur für fünf Monate (Zeitraum 01. August bis 31. Dezember 2012) enthalten.

5.1 Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse resultieren überwiegend aus den Gastransporten und transportnahen Dienstleistungen. Darüber hinaus sind sonstige Umsatzerlöse aus technischen und kaufmännischen Dienstleistungen enthalten.

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2012 resultieren aus dem Gastransportgeschäft mit 355,3 Mio. € sowie transportnahen Dienstleistungen in Höhe von 25,9 Mio. €. 64,5 Mio. € resultieren aus technischen und kaufmännischen Dienstleistungen. Die Umsatzerlöse enthalten Umsätze aus Fertigungsaufträgen in Höhe von 17,0 Mio. €.

5.2 Andere aktivierte Eigenleistungen

Andere aktivierte Eigenleistungen belaufen sich auf 9,2 Mio. € und resultieren im Wesentlichen aus Engineering-Leistungen im Netzbereich und im Zusammenhang mit Neubauprojekten.

5.3 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen diverse periodenfremde Erträge in Höhe von 4,2 Mio. €, davon entfallen 1,0 Mio. € auf Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Realisierte Kursgewinne und Erträge aus Stichtagskursumrechnungen sind lediglich in unwesentlicher Höhe (< 1 T€) entstanden.

5.4 Materialaufwand

Mio. €	12.04. – 31.12.2012
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	139,0
Aufwendungen für bezogene Leistungen	46,2
Summe	185,2

In den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind im Wesentlichen Aufwendungen für Lastflusszusagen und Antriebsenergie sowie Gebrauchs- und Nutzungsüberlassungsentgelte enthalten. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen betreffen im Wesentlichen Wartungs- und Instandhaltungsaufwendungen sowie sonstige bezogene Leistungen im Zusammenhang mit dem Dienstleistungsgeschäft.

5.5 Personalaufwand

Die Personalaufwendungen enthalten folgende Bestandteile:

Mio. €	12.04. – 31.12.2012
Löhne und Gehälter	55,0
Soziale Abgaben	7,8
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	3,7
Gesamt	66,5

Von den 3,7 Mio. € Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung entfallen 0,1 Mio. € auf Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne.

Im Berichtsjahr beschäftigte der Konzern durchschnittlich 1.641 Mitarbeiter (413 gewerbliche Mitarbeiter und 1.146 Angestellte). Hierin sind durchschnittlich 4 Geschäftsführer, 78 Auszubildende und 4 Angestellte aus quotaleinbezogenen Konzerngesellschaften enthalten.

Die Ermittlung der Mitarbeiterzahlen erfolgte auf Durchschnittsbasis auf dem Endwert eines jeden Quartals. Mitarbeiter aus quotalkonsolidierten Unternehmen wurden in Gänze einbezogen.

5.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €	12.04. – 31.12.2012
IT-Aufwand	21,8
Sozialaufwendungen	14,6
Gebühren und Beiträge	5,0
Sonstige Steuern	4,9
Kfz-Kosten	2,7
Aufwendungen für Fremdleistungen	2,5
Wertberichtigungen auf Forderungen	1,8
Reisekosten	1,7
Gerichts- und Notariatskosten	1,7
Versicherungsprämien	1,5
Miet- und Pachtaufwendungen	1,4
Prüfungs- und Beratungsaufwendungen	0,9
Aufwendungen aus Währungsderivaten	0,2
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	6,0
Gesamt	66,7

In den übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind realisierte Kursverluste und Aufwendungen aus Stichtagskursumrechnungen lediglich in unwesentlicher Höhe (< 1 T€) enthalten.

5.7 Abschreibungen

Mio. €	12.04. – 31.12.2012
Planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	42,9
Planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	10,4
Gesamt	53,3

5.8 Finanzergebnis

Mio. €	12.04. – 31.12.2012
Beteiligungsergebnis	-1,1
Ergebnis aus at equity bewerteten Unternehmen	3,9
Zinserträge	0,5
Zinsanteil der Zuführung zu den Rückstellungen	-3,3

Steuerlich bedingter Zinsaufwand	-0,1
Sonstige Zinsaufwendungen	-32,1
Zinsaufwendungen	-35,5
Finanzergebnis	-32,2

In dem Zinsanteil der Zuführung zu den Rückstellungen ist fast ausschließlich die Zinsbelastung aus Pensionsrückstellungen (3,8 Mio. €) – gekürzt um die erwarteten Erträge aus Planvermögen (2,9 Mio. €) – sowie die Aufzinsung der übrigen langfristigen Personalrückstellungen mit insgesamt 2,5 Mio. € enthalten.

Die sonstigen Zinsaufwendungen entfallen überwiegend auf Fremdkapitalzinsen im Zusammenhang mit der Finanzierung des Erwerbs der OGE.

Die sonstigen Zinsaufwendungen sind um die aktivierten Fremdkapitalkosten in Höhe von 0,4 Mio. € vermindert.

5.9 Ertragsteuern

Die VGT hat als Organträgerin mit Wirkung zum 01. Januar 2013 mit der OGE einen Gewinnabführungsvertrag geschlossen und eine ertragsteuerliche Organschaft begründet. Die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge zwischen OGE als Zwischenorganträgerin und ihren Tochtergesellschaften Mittelrheinische Erdgas-transportleitungsgesellschaft mbH, Haan (Rhld) („METG“), Open Grid Regional GmbH, Essen („OGR“), PLEdoc Gesellschaft für Dokumentationserstellung und -pflege mbH, Essen („PLE“), Open Grid Service GmbH, Essen („OGS“), Line WORX GmbH, Essen, und NEL Beteiligungs GmbH, Essen („NELB“) bestehen fort.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €	12.04. – 31.12.2012
Ertragsteuern lfd. Jahr	3,6
Ertragsteuern Vorjahre	0,0
Latente Steuern lfd. Jahr	18,6
Latente Steuern Vorjahre	0,0

Der Steueraufwand aus tatsächlichen Steuern beinhaltet die Ertragsteuern für das laufende Jahr in Höhe von 3,6 Mio. € Der latente Steueraufwand entfällt mit

18,6 Mio. € auf die Veränderung von temporären Unterschieden und Verlustvorträgen im laufenden Jahr.

Die nachfolgende Überleitungsrechnung stellt die Unterschiede zwischen dem erwarteten und dem ausgewiesenen Steueraufwand/-satz im Konzern dar:

		12.04. – 31.12.2012	
		Mio. €	%
	Ergebnis vor Ertragsteuern nach IFRS	54,8	
	Konzernertragsteuersatz		31,0
	Erwarteter Ertragsteueraufwand	17,0	
1.	Abweichung durch die Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer	4,5	8,3
2.	Effekt aus Equity-Bewertung	0,8	1,5
3.	Sonstiges	-0,1	-0,3
	Effektiver Steueraufwand / -satz	22,2	40,5

Der Unterschied zwischen dem rechnerischen Steueraufwand und dem tatsächlichen Steueraufwand gründet insbesondere auf gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen.

6 Sonstige Angaben

6.1 Angaben zur Kapitalflussrechnung

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zum Zwecke der Kapitalflussrechnung umfassen ausschließlich Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 326,1 Mio. €.

6.2 Haftungsverhältnisse

VGT hat mit Datum vom 09. Mai 2012 einen Konsortialkredit anlässlich des am 10./16. Mai 2012 vollzogenen Erwerbs der 100%igen Beteiligung an der OGE mit einem internationalen Geschäftsbankenkonsortium abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag valutiert der Konsortialkredit ohne aufgelaufene Zinsen mit 2.200,0 Mio. €. Unter Berücksichtigung von Abzinsungseffekten beträgt der Bilanzansatz 2.156,1 Mio. €.

Am 19. Oktober 2012 sind die OGE und bestimmte Tochtergesellschaften diesem Konsortialkredit als Darlehensnehmer und Garantiegeber beigetreten. Zusätzlich sind im Rahmen des verfügbaren Gesamtvolumens des Konsortialkredits 1.1 Mio. € für

Bankgarantien zugunsten Dritter über die Unicredit Bank AG als Garantiegeber von der OGE in Anspruch genommen.

Im Zusammenhang mit dem Beitritt zum Konsortialkredit wurden folgende Sicherheiten zu Gunsten des Geschäftsbankenkonsortiums gestellt:

- Verpfändung der Bankkonten der VGT sowie aller anderen beigetretenen Gesellschaften (Buchwert zum 31. Dezember 2012: 301,5 Mio. €)
- Verpfändung der von der VGT an der OGE gehaltenen Geschäftsanteile, sowie sämtlicher von der OGE an der METG, der OGS und der PLEdoc gehaltenen Geschäftsanteile (Buchwert zum 31. Dezember 2012: 3.353,3 Mio. €)
- Abtretung sämtlicher gegenwärtiger und zukünftiger Forderungen gegenüber der OGE und sämtlicher 100 Prozent Tochtergesellschaften aus zwischengesellschaftlichen Darlehensvereinbarungen (Buchwert zum 31. Dezember 2012: 0,0 Mio. €)
- Abtretung der Kundenforderungen aller beigetretenen Gesellschaften (Buchwert zum 31. Dezember 2012: 35,6 Mio. €)
- Abtretung der Ansprüche aus den Akquisitionsverträgen (Buchwert zum 31. Dezember 2012: 0,0 Mio. €)
- Abtretung der Ansprüche aus Zinssicherungsvereinbarungen (Buchwert zum 31. Dezember 2012: 0,0 Mio. €)
- Abtretung aller möglicher Versicherungsentschädigungen aller beigetretenen Gesellschaften (Buchwert zum 31. Dezember 2012: 0,0 Mio. €)

6.3 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen nicht aus der Bilanz ersichtlichen finanziellen Verpflichtungen belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 88,6 Mio. € p.a. aus langfristigen Verträgen für die Gebrauchs- und Nutzungsüberlassung des Leitungsnetzes.

Zum Bilanzstichtag bestanden zudem folgende Bestellobligos:

Mio. €	31.12.2012
Bestellobligo für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte	1,8
Bestellobligo für Investitionen in Sachanlagevermögen	39,5
Bestellobligo für Aufwandsmaßnahmen (inkl. Vorratsmaterialien)	133,3
Gesamtbestellobligo	174,6

6.4 Leasing

Der Konzern mietet Geschäftsräume, Fahrzeuge und weitere Betriebsmittel im Rahmen von kündbaren Operating-Leasingverhältnissen. Aus den bestehenden Vertragsverhältnissen ergeben sich unter Zugrundelegung der vertraglichen Mindestlaufzeit beziehungsweise der frühesten Möglichkeit zur Vertragsbeendigung nachfolgende Mindestleasingzahlungen für den Konzern:

Mio. €	2013	2014	2015-2017	2018
Gebäude	1,9	1,8	1,3	0,0
Fahrzeuge, Informationstechnologie und Sonstige	5,9	4,4	3,5	0,0
Mindestleasingzahlung	7,8	6,2	4,8	0,0

Im Geschäftsjahr 2012 wurden Zahlungen aus diesen Leasingverhältnissen in Höhe von 4,1 Mio. € erfolgswirksam erfasst.

Der Konzern tritt auch als Leasinggeber im Rahmen von Operating-Leasingverhältnissen auf. Das hier vorliegende Leasinggeschäft stellt für den Konzern allerdings nur ein Nebengeschäft dar. Die bestehenden Vertragsverhältnisse beziehen sich im Regelfall nicht auf einzeln abgrenzbare Vermögenswerte und auch auf keine exklusive Nutzungsüberlassung eines abgrenzbaren Vermögenswertes an einen bestimmten Kunden; insofern unterbleibt die Angabe der durch das Operating-Leasing gebundenen bilanzierten Vermögenswerte. Aus den Vertragsbeziehungen mit dem Konzern als Leasinggeber ergeben sich Mindestleasingeinzahlungen in voller Höhe:

Mio. €	2013	2014	2015-2017	Ab 2018
Gebäude	1,9	0,2	0,0	0,0
Informationstechnologie und Sonstige	0,1	0,1	0,1	0,0
Mindestleasingeinzahlungen	2,0	0,3	0,1	0,0

Im Geschäftsjahr 2012 wurden Zahlungen aus diesen Leasingverhältnissen in Höhe von 0,8 Mio. € erfolgswirksam erfasst.

Untervermietungen im Rahmen von Operate-Leasing-Verträgen wurden lediglich mit einem nicht in den Konzern einbezogenen Tochterunternehmen in unerheblichem Umfang vorgenommen.

6.5 Segmentberichterstattung

Die Segmentabgrenzung erfolgt gem. IFRS 8 nach der internen Steuerung und Berichterstattung im VGT-Konzern (management approach). Als chief operating decision maker (CODM) des VGT-Konzerns wird die gesamte Geschäftsführung der OGE identifiziert. Insbesondere die konzeptionelle Umsetzung eines Independent Transmission Operator (ITO) verwehrt höheren Ebenen den Eingriff in das operative Geschäft der OGE-Gruppe. Folglich ist eine Ressourcen-Allokation auf höherer Ebene nicht möglich.

Der VGT-Konzern verfügt über die beiden Geschäftsbereiche Transport- und sonstiges Dienstleistungsgeschäft. Zwar werden für diese beiden Geschäftsbereiche die Umsatzerlöse separat an die Geschäftsführung der OGE berichtet. Da in beiden Geschäftsbereichen jedoch Aufwendungen existieren, die weder unwesentlich noch unabhängig vom Umsatz sind, handelt es sich bei den Umsatzerlösen nicht um eine Ergebnisgröße im Sinne von IFRS 8.5 (b). Eine andere (Ergebnis-) Größe wird für die beiden Geschäftsbereiche der OGE nicht gesondert an die Geschäftsführung der OGE berichtet. Im Ergebnis stellt der VGT-Verbund ein „Ein-Segment-Unternehmen“ dar.

Zusätzliche Angaben auf Unternehmensebene

Der Außenumsatz nach Dienstleistungen teilt sich wie folgt auf:

Segmentinformationen nach Dienstleistungen		
in Mio. €	2012	2011
Transportgeschäft	381,2	n/a
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	64,5	n/a

Angaben zu geographischen Regionen gemäß IFRS 8.33 entfallen, da sich das Geschäft des VGT-Konzerns im Wesentlichen auf eine Region (Deutschland; Ort der Leistungserbringung beziehungsweise Sitz der Gesellschaften) bezieht.

Der VGT-Konzern erwirtschaftete im Jahr 2012 mit einem Kunden 175,0 Mio. €. Dies entspricht mehr als 10 Prozent der gesamten Umsatzerlöse.

6.6 Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Aus Sicht des Konzerns gelten folgende Unternehmen und Organe als nahe stehende Unternehmen und Personen im Sinne des IAS 24:

Beherrschende Unternehmen: Über die Vier Gas Holdings S.A.R.L („VGH“), Luxemburg, und die VGS hält ein Konsortium, bestehend aus der British Columbia Investment Management Corporation (32,2 Prozent), Abu Dhabi Investment Authority (24,9 Prozent), Macquarie Infrastructure and Real Assets (23,9 Prozent) sowie MEAG MUNICH ERGO Asset Management (19,0 Prozent), zusammen 100 Prozent der Geschäftsanteile an der VGT.

VGS hat neben dem Stammkapital in Höhe von 25 T€ im Geschäftsjahr 1.075,6 Mio. € in die Kapitalrücklage der VGT eingezahlt.

Die VGH hat im Zusammenhang mit der Gründung der VGT und dem Erwerb der OGE Auslagen in Höhe von 2,2 Mio. € für die VGT getätigt. Die hieraus resultierende Forderung wurde seitens VGH an VGS abgetreten. VGT bilanziert daher zum Bilanzstichtag Verbindlichkeiten gegenüber der VGS in vorgenannter Höhe.

Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr keine Geschäfte mit beherrschenden Unternehmen getätigt.

Assoziierte Unternehmen:

Die Anteilsbesitzliste ist unter Abschnitt 7 aufgeführt. Wesentliche Geschäftsbeziehungen haben lediglich mit der NETG, Deudan, GasLINE und NetConnect Germany GmbH & Co. KG, Ratingen. Die einzelnen Geschäftsvorfälle stellen sich wie folgt dar:

Transaktionen In Mio. €	31.12.2012
Forderungen	11,4
Verbindlichkeiten	2,0
Umsatzerlöse	8,0
Materialaufwand	11,0

Die Umsatzerlöse entfallen mit im Wesentlichen mit 6,3 Mio. € auf technische und kaufmännische Dienstleistungen. Der Materialaufwand entfällt mit 9,5 Mio. € im We-

sentlichen auf Entgelte für Gebrauchs- und Nutzungsüberlassungsverträge für das Leitungsnetz.

Neben den zum Bilanzstichtag offenen Forderungen und Verbindlichkeiten aus diesen Geschäftsverbindungen enthält die Gesamtsumme der Forderungen noch in Höhe von 7,6 Mio. € Forderung aus der auf den Konzern entfallenden anteiligen Ergebnisausschüttung der assoziierten Unternehmen.

Nahe stehende Personen:

Entsprechend IAS 24 sind die Leistungen anzugeben, die dem Management in Schlüsselpositionen (Geschäftsführung der VGT sowie Geschäftsführung und Aufsichtsrat der OGE) gewährt wurden. Die Geschäftsführer der VGT sind bei den Mitgliedern des beherrschenden Investorenkonsortiums beschäftigt und erhalten von der VGT keine Bezüge für ihre Tätigkeit. Da die Geschäftsführer für eine Vielzahl von Unternehmen entsprechende Leitungs- und Überwachungstätigkeiten ausführen und keine Kostenumlage auf die einzelnen Unternehmen vorgenommen wird, ist eine Zurechnung der einzelnen Vergütungen auf die VGT-Geschäftsführungstätigkeit nicht möglich.

Der Aufsichtsrat der OGE erhielt im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von insgesamt 0,1 Mio. €. Die Vergütung der Geschäftsführung der OGE für seine Leistungen als Arbeitnehmer wird nachfolgend dargestellt:

Mio. €	2012
Gehälter und sonstige kurzfristige Leistungen	1,3
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0,0
Gesamtvergütung	1,3

Darüber hinaus fanden keine Transaktionen mit Mitgliedern des Managements in Schlüsselpositionen statt.

6.7 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Bis zum Tag der Aufstellung des Konzernabschlusses sind keine Geschäftsvorfälle von wesentlicher Bedeutung aufgetreten, die auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Berichtsperiode Auswirkungen haben.

6.8 Honorare der Abschlussprüfer

Die Abschlussprüfer des VGT-Konzernabschlusses, PricewaterhouseCoopers AG WPG, Essen, haben im Geschäftsjahr folgende Honorare erhalten:

Mio.€	12.04. – 31.12.2012
Abschlussprüfungsleistungen	0,2
Summe	0,2

Unter den Honoraren für Abschlussprüfungsleistungen werden insbesondere Honorare für die gesetzliche Prüfung des Konzernabschlusses und der Jahresabschlüsse der Konzernunternehmen der VGT ausgewiesen.

6.9 Befreiungswahlrechte nach §§ 264 Absatz 3 bzw. 264b HGB

Die inländischen Tochtergesellschaften in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft machen von den Befreiungsvorschriften gemäß §§ 264 Abs. 3 bzw. 264b HGB keinen Gebrauch.

6.10 Geschäftsführung

Zur Geschäftsführung der VGT sind bestellt:

Hilko Cornelius Schomerus, Darmstadt, Managing Director, Macquarie Infrastructure & Real Assets, seit 03. Mai 2012

Simon Richard Eaves, Dubai/Vereinigte Arabische Emirate, Regional Head, Infrastructure Division, ADIA, seit 11. Juni 2012

Lincoln Hillier Webb, Victoria, British Columbia/Kanada, Vice President, Private Placements, British Columbia Investment Management Corp., seit 26. Juni 2012

Alice Forster, München, Senior Investment Manager, Private Equity & Infrastructure, MEAG MUNICH ERGO Asset Management GmbH, seit 07. August 2012

Frank Heiss, Wiesbaden, Senior Vice President, Macquarie Infrastructure & Real Assets, seit 27. September 2012

Richard W. Dinneny, Victoria, British Columbia/Kanada, Portfolio Manager, Private Placements British Columbia Investment Management Corp. , seit 05. Oktober 2012

Guy Lambert, Abu Dhabi/Vereinigte Arabische Emirate, Senior Fund Manager, Infrastructure Division, ADIA, seit 17. Oktober 2012

Die Geschäftsführer sind nicht bei der Gesellschaft angestellt.

7 Aufstellung des Anteilsbesitzes zum 31. Dezember 2012

a) Vollkonsolidiert

Name	Sitz	Handels- registernummer	Anteil In %	Eigen- Kapital In T€(1)	Jahres- Ergebnis In T€(1)
Open Grid Europe GmbH	Essen	HRB 17487	100,00	849.589	292.620
Open Grid Regional GmbH	Essen	HRB 19964	100,00	500	1.476
Mittelrheinische Erdgastransportlei- tungsgesellschaft mbH	Haan (Rhld.)	HRB 12666	100,00	29.150	58.604
Line WORX GmbH	Essen	HRB 23536	100,00	80.725	7.776

b) Quotal konsolidiert

Name	Sitz	Handels- registernummer	Anteil In %	Eigen- Kapital In T€	Jahres- Ergebnis In T€
MEGAL Mittel-Europäische- Gasleitungsgesellschaft mbH & Co. KG	Essen	HRA 8536	51,00	52.921	32.470
NETRA GmbH Norddeutsche Erd- gas Transversale & Co. Komman- ditgesellschaft	Schneider- krug	HRA 150471	40,55	148.437	65.397
Trans Europa Naturgas Pipeline Gesellschaft mbH & Co.KG	Essen	HRA 8548	51,00	31.305	10.272

c) Assoziiert – at equity

Name	Sitz	Handels- registernummer	Anteil In %	Eigen- Kapital In T€	Jahres- Ergebnis In T€
GasLINE Telekommunikationsnetz- gesellschaft deutscher Gasversor- gungsunternehmen mbH & Co. Kommanditgesellschaft	Straelen	HRA 1805	25,00	83.149	42.149

d) Aufgrund von untergeordneter Bedeutung nicht konsolidierte Unternehmen

Name	Sitz	Handels- registernummer	Anteil In %	Eigen- Kapital In T€	Jahres- Ergebnis In T€
Nordrheinische Erdgastransportlei- tungsgesellschaft mbH & Co. KG (3)	Haan (Rhld.)	HRA 19228	50,00	29.614	6.095
MEGAL Verwaltungs-GmbH (4)	Essen	HRB 18697	51,00	39	2
PLEdoc Gesellschaft für Dokumenta- tionserstellung und -pflege mbH (4)	Essen	HRB 9864	100,00	589	18

Open Grid Service GmbH (4)	Essen	HRB 22210	100,00	28	564
NEL Beteiligungs GmbH (4)	Essen	HRB 23527	100,00	25	-1
Trans Europa Naturgas Pipeline Verwaltungs-GmbH (5)	Essen	HRB 18708	50,00	39	2
Nordrheinische Erdgastransportleitungs-Verwaltungs-GmbH (5)	Haan (Rhld.)	HRB 14376	50,00	33	1
DEUDAN - Deutsch/Dänische Erdgastransport-Gesellschaft mbH & Co. Kommanditgesellschaft (3)	Handewitt	HRA 3848 FL	24,99	6.991	2.475
DEUDAN-HOLDING-GmbH (5)	Hannover	HRB 214	49,00	23	-2
NetConnect Germany GmbH & Co. KG (5)	Ratingen	HRA 20201	35,00	5.000	233
NetConnect Germany Management GmbH (5)	Ratingen	HRB 59556	35,00	60	3
NETRA GmbH-Norddeutsche Erdgas Transversale (5)	Schneiderkrug	HRB 150783	33,33	101	3
caplog-x GmbH (5)	Leipzig	HRB 23614	33,33	411	211
GasLINE Telekommunikationsnetz-Geschäftsführungsgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH (5)	Straelen	HRB 4812	25,00	58	2
PRISMA European Capacity Platform GmbH (2) (6)	Leipzig	HRB 21361	8,33	370	170
EuroHub GmbH (in Liquidation)(6)	Haan (Rhld.)	HRB 14398	16,67	-	-
LIWACOM Informationstechnik GmbH (5)	Essen	HRB 7829	33,33	742	407

(1) Eigenkapital und Jahresergebnis basieren auf den landesspezifischen Bilanzierungsgrundsätzen

(2) Eigenkapital und Jahresergebnis beziehen sich auf das Vorjahr

(3) Joint Operation (nicht quotal einbezogen)

(4) Nicht konsolidiertes verbundenes Unternehmen

(5) Assoziiertes Unternehmen (nicht at equity bewertet)

(6) Übrige Beteiligungen

Essen, den 23. April 2013

Vier Gas Transport GmbH
Die Geschäftsführung



Hilko Cornelius Schomerus



Simon Richard Eaves



Lincoln Hillier Webb



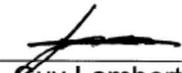
Alice Forster



Frank Heiss



Richard W. Dinnery



Guy Lambert

Entwicklung des Anlagevermögens des VGT-Konzerns zum 31.12.2012

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen					Buchwerte		
	12.04.2012	Zugänge	Zuschreibung	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2012	12.04.2012	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2012	12.04.2012	31.12.2012
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Inmaterielle Vermögensgegenstände													
Selbst geschaffene, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0,0	108,7	0,0	-5,5	8,9	114,8	0,0	-10,4	0,0	0,0	-10,4	0,0	104,4
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,0	14,0	0,0	0,0	-9,0	13,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	13,7
	0,0	122,7	0,0	-5,5	-0,1	128,6	0,0	-10,4	0,0	0,0	-10,4	0,0	118,2
Goodwill	0,0	830,4	0,0	0,0	0,0	830,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	830,4
Sachanlagen													
Grundstücke, grundstückgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,0	142,0	0,0	-1,3	2,9	145,3	0,0	-1,9	0,0	0,0	-1,9	0,0	143,4
Rohrnetz	0,0	1,814,6	0,0	0,0	103,3	1,982,3	0,0	-25,9	0,0	0,0	-25,9	0,0	1,956,4
Technische Anlagen und Maschinen	0,0	452,1	0,0	-2,6	25,7	483,5	0,0	-13,3	0,2	0,0	-13,1	0,0	480,4
Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,0	22,2	0,0	-1,0	2,8	26,8	0,0	-1,8	0,1	0,0	-1,7	0,0	25,1
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,0	220,1	0,0	0,0	-134,5	105,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	105,2
	0,0	2.651,0	0,0	-4,9	0,2	2.753,1	0,0	-42,9	0,3	0,0	-42,6	0,0	2.710,5
Finanzanlagen													
Beteiligungen	0,0	123,1	0,0	-2,5	0,0	120,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	120,7
Langfristige Wertpapiere	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausleihungen	0,0	3,0	0,1	-0,4	0,0	2,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,9
	0,0	126,1	0,1	-2,9	0,0	123,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	123,6
	0,0	3.750,2	0,1	-13,3	0,1	3.835,7	0,0	-53,3	0,3	0,0	-53,0	0,0	3.782,7

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Vier Gas Transport GmbH, Essen, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Rumpfgeschäftsjahr vom 12. April bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführer sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Essen, den 24. April 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bernhard Klink
Wirtschaftsprüfer

ppa. Dr. Robert Vollmer
Wirtschaftsprüfer

